



Die Jubiläumsgäste sowie das Team des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V.

Bild: Wenzel Naumann Seite 16

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Krankenhausversorgung:

Städtetag warnt vor Finanzkollaps

Eine „gefährliche Schiefelage“ der Krankenhäuser hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, in München diagnostiziert. In den nächsten Monaten drohten Krankenhaussolvenzen, wenn nicht rasch Hilfen von Bund und Freistaat greifen, machte er bei einem Pressegespräch deutlich. Bereits im vergangenen Jahr seien die Haushalte durch oft zweistellige Millionendefizite der kommunalen Kliniken schwer belastet worden.

„Einige Krankenhäuser sind aktuell existenziell gefährdet, jedes fünfte Haus in Deutschland ist laut Schätzungen von der Insolvenz bedroht.“ Die Kommunen müssten bisweilen hohe Beträge zuschießen, damit die medizinische Versorgung der Menschen sichergestellt wird, erklärte Pannermayr. Kommunen dürfen aus seiner Sicht nicht zu Ausfallbürgen werden, die Defizite ausgleichen müssen, weil die Bundespolitik ihre Hausaufgaben nicht erfüllt hat.

Die Kommunen brauchen das versprochene Geld

Jetzt müssten vor allem die versprochenen sechs Milliarden Euro des Bundes aus dem Härtefallfonds rasch und unbürokratisch bei den Krankenhäusern ankommen. Neben den hohen Energiekosten seien auch die gestiegenen Sachkosten für Lebensmittel, Medikamente und medizinisches Material sowie die Erlösausfälle auszugleichen. Nötig sei schnelles Handeln, damit sich die Lage nicht weiter zuspitzt.

Krankenhausreform bis zum Sommer

Nach Auffassung des Bayerischen Städtetags ist es zu begrüßen, wenn Bund und Länder gemeinsam die Krankenhausreform angehen und bis Sommer ein Gesetz auf den Weg bringen wollen. Das Ziel, die Vorhaltekosten anzuheben und die Bedeutung der Fallpauschalen zu reduzieren, wird positiv bewertet, jedoch sei die fünfjährige Umsetzungszeit zu kurz be-

messen. Auch gibt es Zweifel, ob durch die geplante Reform die medizinische Versorgung in der Fläche angemessen gewährleistet werden kann.

Gerade angesichts des Fachkräftemangels in der Pflege und im Medizinbereich muss laut Pannermayr die Versorgung der Patienten sichergestellt werden. „Ohne zusätzliche Fördermittel von Bund und Freistaat werden sich die Herausforderungen in der Krankenhaushauslandschaft nicht beheben lassen.“

Keine ungeplanten Schließungen

Der Deutsche Städtetag hat bereits Positionen an den Bund formuliert: Um die strukturelle Unterfinanzierung zu beenden, müssen die Vorhaltekosten auf mindestens 60 Prozent (Fortsetzung auf Seite 4)

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung:

Land.Kann.Klima

Unter dem Motto „Land.Kann.Klima“ fand in Berlin das 16. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung statt. Zwei Tage lang diskutierten im Rahmen der Internationalen Grünen Woche knapp 3.000 Teilnehmer in 32 Fachforen darüber, wie Klimaanpassung auf dem Land gemeinsam gestaltet werden kann. Im Mittelpunkt standen Chancen, Ideenreichtum und Innovationskraft der Menschen in den ländlichen Räumen. Der Deutsche Landkreistag richtete die Fachforen „Klimapositive ländliche Räume: Unser Zukunftsbild für 2045“ in Kooperation mit weiteren Verbänden und Institutionen sowie „Neue Wertschöpfung durch Klimaschutz“ aus.

Wie Bundesumweltministerin Steffi Lemke in ihrer Eröffnungsrede ausführte, zeige sich in den Themenforen, wie viele gute Ansätze es gerade im ländlichen Raum gibt. An den Beispielen „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ und „Die Nationale Wasserstrategie“ erläuterte sie, dass vor allem Lösungen, die gleichzeitig das Klima schützen und die Artenvielfalt stärken, besonders effektiv seien. Zudem werde sie gemeinsam mit Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir „unsere Bemühungen verstärken, Wälder zu naturnahen und damit klimastabilen Waldökosystemen umzubauen. Unser Ziel ist die Entwicklung klimastabiler Mischwälder heimischer Baumarten wie zum Beispiel Buche, Eiche, Linde und Spitzahorn.“ Nur gesunde, naturnahe Wälder könnten für Abkühlung sorgen, vielfältigen Arten Lebensräume bieten, Wasser in der Landschaft halten und Dürren und Starkregen standhalten.

„Egal ob Energieversorgung und Mobilität der Zukunft, regionale Wirtschaftskreisläufe oder besserer Schutz vor Extremwettern: die Menschen in den ländlichen Räumen spielen bei der Entwicklung und Umsetzung von Lösungen eine Schlüsselrolle“, hob Bundesminister Özdemir hervor. „Wenn wir die Potenziale der ländlichen Räume heben und fördern, sind sie unsere Pioniere und Zukunftsgestalter für einen neuen Wohlstand. Dieser fußt auf einer nachhaltigeren Art des Wirtschaftens mit kurzen Wertschöpfungsketten und einer regionalen Verarbeitung. Dafür muss die Energiewende so gestaltet werden, dass auch die lokale und regionale Wirtschaft davon profitiert.“ DK

Jahrestagung von dbb beamtenbund und tarifunion:

Comeback des starken Staates?

Ukraine-Krieg, Energiekrise, Rekord-Inflation, Fachkräftemangel, Klimawandel, Cyberkriminalität: Krisen bestimmen unseren Alltag und erhöhen den Druck auf die staatlichen Institutionen. Gefragt sind neue Strategien für politisches und staatliches Handeln. Was aber ist notwendig für ein Comeback des starken Staates? Diese Frage wurde auf der dbb Jahrestagung in Köln mit Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft diskutiert.

„Wir müssen raus aus dem Krisenmodus. Die größte Gefahr für die Demokratie, für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und auch für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand ist ein kaputt gesparter, nicht funktionsfähiger öffentlicher Dienst“, betonte dbb-Bundesvorsitzender der Ulrich Silberbach. Die politisch Verantwortlichen müssten sich gegenüber den Menschen im Land endlich ehrlich machen und nichts versprechen, was nicht zu halten sei.

Bürgerinnen und Bürger wollen gut regiert werden

„Wenn wir den Personalmangel im öffentlichen Dienst nicht stoppen, den peinlichen Digitalisierungstau nicht auflösen, dann gibt es weniger Daseinsvorsorge“, erläuterte Silberbach deutlich. „Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht weichgespült, sondern einfach gut regiert, die Beschäftigten professionell geführt werden. Und dazu gehören unabdingbar eine funktionierende Daseinsvorsorge und ein zeitgemäß ausgestatteter und gestalteter öffentlicher Dienst.“

derzeit bei Änderungen des Disziplinarrechts an den Tag lege. „Hier bedarf es einer klaren Antwort unseres Rechtsstaates. Und die kann nicht lauten: Personalien aufgenommen und ‚Tschüss‘. Strafverfolgung findet nämlich wegen einer total unterbesetzten Justiz nicht immer ausreichend statt“, kritisierte der dbb-Chef.

Bessere Fachkräftegewinnung

Bundesinnenministerin Nancy Faeser würdigte die Leistungen des öffentlichen Dienstes und kündigte eine bessere Fachkräftegewinnung an. „Wir brauchen die klügsten Köpfe. Deshalb werden wir eine crossmediale Kampagne für die Bundesverwaltung starten, um für die Arbeit beim Staat zu werben.“ Die Bundesregierung wolle außerdem mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen und dafür beispielsweise Bewerbungsprozesse optimieren.

Klare Antworten unseres Rechtsstaates

Zugleich warnte er aber davor, den gesamten öffentlichen Dienst „wegen einzelner krimineller Extremisten unter Generalverdacht“ zu stellen und bei einer gewünschten Beschleunigung des Entfernens aus dem Dienst rechtsstaatliche Verfahren zu missachten.

In Sachen Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wünscht sich Silberbach den gleichen Lösungs- und Umsetzungsseifer, den die Politik

Bayerischer Landkreistag:

Landkreise an der Belastungsgrenze

Schnelles Handeln in Sachen kommunale Flüchtlingsaufnahme bzw. eine gänzlich neue Herangehensweise an eine etwaige Strukturreform der Krankenhäuser sind aus Sicht des Bayerischen Landkreistags unverzichtbar. Wie Verbandspräsident, Landrat Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck) im Rahmen einer Präsidiumssitzung darlegte, übertrafe der Zustrom von Kriegsflüchtlings aus der Ukraine und Asylsuchenden aus anderen Ländern die Zahlen aus der letzten Flüchtlingswelle 2015. Die Unterbringung neu ankommender Flüchtlinge sei in den Landkreisen kaum mehr leistbar, die Ressourcen schlichtweg erschöpft.

Nach Angaben von Innenminister Herrmann sind derzeit im Freistaat mehr als 170.000 Menschen in „öffentlich gesteuerten Einrichtungen“ untergebracht – 15.000 mehr als zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015. 2022 habe Bayern aus Landesmitteln 1,5 Milliarden Euro für Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen aufgewendet, von denen der Bund nur knapp eine halbe Milliarde Euro getragen habe. Inzwischen beherberge der Freistaat mehr Flüchtlinge aus der Ukraine als ganz Frankreich.

Bund und EU in der Pflicht

Mehrfache Versuche der Kommunen, den Bund und die EU mit ins Boot zu holen, blieben bisher weitgehend unbeachtet, moniert der Bayerische Landkreistag. Dabei ist eine Lösung aus Sicht der Kreise nur durch schnelles Handeln der EU möglich. „Menschen, die vor einem Krieg flüchten und deren Leben in der Heimat bedroht ist, müssen in Europa Schutz finden können. Menschen, die von vornherein keine Bleibeperspektive haben, müssen aber bereits an den EU-Außengrenzen abgewiesen werden. Dafür muss die Europäische Union ihre Außengrenzen wirksam sichern. Zudem muss die EU verbindliche Verteilungsquoten für die Mitgliedstaaten festlegen. Und schließlich sollten die Asylverfahren und die Asylleistungen in allen Mitgliedstaaten wenigstens ähnlich aussehen. Die Herausforderung muss von denen geregelt werden, die es regeln können“, unterstrich Präsident Karmasin.

Ohne eine spürbare Begren-

zung des ungesteuerten Zustroms vor Ort wird aus seiner Sicht die Integration auf kommunaler Ebene scheitern. Die Kapazitäten für die Unterbringung von Geflüchteten, die Ressourcen für die soziale Betreuung sowie die notwendigen Plätze für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen seien nahezu erschöpft.

Keine Migration aus wirtschaftlichen Gründen

Entscheidend werde es in Zukunft auf eine überzeugende Entwicklungspolitik der Europäischen Union ankommen. Die (Fortsetzung auf Seite 4)



So vielfältig wie Bayern ist, so bunt und abwechslungsreich sind die Faschingsbräuche, die zwei Jahre auf Eis lagen. Trotz Ukrainekrieg und desaströsem Erdbeben: Bayern feiert Fasching. Es bleibt zu hoffen, so unser Rathauskater Pino, dass die Pracht auch die Lebensfreude wieder zurückbringt. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Termine GZ-Akademie	2
Ministerrat: Pflegeplatzausbau und kleinere Kliniken im Fokus	2
Fraktionsinitiativen zum Haushalt 2023	2
Messe-Jahresbilanzen in München und Nürnberg	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunen tragen die Verantwortung für Menschen vor Ort . . .	3
Kommunalforum Alpenraum 2023: Die Gemeinden im Klimawandel	3
Kommunikationstechnik • IT	5 - 10
Umwelt • Abfall	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Bayerischer Ministerrat:

Pflegeplatzausbau und kleinere Kliniken im Fokus

Der Freistaat investiert in die Zukunftsfähigkeit der flächendeckenden medizinischen Versorgung und treibt den Ausbau der Pflegeplätze in Bayern voran. Dafür bewilligte der Ministerrat für das laufende Jahr zusätzlich rund 30 Millionen Euro an Haushaltsmitteln. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode sollen so weitere 8.000 Pflegeplätze in Bayern gefördert werden. Dies entspricht einer Verdopplung der bislang bereits geförderten Plätze, hieß es.

Unter dem Programm „Gute Pflege. Daheim in Bayern.“ sei in den vergangenen Jahren das vom Ministerrat 2018 gesetzte Ziel erreicht worden, jährlich 1.000 neue Pflegeplätze zu schaffen bzw. zu modernisieren. Insgesamt konnten in den drei Förderjahren rund 90 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 200 Millionen Euro eingeleitet werden. Dadurch wurde bisher der Ausbau oder die Modernisierung von rund 4.000 Pflegeplätzen unterstützt. Auch in diesem Jahr sei mit dem im Haushaltsentwurf 2023 veranschlagten Mitteln erneut die Förderung von etwa 1.000 Pflegeplätzen möglich. Damit würden in der aktuellen Legislaturperiode insgesamt 5.000 Pflegeplätze gefördert.

Innovative Springerkonzepte

Vor kurzem bereits hatte das bayerische Kabinett die finanzielle Unterstützung von innovativen Springerkonzepten mit 7,5 Millionen Euro beschlossen. Damit werden die Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege weiter verbessert. Wie Gesundheitsminister Klaus Holetschek erläuterte, seien Springerkonzepte ein wichtiger Baustein für verlässliche Arbeitszeiten und damit mehr Gesundheit und Zufriedenheit des Pflegepersonals. Außerdem trügen sie dazu bei, den Einsatz von Leiharbeit einzudämmen, vorhandenes Personal zu halten und neues zu gewinnen.

Attraktivität des Pflegeberufs steigern

Holetschek zufolge „ist es wichtig, Erleichterungen für Pflegekräfte auf den Weg zu bringen und die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern. Die Pflege ist eine der größten gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Derzeit leben rund 580.000 Pflege-

bedürftige in Bayern. Bis zum Jahr 2050 werden voraussichtlich bis zu 1 Million Menschen im Freistaat pflegebedürftig sein. Bayern setzt sich dafür ein, auch in Zukunft eine hochwertige Pflege zu sichern.“

Bürokratie-Abbau ...

„Auch den Bürokratie-Abbau in der Pflege werden wir weiter angehen“, machte der Minister deutlich. So werde Bayerns Landesamt für Pflege (LfP) im ersten Halbjahr 2023 mit Modellprojekten in mindestens sieben Pflegeeinrichtungen die dortige Pflegedokumentation genau ansehen. „Ziel ist dabei, überflüssige Dokumentationsanforderungen zu erkennen und künftig zu vermeiden.“

... und Pflegereform

Holetschek forderte zugleich die Bundesregierung auf, endlich eine umfassende Pflegereform anzugehen: „Attraktive Arbeitsbedingungen kann es nachhaltig nur in einem solide finanzierten System geben. Wir brauchen deshalb dringend von der Bundesregierung eine Struktur- und Finanzreform der Pflegeversicherung.“ Sie müsse konsequent vereinfacht, flexibilisiert und entlastet werden. Statt Abrechnungsfragen müssten Pflegebedürftige und Pflegekräfte in den Mittelpunkt gestellt werden. „Deshalb habe ich schon vor langem vorgeschlagen, die Leistungen der Pflegeversicherung in drei Budgets zusammenzufassen anstelle des aktuell unübersichtlichen Leistungs-Dschungels.“

Die Pflegebedürftigen sollen wählen können zwischen einem hohen Budget für Leistungen von Pflegeeinrichtungen, einem mittleren Budget z. B. für qualitätsgesicherte Angebote zur Unterstützung im Alltag (einschließlich Hauswirtschafts-

leistungen) und einem niedrigen Budget zur freien Verfügung (entsprechend dem heutigen Pflegegeld). Die Budgets sollen an die Qualifikation der Leistungserbringer anknüpfen, nicht an den Wohnort. Laut Holetschek „heben wir damit die Sektorengrenzen im Leistungsrecht der Pflegeversicherung auf. Außerdem ist eine Anpassung der Leistungsbeträge der Pflegeversicherung – so genannte Dynamisierung – angesichts der aktuellen Preisentwicklung dringender denn je.“

Steuerzuschuss

Wie der Minister hervorhob, „gibt es bessere Arbeitsbedingungen und damit eine bessere Versorgung nicht umsonst. Die Gesellschaft muss sich entscheiden, was ihr eine gute Pflege wert ist. Nach meiner Überzeugung müssen zumindest die versicherungsfremden Leistungen der Pflegeversicherung über einen Steuerzuschuss refinanziert werden.“

Ein weiterer Beschluss des Mi-

nisterrats zielte auf kleinere Kliniken ab. Diese werden mit einem neuen Förderprogramm unterstützt, um sich trotz zahlreicher struktureller Herausforderungen zukunftsfest aufstellen zu können. Hierfür investiert der Freistaat in den kommenden fünf Jahren insgesamt 100 Millionen Euro gezielt für kleinere Krankenhäuser in ländlichen Regionen. Das Förderprogramm wird speziell auf die Bedürfnisse kleinerer Kliniken ausgerichtet, um sie bei dringend nötigen strukturellen Anpassungen zu unterstützen.

Hilfe für kleinere Häuser

„Wir nehmen also 20 Millionen Euro pro Jahr in die Hand, mit denen wir kleineren Häusern in der Fläche helfen, den steigenden Investitions- und Wettbewerbsdruck abzufedern, der auch durch die Berliner Reformpläne befeuert werden dürfte. Ich denke dabei sowohl an bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Notfallversorgung in der Klinik als auch an Investitionen in sektorenübergreifende Angebote“, unterstrich Holetschek. Davon sollen in den ländlichen Regionen insbesondere Krankenhäuser der Versorgungsstufe I (Grundversorgung) und kleinere Fachkrankenhäuser profitieren. **DK**

Fraktionsinitiativen zum Haushalt 2023:

70 Mio. Euro zusätzlich für besondere Projekte

Für bayernweite Akzente und regionale Projekte haben die Regierungsfractionen von CSU und Freien Wählern zusätzlich zum diesjährigen Haushaltsentwurf der Staatsregierung 70 Millionen Euro eingeplant, 10 Millionen Euro mehr als in früheren Jahren. CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer, der Vorsitzende der FW-Landtagsfraktion Florian Streibl, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier sowie der haushaltspolitische Sprecher der FW-Landtagsfraktion Bernhard Pohl erläuterten die Schwerpunkte.

Besonders unterstützt werden der Bereich Wissenschaft mit einer Stärkung von Universitäten, Hochschulen und zahlreichen Forschungsprojekten, sowie Kunst und Kultur mit Musik, Theater, Museen und Baudenkmälern. Auch der ländliche Raum ist den Fraktionen ein besonderes Anliegen, wie die massive Aufstockung der Mittel für die Dorferneuerung zeigt.

Förderung für Spitzenmedizin

Insgesamt 16,4 Millionen Euro gehen in den Wissenschaftsbereich. Davon fließen allein 1,5 Millionen Euro an die Technische Universität München, um die Anschaffung von erstklassigen Scannern für die Nuklearmedizin und eines Hyperthermiegeräts für die Krebstherapie zu forcieren. So fördern die Regierungsfractionen die bayerische Spitzenmedizin.

Forschungsprojekte

Insgesamt 3,5 Millionen Euro werden für Forschungsprojekte bereitgestellt: Diese reichen über didaktische Forschungen zu KI-basierten Lehrmethoden an der Schule bis zu nicht-pharmakologischen Ansätzen, ein Reizdarmsyndrom zu reduzieren. Zudem können mit einem Forschungsprojekt zu einem markierten Impfstoff gegen die Geflügelpest infizierte von geimpften Vögeln unterschieden werden.

Insgesamt 1,5 Millionen Euro soll es für den Wissenschaftsstandort Garching-Oberschneidung der Technischen Universität München geben. Je etwa die Hälfte davon entfallen auf die Lehre in Garching bei München und auf die praktische For-

schung in Oberschneidung im Landkreis Straubing-Bogen. Geplant ist eine Professur mit sechs Mitarbeitern, die im Bereich „feinfühligste Hand“ forschen. Für die Anschubfinanzierung im ersten Jahr sollen die Fraktionsmittel sorgen. Später ist eine reguläre Finanzierung geplant. Weitere 1,5 Millionen Euro sind für den weiteren Ausbau der strategischen Partnerschaft der Ludwig-Maximilians-Universität mit Cambridge vorgesehen.

Mit 14,5 Millionen Euro wird der ländliche Raum unterstützt. Davon fließen 5 Millionen Euro in die Stärkung der Dorferneuerung. Dabei handelt es sich um den größten Einzelposten in der Liste. Durch die hohe Nachfrage der Gemeinden, von Kleinstunternehmern und privaten Bauherren nach Maßnahmen der Dorferneuerung konnten nicht alle Projekte zeitnah gefördert werden. Vor allem die attraktive Initiative „Innen statt Außen“ kommt sehr gut an.

Mittel für Kunst, Kultur und Medien

In den Kunst- und Kulturbereich fließen 15,1 Millionen Euro. Darin sind zusätzliche Mittel für den Denkmalschutz und für Museen und Kulturveranstaltungen enthalten. Weil den Regierungsfractionen eine vielseitige Medienlandschaft am Herzen liegt, unterstützen sie die regionalen Fernsehsender mit einer Million Euro. Auch stoßen sie die Kino-Programmprämien um 400.000 Euro auf. Davon profitieren vor allem kleinere und mittlere Kinos abseits der Ballungsräume – ein Beitrag zu einer attraktiven Kinolandschaft im Freistaat Bayern.

Als zweitgrößter Einzelposten

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Große Projekte kommunizieren

28. Februar 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Es gibt Projekte, die eine Menge Geld kosten, die der Bürger aber gar nicht wirklich wahrnimmt. Der Tiefbau kann ein Lied davon singen. Wenn hier gearbeitet wird, dann erkennt der Bürger das am besten daran, dass seine Mobilität in irgendeiner Form gehemmt wird. Außerdem kostet das Ganze hohe Summen, die aus Sicht der Bürger „versickern“. Die wenigsten wissen, was eine funktionierende Infrastruktur wert ist. Also sollte man solche Projekte besonders gut kommunizieren. Der Vortrag gibt Hinweise, wie das gelingt und zeigt auch ein paar Beispiele zu diesem Thema.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Rechtssicheres Gemeinde- oder Stadtblatt

14. März 2023, 14:00 - 16:00 Uhr

Gemeindeblätter sind nach dem Urteil zum Stadtblatt in Crailsheim inhaltlich und im Layout eingeschränkt. Vieles darf nicht mehr mitgeteilt werden - vieles, was gerade das Zwischenmenschliche in einer Kommune ausmacht. Das hat seine Berechtigung. Aber was bleibt dann noch für die Gemeindeblätter übrig? Wie realisiert man ein attraktives Blatt mit eingeschränkten Inhalten? Der Vortrag zeigt Wege für ein qualitativvolles Blatt, das nicht in Konkurrenz zur freien Presse tritt.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Rentabler Umbau von Kläranlagen – Ein Best-Practice-Beispiel

15. März 2023, 10:00 - 11:30 Uhr

Kläranlagen sind die großen Energiefresser in den Kommunen. Das kostet zunehmend mehr Geld und verursacht beachtlichen Co2-Ausstoß. Sowohl die finanzielle Seite als auch der Umweltschutzgedanke sind gute Gründe, sich mit einem möglichen Umbau der Kläranlagen zu beschäftigen. Die Stadt Bad Kissingen hat eine Lösung gefunden, die zwar zunächst einige Investitionen nötig macht, dafür aber auf lange Zeit gesehen Planungssicherheit, Kostensicherheit und eine vollständige Dekarbonisierung ermöglicht.

Referent: Thomas Horning ist der Leiter des Tiefbaureferats der Stadt und hat diese raffinierte Lösung gefunden. Er stellt in seinem Vortrag vor, wie sein rentables Energiewende-Projekt realisiert werden kann. Gerne beantwortet er im Anschluss Fragen aus dem Zuhörerkreis.

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: kostenlos

Social Media für Kommunen

9. Mai 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister*innen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte und DSGVO

Teil 1: 13. Juni 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 11. Juli 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Diewald
94501 Beutelsbach
am 19.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Eichner
91468 Gutenstetten
am 21.2.

Bürgermeister Alfred Lengler
86565 Gachenbach
am 7.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Uwe Gerslbeck
85414 Kirchdorf a.d.Amper
am 17.2.

Bürgermeister Markus Loth
82362 Weilheim
am 22.2.

Bürgermeisterin Monika Maier
84155 Bodenkirchen
am 2.3.

Bürgermeister
Benedikt Graf von Bentzel
91336 Heroldsbach
am 4.3.

Bürgermeister Thomas Beer
93158 Teublitz
am 7.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Armin Kroder
91205 Lauf a. d. Pegnitz
am 6.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Andreas Horsche
84095 Furth
am 24.2.

Bürgermeister Ralf Wetzel
86473 Ziemetshausen
am 25.2.

Bürgermeister
Joachim Konrad
87452 Altusried
am 28.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Florian Mair
86450 Altenmünster
am 23.2.

Bürgermeister Johann Walter
95506 Kastl
am 28.2.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Marco Meier
91737 Ornau
am 17.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Sozialministerin Scharf:

Schnelle Taten statt warmer Worte

Bund muss Pläne für Förderprogramm für Frauenhäuser konkretisieren

Bayerns Sozialministerin und Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Ulrike Scharf fordert vom Bund eine schnelle Umsetzung der Ankündigung von der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken vom vergangenen Wochenende: „Der Ankündigung der SPD-Vorsitzenden müssen jetzt auch schnell Taten von der Bundesfamilienministerin Lisa Paus folgen. Wir brauchen eine verlässliche Fortsetzung und Ausweitung des Bundesinvestitionsprogramms für Frauenhäuser! Die Finanzierung des Hilfsangebots muss stehen – der Schutz der Frauen hat oberste Priorität. Wir wissen aktuell nichts zur konkreten Ausgestaltung der Förderung. Statt warmer Worte und Ankündigungen brauchen wir schnelle Taten und eine Konkretisierung der Pläne.“

Bayerns Sozialministerin und Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Ulrike Scharf fordert vom Bund eine schnelle Umsetzung der Ankündigung von der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken vom vergangenen Wochenende: „Der Ankündigung der SPD-Vorsitzenden müssen jetzt auch schnell Taten von der Bundesfamilienministerin Lisa Paus folgen. Wir brauchen eine verlässliche Fortsetzung und Ausweitung des Bundesinvestitionsprogramms für Frauenhäuser! Die Finanzierung des Hilfsangebots muss stehen – der Schutz der Frauen hat oberste Priorität. Wir wissen aktuell nichts zur konkreten Ausgestaltung der Förderung. Statt warmer Worte und Ankündigungen brauchen wir schnelle Taten und eine Konkretisierung der Pläne.“

Messe-Jahresbilanzen in München und Nürnberg:

Starke Comebacks

Zu solider Stärke zurückgefunden haben Messe München und NürnbergMesse, wie die Geschäftsführer Dr. Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel, sowie Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann bei der Vorlage der Jahresbilanzen berichteten. Nach zwei verlustreichen Pandemiejahren wurden profitable Messeergebnisse vorgelegt.

Nach den deutlichen Verlustjahren 2020 und 2021 hat sich das Geschäft der Messe München mit rund 40 Eigenveranstaltungen im In- und Ausland sowie rund 90 Gastveranstaltungen wieder erfolgreich eingestellt, betonten Pfeiffer und

sejahres 2022 warnten Pfeiffer und Rummel vor zu großer Euphorie: „Auch die Jahre 2023 und 2024 werden intensive Messejahre, die aber im Ergebnis nicht an 2022 anschließen werden.“ Grund dafür seien die weitreichenden Einschränkungen



Seit 1. Juli 2022 wird die Messe München von Stefan Rummel und Dr. Reinhard Pfeiffer als gleichberechtigte Geschäftsführer in einer CEO-Doppelspitze geleitet.

Bild: Messe München

Rummel. Die Besucher- und Ausstellerzahlen der derzeitigen Messen liegen zwar immer noch unter den Rekordzahlen im Vergleich zu Vor-Corona, dennoch kommt die Messe München auf ein Besucherniveau von etwa 75 Prozent und liegt mit dieser Quote über dem deutschen Branchendurchschnitt.

Neue Technologien und Internationalität

Die CEO-Doppelspitze zeigt sich „hoherfreut, dass gerade Messen im Bereich Investitionsgüter und Neue Technologien wieder so kraftvoll zurückgekommen sind und vor allem bei der Internationalität punkten konnten. Zugleich hat sich eindrucksvoll manifestiert, dass Präsenzmessen für diese Industrien zum Teil mit digitalen Ergänzungen eines der wichtigsten Instrumente im Vertriebs- und Marketingmix sind. Das ist eine hervorragende Basis für die nächsten Jahre und bestätigt uns auf unserem Weg, den Fokus auf organisches Wachstum gesetzt zu haben.“

Erwartet wird ein Umsatz von über 400 Millionen Euro (2021: 127,2 Millionen Euro) und ein EBITDA von über 100 Millionen Euro. Zum Vergleich: Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) lag für die GmbH in 2021 noch bei -33,0 Millionen Euro. Trotz dieses positiven Resümeees des Mes-

sen der wirtschaftlichen Aktivität wie Corona-Nachwirkungen, die Lieferkettenproblematik, die mangelnde Energiesicherheit aber vor allem auch der Messekalendar in den nächsten beiden Jahren.

Neue Konzepte

Für die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens seien künftig zwei Trends ausschlaggebend: Zum einen werden Daten und Digitalisierung entlang der Wertschöpfungskette und nah am Kerngeschäft zur Prozessbeschleunigung ausgerichtet. Beispielhaft startet 2023 die BAU Insights als erste personalisierte und interaktive Informationsplattform der Bauindustrie und erweitert damit die physische Messe BAU auf 365 Tage im Jahr. Der zweite Trend ist das Thema Nachhaltigkeit, das die Messe München zwar schon seit vielen Jahren begleitet, aber inzwischen eine der wichtigsten Säulen der strategischen Grundrichtungen geworden ist. Im Rahmen der Messe München Nachhaltigkeitsstrategie geht sie gemeinsam mit den Ausstellern und den Besuchern in den nächsten Jahren den Weg in eine nachhaltige Zukunft mit dem Ziel der CO₂-Neutralität bis 2030.

Bei der Messe München stehen 2023 13 Veranstaltungen in Deutschland, 40 im Ausland sowie 91 Gastveranstaltungen und Kongresse auf der Agenda. Den

Auftakt bildet im Februar 2023 die f.re.e., Bayerns größte Reise- und Freizeitmesse. Nach vier Jahren findet im April die BAU – Weltleitmesse für Architektur, Materialien, Systeme – wieder in Präsenz statt. Im Mittelpunkt stehen die Themen „Herausforderung Klimawandel“, „Digitale Transformation“, „Zukunft Wohnen“ sowie „Ressourcen & Recycling“. Im Juli findet die digital-BAU – Fachmesse für digitale Lösungen in der Baubranche zum ersten Mal als Konferenz mit angeschlossener Ausstellung in München statt. Die EXPO REAL, productronica und ISPO Munich schließen die Eigenveranstaltungen im Jahr 2023 ab.

Große Wiedersehensfreude

Auch bei der NürnbergMesse zeigt die Kompassnadel wieder nach oben: „Wir freuen uns über das Wiedererstarben des Messegeschäfts 2022 mit großer Wiedersehensfreude bei unseren Kunden“, unterstrich CEO Prof. Dr. Roland Fleck. Nach pandemiebedingter Zwangspause in den ersten beiden Monaten konnten im Messejahr 2022 wieder Fachmessen im Messezentrum Nürnberg und auch bei den internationalen Tochtergesellschaften durchgeführt werden.

Erfolgreich trotz Stapelkrisen

Nach vorläufigen Berechnungen beteiligten sich an 135 Veranstaltungen weltweit (2020: 57) insgesamt über 23.600 Aus-



Die CEOs der NürnbergMesse: Prof. Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann.

Bild: Ralf Rödel

steller (2020: 12.385) mit einer vermieteten Nettofläche von rund 829.500 Quadratmetern (2020: 360.870 qm) sowie über 981.000 Besucher (2020: 430.887). Dieses starke Comeback der Präsenzmessen führt zu einem deutlichen Umsatzsprung auf 250 Mio. Euro (2020: 110,3 Mio. Euro).

Für das Jahr 2023 erwartet die Messegesellschaft im Kontext der anhaltenden Pandemie und aufgrund des veranstaltungsschwächeren ungeraden Jahres einen Umsatz von über 230 Mio. Euro: „Trotz der Stapelkrise aus Pandemie, Krieg und hohen Energiepreisen entwickeln sich unsere Messen weiter sehr positiv, was eindeutig zeigt: Das Geschäftsmodell Messe ist intakt!“, stellte CEO Peter Ottmann fest.

Comeback der Präsenzveranstaltungen

In einem eng getakteten Messekalendar reihten sich im Messezentrum Nürnberg insgesamt 82 Veranstaltungen aneinander, im aufgrund der Messetur-nisse besser vergleichbaren geraden Messejahr 2020 waren es coronabedingt lediglich 28. Das Comeback der Präsenzveranstaltungen führte zu einem deutlichen Anstieg bei den klassischen Veranstaltungskennzahlen: Besonders erfreulich: Die Internationalität auf Ausstellerseite lag mit 44 % bzw. 22 % bereits wieder auf dem Niveau des Rekordjahres 2018. Nach Flecks Angaben „dokumentieren insbesondere die-

Liebe Leserinnen und Leser,

die Migrations- und Flüchtlingsdebatte in der Öffentlichkeit ist wieder da! In den bayerischen Kommunen ist dies bereits seit Monaten ein großes und wichtiges Thema, das endlich jetzt auch im gesellschaftlichen und medialen Fokus steht.

Die reinen Zahlen sprechen für sich: Wir haben aktuell mehr Migranten und Flüchtlinge als 2016. In zahlreichen Einrichtungen und Notunterkünften sind die Kapazitätsgrenzen erreicht. Die Kommunen klagen über die derzeitige Flüchtlingssituation vor Ort und fordern, dass die ak-

Kommunen tragen die Verantwortung für Menschen vor Ort

tuelle Bundesregierung sich dem Thema verstärkt annimmt und es zur Chefsache erklärt.

Die kommunalen Mandatsträger sind sich hier einig: Wir benötigen eine bundesweite und langfristige Dauerlösung für die aktuelle Flücht-

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

lingssituation statt kurzfristiger Notlösungen vor Ort. Das gemeinsame Ziel aller politischen Ebenen muss eine adäquate Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten sowie die gerechte und geregelte Verteilung innerhalb Europas sein.

Für die KPV steht fest: Die bayerischen Landräte und Bürgermeister leisten gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern bei der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung vor Ort schnell und unbürokratisch Hilfe. Jetzt benötigen sie die organisatorische Unterstützung der Bundesregierung bevor eine gesellschaftliche Spaltung und langfristige Folgewirkungen für die Kommunen drohen.

Wir stehen klar an der Seite unserer Kommunen und fordern, dass die Ampel-Regierung ihrer Gesamtverantwortung für die Menschen endlich gerecht werden soll. Die Menschen vor Ort tun dies bereits. Für den engagierten und selbstlosen Einsatz darf ich allen kommunalen Mandatsträgern und Helfern vor Ort auf diesem Wege danken.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

se Werte der Internationalität die Resilienz unseres Geschäftsmodells und sind gerade für unsere sozioökonomischen Effekte in Stadt und Metropolregion

zur Zukunftsfähigkeit der Energieversorgung und zugleich großen Innovationssprung in Richtung Energieautarkie stellt das eigene batterie- und wasserstoffspeichergestützte Hybridkraftwerk auf dem Messegelände dar, dessen Planung im abgelaufenen Jahr massiv vorangetrieben wurde. Fleck zufolge wird für das Kraftwerk noch im ersten Quartal 2023 der Baubeginn mit der ersten Photovoltaik-Modullegung erfolgen. Zudem wird bis zum Ende des ersten Halbjahres die komplette Hallenbeleuchtung auf energiesparende LED-Lampen umgestellt.

„2023 kehren die Veranstaltungen der NürnbergMesse wieder in ihren ursprünglichen Rhythmus von veranstaltungsschwachen geraden und veranstaltungsschwächeren ungeraden Jahren zurück“, konstatierte Peter Ottmann. 76 Veranstaltungen sind im Messezentrum Nürnberg, weitere 71 weltweit geplant. Trotz anhaltender Krisen und pandemischer Auswirkungen geht die Messegesellschaft davon aus, dass sich die Nachfrage nach Präsenzveranstaltungen weiter erholt und spätestens 2025/2026 auf das Vor-Corona-Niveau zurückkehrt. DK

Kommunalforum Alpenraum 2023:

Die Gemeinden im Klimawandel

Experten zeigen am 15. März 2023 im Lindner-Innovationszentrum in Kundl auf, wie sich der Klimawandel auf Gemeinden im Alpenraum auswirkt und wie diese zur Energiewende beitragen können. Der Bayerische Gemeindetag und die Bayerische Gemeindezeitung sind als Partner mit an Bord.

Welche Rolle spielen die Gemeinden im Alpenraum bei der Energiewende und beim Klimaschutz? Welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf Regionen wie Bayern, Tirol oder Südtirol? Und welche Antworten gibt es auf die explodierenden Energiekosten? Diese und viele weitere Fragen stehen im Mittelpunkt des diesjährigen Kommunalforums Alpenraum am Mittwoch, 15. März 2023, im Lindner-Innovationszentrum in Kundl.

Hitze-Sommer mit Rekord-Temperaturen, Dürren, Waldbrände und extreme Unwetter bestimmen die Schlagzeilen. In seiner Keynote liefert Marcus Wadsak, Leiter der Wetterredaktion des Österreichischen Rundfunks ORF, den aktuellen Stand der Wissenschaft mit Antworten auf die brennendsten Fragen zum Thema Klimawandel. Helmuth Müller, Vorstandsvorsitzender der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG, zeigt im anschließenden Gespräch auf, wie Gemeinden Energie sparen können.

Kommunen als Schlüssel für die Klima- und Energiezukunft

Der inhaltliche Teil des Abends endet mit einer grenzüberschreitenden Talkrunde, in der die Spitzen der Gemeindeverbände über die aktuellen Herausforderungen der Kommunen in puncto Klimawandel und Energiewende diskutieren. Mit dabei sind Franz Rasp (1. Bürgermeister Berchtesgaden und Bayerischer Gemeindetag), Alfred Riedl (Präsident Österreichischer Gemeindebund), Ernst Schöpf (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindenverband) und Hermann Gahr (Obmann Forum Land).

Die Veranstaltung startet um 17 Uhr. Nach Abschluss des inhaltlichen Teils kling der Abend ab 19 Uhr kulinarisch aus.

Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Ziel ist es, die Gemeinden in den alpinen Regionen zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen für die Zukunft zu arbeiten. Partner sind die Innsbrucker Kommunalbetriebe, der Südtiroler Gemeindeverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindetag, der Österreichische Gemeindebund und Forum Land. Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner des Kommunalforums.

Infos zum Detailprogramm und Anmeldung unter www.kommunalforum-alpenraum.eu. Die Anmeldefrist läuft bis zum 10. März 2023. □

Messe München Jubiläum:

25 Jahre Standort München-Riem

Vor wenigen Tagen hat die Messe München ihr 25-jähriges Standort-Jubiläum in München-Riem gefeiert. Mit dem Umzug 1998 von der Theresienhöhe auf das ehemalige Flughafengelände avancierte das Unternehmen zu einem führenden und global agierenden Messenetzwerk.

Als Austragungsort für hochqualitative Veranstaltungen dienen am Standort München das 200.000 qm große Messegelände, 18 Messehallen, Kongresszentren und das 414.000 qm große Freigelände. Zudem zählt das Unternehmen Tochtergesellschaften in Europa, Asien und Südamerika sowie rund 70 Auslandsvertretungen, die über 100 Länder betreuen.

Ungebrochen ist die Bedeutung der Messe München als Wirtschaftsfaktor für Stadt, Land und Bund. Aussteller und Besucher der Münchner Messen und Kongresse induzieren jedes Jahr durchschnittlich bundesweit einen Gesamtumsatz von 3,3 Mrd. Euro Umsatz bzw. in einem bauma-Jahr sogar 4,3 Milliarden Euro. DK

Bayerischer Bezirkstag zur geplanten Krankenhausreform

Anlass zur Sorge gibt laut dem Präsidenten des Bayerischen Bezirkstags, Landrat Franz Löffler, das Gutachten zur Folgenabschätzung der Krankenhausreform. Die Gesundheitseinrichtungen der Bezirke betreiben bayernweit 47 Tageskliniken für psychisch erkrankte Erwachsene und 18 Tageskliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie mit über 1.400 Plätzen. Auch auf dem Land müssten psychiatrische Versorgungsangebote für die Menschen erreichbar bleiben.

An Bundesgesundheitsminister Lauterbach richtet Löffler deshalb den dringenden Appell: „Auch wenn die Auswirkungen der Reform auf die psychiatrischen Fachkliniken noch nicht abschließend beurteilt werden können, weil die Reformvorschläge dazu noch zu wenig differenziert sind: In den vergangenen Jahrzehnten haben wir viel für Menschen mit psychischen Erkrankungen erreicht. Das darf mit dieser Reform nicht gefährdet werden.“

„Wir versorgen in der Psychiatrie in Bayern auf hohem Niveau“, so Löffler, „daran darf sich nichts ändern. Nur mit einem flexiblen und differenzierten Angebot in der ganzen Versorgungskette können wir trotz Fachkräftemangel den bestmöglichen Zugang zu Behandlung und Therapie sicherstellen.“ Dies gelinge nur, wenn man bei der Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung in der Psychiatrie mindestens das Erreichte bewahre und die Durchlässigkeit zwischen ambulanten und stationären Angeboten verstärke, stellte der Präsident fest. **DK**

Landkreise an der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Situation in den Herkunftsländern, insbesondere den afrikanischen Staaten, müsse so stabilisiert werden, dass Migration aus wirtschaftlichen Gründen kein Ziel mehr sein muss.

Kritik übt der Kommunalverband auch am Vorschlag des Bundes für eine Reform des Krankenhauswesens, würde doch das favorisierte Stufenmodell im Flächenland Bayern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung erschweren. Um als wohnortnahe Klinik mit Zukunftsperspektive eingestuft zu werden, wären schließlich Voraussetzungen zu erfüllen, die nicht die Gegebenheiten im ländlichen Raum widerspiegeln, heißt es.

Folgenabschätzung der Krankenhausreform

Mittlerweile liegt auch eine Expertise des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege zur Folgenabschätzung der Krankenhausreform auf die Versorgungsstruktur in Bayern vor. Das Gutachten hat ermittelt, was passieren würde, wenn die bislang bekannten Reformvorschläge umgesetzt würden. Es kommt zu dem Schluss, dass 53 der rund 400 bayerischen Krankenhäuser (13 Prozent) durch die Reformpläne auf das sogenannte Level II herabgestuft würden. Das bedeutet, sie könnten künftig nur noch eine ambulant-stationäre Basisversorgung anbieten, zum Beispiel bei Diabetes- oder Kreislaufproblemen. An diesen Häusern könnten keine Notfallversorgung und keine reguläre stationäre Versorgung mehr stattfinden.

Schlechteres Angebot durch Berliner Pläne

Laut Minister Holetschek wären mehr als 50 Krankenhäuser in Bayern keine vollwertigen Krankenhäuser mehr, wenn der Bund die bislang bekannten Pläne umsetzen würde. Auch bei Häusern mit einem breiteren Versorgungsangebot würde sich das Angebot nach den Berliner Plänen verschlechtern. Knapp 100 Krankenhäuser würden künftig nur noch eine stationäre Basisversorgung anbieten. Zahlreiche andere, auch in der Fläche relevante Angebote, fielen nach der Konzeption des Bundes an diesen Häusern weg, ein besonders gravierendes Beispiel sei die Geburtshilfe.

Gefährdet wäre auch die Versorgung bei einem Schlaganfall. Gerade auf dem Land sei diese in telemedizinischen Netzwerken in Bayern bislang sehr erfolgreich. Auch am Beispiel der

Intensivmedizin belege das Gutachten die große Gefahr einer Ausdünnung der Versorgungsangebote.

Zukunftsfähige Wege für die medizinische Versorgung

„Die derzeitige Situation ist personell und finanziell schwierig. Verstärkt wird das Ganze durch Inflation und Energiekosten. Wir brauchen eine Reform, die diese Herausforderungen beantwortet und zukunftsfähige Wege für die medizinische Versorgung aller Menschen im Land aufzeigt. Die vom Bund vorgelegten Strukturüberlegungen würden die medizinische Versorgung in der Fläche gefährden“, machte Landkreistagschef Karmasin deutlich und ergänzte: „Die Rolle unserer Krankenhäuser bei der medizinischen Flächenversorgung ist weit größer als auf den ersten Blick ersichtlich. Es geht nicht nur um das Behandlungsspektrum in den Häusern an sich. Sie sind auch zentral für die Pflegeausbildung und die ärztliche Weiterbildung im ländlichen Raum. Sie sind essenziell für eine ausreichende Notarztversorgung, da sie vielfach die Notärzte stellen. Mit Blick auf das Ausscheiden der Babyboomer-Generation müssen sie vieles im niedergelassenen Bereich auffangen.“

Finanzielle Unterstützung für den Transformationsprozess

Nach Holetscheks Auffassung können die Krankenhäuser ohne finanzielle Unterstützung den notwendigen Transformationsprozess nicht bewältigen. „Umverteilungen im System reichen nicht, wir brauchen frisches Geld – für die Reform, aber auch schon zuvor zur Beseitigung der systematischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser. Man sollte daher den Vorschlag von Professor Christian Karagiannidis (Mitglied des Expertenrats der Bundesregierung) prüfen, einen Strukturfonds über 100 Milliarden Euro einzurichten, denn sonst laufen wir Gefahr, dass einige Kliniken die Strukturreform gar nicht mehr erleben.“

Auch mahnte der Minister Korrekturen und Vereinfachungen bei den Voraussetzungen der sogenannten Level und den am jeweiligen Level möglichen Leistungsgruppen sowie Öffnungsklauseln für die Länder an. „Ich werde es nicht hinnehmen, wenn die Planungshoheit der Länder durch die Reform ausgehebelt wird. Notfalls bin ich auch bereit, dafür nach Karlsruhe zu gehen und vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen“, stellte Holetschek klar. **DK**

Städtetag warnt vor ...

(Fortsetzung von Seite 1)

angesetzt werden. Allein das Pflegebudget macht rund 30 Prozent aus. Dazu gehört auch, die vollständige Refinanzierung der künftigen Kostensteigerungen sicherzustellen. Nötig ist eine Reform der mangelhaften Investitionsfinanzierung der Länder. Der Bund sollte mit eigenen Haushaltsmitteln in die Investitionsfinanzierung einsteigen. Die möglicherweise nötige Reduzierung von Krankenhausstandorten muss geplant und langfristig erfolgen. Ungeplante Schließungen durch Insolvenzen müssen vermieden werden. Bund und die Länder müssten Defizite der kommunalen Krankenhäuser auffangen, die eine ganze Region weit über die Stadtgrenze hinaus versorgen. Universitätskliniken und Großkrankenhäuser müssen als Maximalversorger gleichbehandelt werden.

Krankenhäuser sind Rückgrat der Gesundheitsversorgung

Wie der Städtetagschef erläuterte, seien kommunale Krankenhäuser das Rückgrat der Gesundheitsversorgung. Städte hielten ihre Kliniken auch für das Umland vor. Es sei eine dramatische Fehlentwicklung, wenn regionale Gesundheitsversorgung aus städtischen Haushalten finanziert werden muss. Hier müssten Bund und Länder die flächendeckende Versorgung sicherstellen. Bei einer Reform sei auch die Sicherung der ambulanten Versorgungsstrukturen in den Blick zu nehmen. Gerade die ambulante Notfallversorgung war in den Hochphasen der Corona-Pandemie und der Grippe-Welle am Jahresende 2022 an Grenzen gestoßen, weil trotz gestiegenen Bedarfs weniger Personal bereitstand.

Als „vielfach dramatisch“ bezeichnete auch Ingolstadt's Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf die Situation kommunaler Krankenhäuser. Er bezifferte den Fehlbetrag des kommunalen Klinikums Ingolstadt für 2022 auf 13 Millionen Euro. Die Verlustschätzungen für 2023 lägen zwischen 20 und 60 Millionen Euro.

Hohe Kosten und unzureichende Finanzierung

Die Jahre der Corona-Pandemie seien nicht nur eine große Belastung für Ärzteschaft und medizinisches Personal, sondern auch finanziell für die Einrichtungen sehr schwierig gewesen, betonte Scharpf. Allgemein steigende Kosten und eine hohe Inflation verschärfen die Situation in den Häusern zunehmend: hohe Kosten der stationären Gesundheitsversorgung auf der einen Seite, gleichzeitig eine unzureichende Finanzierung des Systems auf der anderen. Als Folge müssten viele Städte als Träger zunehmend ihre Krankenhäuser stützen, um die negativen wirtschaftlichen Ergebnisse auszugleichen.

Umfassende Reformen unabdingbar

„Der Reformbedarf des bisherigen Systems ist hoch, die Zeit drängt“, unterstrich der OB. Erforderlich sei in der jetzigen Situation neben einer kurzfristigen Sicherstellung der Liquidität der bedrohten Krankenhäuser durch den Gesetzgeber vor allem eine umfassende Reform der Krankenhausfinanzierung und Krankenhausplanung. Die Krankenhausplanung müsse der Freistaat Bayern aktiv in die Hand nehmen und ein Gesamtkonzept für die Krankenhausstruktur im Freistaat entwickeln. Die Träger in den Städ-

ten und Landkreisen dürften mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden.

Der Krankenhausverbund der Stadt Rosenheim mit drei Nachbarlandkreisen werde in diesem Jahr rote Zahlen in Höhe von 20 bis 30 Millionen Euro schreiben, berichtete Rosenheimer Oberbürgermeister Andreas März. Mit Blick auf die geplante Krankenhaus-Reform stellte er fest: „Die Idee, dass nicht jedes Krankenhaus beliebig die ganze Bandbreite der Medizin anbieten soll, ist an sich richtig. Strukturvorgaben und der Nachweis medizinischer Erfahrung für die Behandlung definierter Leistungsgruppen sind sinnvoll.“

Leistungsgruppen zwanghaft an Krankenhaus-Level zu binden, ist allerdings ein viel zu starres Vorgehen.“

Echte Spitzenmedizin an kleinen Krankenhäusern

März zufolge gibt es etliche sogenannte kleine Krankenhäuser, die schon lange in ausgewählten Disziplinen wie zum Beispiel der Orthopädie echte Spitzenmedizin anbieten. „Es wäre verheerend, wenn alle Level 1-Krankenhäuser jetzt verzweifelt das Level 2 anstreben würden, um die richtigen strategischen Entscheidungen der Vergangenheit erhalten zu können.“ **DK**

Comeback des starken Staates ...

(Fortsetzung von Seite 1)

beitszeit der Bundesbeamten signalisierte sie Gesprächsbereitschaft: „Ich lasse prüfen, wie wir hier für besonders belastete Berufsgruppen Entlastung schaffen können.“

Nach den Attacken auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht erklärte die Bundesministerin, Angriffe auf Beschäftigte nicht hinzunehmen. „Der Staat muss sich vor die Beschäftigten stellen. Täter müssen schnell bestraft werden, nur das schafft Respekt vor dem Rechtsstaat.“ In der Diskussion um sogenannte Reichsbürger im öffentlichen Dienst stellte Faeser fest: „Wer für den Staat arbeitet, muss sich aktiv zu unseren Grundwerten bekennen. Wir lassen nicht zu, dass der Rechtsstaat von Extremisten sabotiert wird – sie haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.“

Bei der Digitalisierung der Verwaltung muss der Staat besser und schneller werden

In punkto Digitalisierung der Verwaltung – insbesondere beim Onlinezugangsgesetz – räumte Faeser ein: „Hier muss der Staat auf allen Ebenen besser und schneller werden.“ Prozesse dürften allerdings nicht einfach digitalisiert, sondern müssten zuvor grundlegend verbessert werden. „Angesichts von 40.000 Behörden im Land und allein 11.000 Städten und Gemeinden ist das allerdings weiter eine Mammutaufgabe.“

Ein Plädoyer für den öffentlichen Dienst als Stabilisator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hielt Prof. Dr. Udo Di Fabio, Bundesverfassungsrichter a.D. Insgesamt, so Di Fabio, habe sich die Bundesrepublik zu sehr an das „tragende Fundament öffentlicher Dienst“ gewöhnt, ohne von Zeit zu Zeit auf Bruchstellen zu achten. „Wir haben zu viel Vertrauen in eine scheinbar ewig funktionierende Infrastruktur entwickelt, zu wenig investiert und sich verändernde Rahmenbedingungen ignoriert.“ Eine Diagnose, die auch Verwaltungsdienstleistungen und Verfahren umfasse. Soll

Sozialministerin Ulrike Scharf:

Wir nutzen alle Potenziale

Arbeitsministerin eröffnet neue Auswahlrunde für Fördermittel aus dem bayerischen Arbeitsmarktfonds

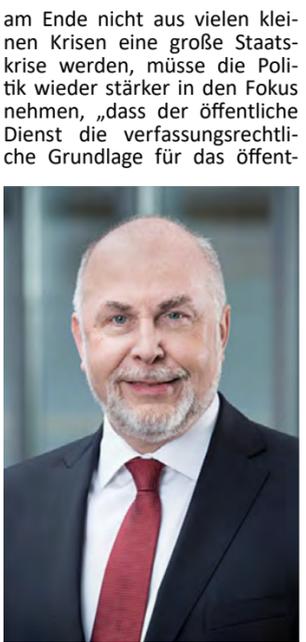
Zum Start der 33. Auswahlrunde aus dem bayerischen Arbeitsmarktfonds informiert Arbeitsministerin Ulrike Scharf: „Der bayerische Arbeitsmarkt ist robust, steht aber gleichzeitig vor vielfältigen Herausforderungen.“

Der demografische Wandel, die Digitalisierung und die Veränderungen der Jobprofile sind für die Ministerin hierfür nur einige Beispiele. Ihr sei es ein Anliegen, junge Menschen auf die Arbeitswelt vorzubereiten. „Mit dem bayerischen Arbeitsmarktfonds wollen wir 2023 junge, arbeitslose Menschen mit geringen beruflichen Kenntnissen unterstützen. Ziel ist es, sie zu qualifizieren und ihnen so eine Ausbildung zu ermöglichen. Wir müssen alle Potentiale nutzen und jedem Talent eine Chance geben!“

Bewerbungen von interessierten Trägern sind ab sofort bis zum 31. März 2023 möglich. Über die eingereichten Anträge wird im Sommer eine Arbeitsgruppe entscheiden, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, von Kammern und Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit und der Bayerischen Staatsregierung besteht. Im vergangenen Jahr hat die Arbeitsgruppe 14 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt rund 2 Millionen Euro ausgewählt.

Mit dem Arbeitsmarktfonds fördert das Bayerische Arbeitsministerium seit 1997 die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, Älteren, Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen, Menschen mit Behinderung, Frauen oder Migrantinnen und Migranten. Bisher konnten 616 Projekte mit insgesamt rund 129 Millionen Euro gefördert werden. Alle Maßnahmen gehen einher mit einer an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierten Beratung und Begleitung.

Die Förderrichtlinie einschließlich ergänzender Hinweise, aktueller Schwerpunkte und Informationen zum Antragsverfahren sind unter www.stmas.bayern.de/arbeit/fonds abrufbar. **□**



Ulrich Silberbach. Bild: ddb/Marco Urban

liche Gemeinwesen bildet und gleichzeitig eine Garantie für entsprechende Infrastrukturen und Dienstleistungen gewährt.“

Enormer Investitionsstau in den Kommunen

Politik und Wissenschaft waren sich einig, dass insbesondere in Krisenzeiten Geld für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst vorhanden sein muss. Katja Dörner, Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn, verwies auf den enormen Investitionsstau in den Kommunen, der laut Deutschem Städtetag bei über 150 Milliarden Euro liege. „Auf Dauer führt das dazu, dass etwa in manchen Turnhallen keine Reparaturen mehr möglich sind. Da sind die Kommunen mittlerweile an einem Kipppunkt.“ Diesen Investitionsstau aufzulösen sei aber nicht nur eine Frage der Finanzen, sondern auch der verfügbaren Fachkräfte, um die durchaus vorhandenen Mittel auch auszugeben. Hier mache sich auch der demografische Wandel bemerkbar: „30 Prozent unserer Fachkräfte in Bonn verlassen uns in den

nächsten Jahren altersbedingt.“

Gerade die vergangenen Jahre hätten gezeigt, wie wichtig eine starke Kommunalverwaltung sei, stellte Dörner fest und plädierte daher auch für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Länder. „Wir brauchen grundsätzlich mehr Geld, nicht immer neue Förderprogramme.“ Sonst würden in den Haushalten der Städte und Gemeinden immer wieder alles „hinten runterfallen, was keine kommunale Pflichtaufgabe ist“. Dies gelte aktuell beispielsweise für den Klimaschutz. Die Bonner Rathauschefin appellierte insbesondere an den Bund, keine Gesetze zu Lasten der Kommunen zu erlassen und nannte die Wohngeld-Reform als aktuelles Beispiel: „Inhaltlich finde ich das gut, hier erhalten Menschen gezielt Unterstützung. Aber alleine in Bonn müssen wir für die Umsetzung dieser Neuerungen 32 zusätzliche Stellen schaffen.“

Dem Fachkräftemangel begegnen durch mehr Ausbildungskapazitäten

Dr. Uda Bastians, Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Recht und Verwaltung beim Deutschen Städtetag, will dem Fachkräftemangel, der insbesondere im Ingenieurwesen und der IT sowie Pflege und Betreuung eklatant sei, unter anderem durch mehr Ausbildungskapazitäten im öffentlichen Dienst begegnen. „Wir wollen zum Beispiel den Studiengang Verwaltungsinformatik aufstocken, denn an der Ausbildung darf es nicht scheitern; damit wir die Leute, die das machen wollen, auch in die Berufe bekommen.“ In diesem Zusammenhang sei auch die Zuwanderung von Fachkräften unabdingbar. Junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu begeistern, indem man Sinnhaftigkeit, Vielfalt und Perspektiven der Berufe herausstelle und dafür werbe, sei ebenfalls ein gangbarer Weg zu mehr Bewerbern: „Wir müssen das viel mehr in die Gesellschaft tragen und dem Beamtenbashing entgegen begegnen.“ **DK**

Kommunales GIS-Forum in Ulm:

Städte, Daten und Modelle

Dem intelligenten Management kommunaler Geodaten kommt häufig eine Schlüsselfunktion zu. Wie dieses Management aussehen kann, welche Daten heute und in Zukunft benötigt werden, und welche Akteure in und außerhalb der Kommunen Daten liefern oder Zugang benötigen, darüber informierte das kommunale GIS-Forum des Runden Tisches GIS e.V. in Ulm.

„Wir können aus Daten lernen“, unterstrich eingangs Baubürgermeister Tim von Winning. Beispielsweise unterstützten in Ulm Sensoren und die daraus abzuleitenden Daten dabei, Besucherströme zu überblicken, Baumstandorte und deren Bewässerung zu optimieren oder die Müllentsorgung zu verbessern. Wichtig seien Schnittstellen, um Daten zu synchronisieren.

Schlüssel zum Erfolg

Von Winning zufolge wird diese Datenerfassung und -haltung immer komplexer. „Wir haben eine Verantwortung, diese Daten immer wieder zu pflegen. Diese Datenaufbereitung kostet viel Geld und Ressourcen.“ Aus seiner Sicht müssten Laien die bereitgestellten Daten ohne Vorkenntnisse nutzen können. Dabei sei eine valide Datenerhebung und -steuerung ein Schlüssel für den Erfolg

der Datenakzeptanz und -nutzung innerhalb der Stadt.

Auch Dr. Klaus Brand, Vorstandsmitglied des Runden Tisch GIS, vertrat die Meinung, dass die Komplexität in der Datenerfassung und -nutzung reduziert werden müsse. Exemplarisch nannte er das komplexe Thema Abwassermonitoring im Zuge der Corona-Pandemie. „Mithilfe eines Dashboards sei die Lösung so umgesetzt worden, dass jeder Betrachter - von den Gesundheitsämtern über die Politik bis hin zur Bevölkerung - damit etwas in der täglichen Arbeit anfangen kann.“

Energie-Atlas Bayern

Dass die richtige Datenerfassung und -nutzung auch an anderer Stelle eine maßgebliche Rolle spielt, verdeutlichte Michael Schneider vom Ökoenergie-Institut Bayern in seinen Ausführun-

gen zum Energie-Atlas Bayern. Um die dahinterliegenden Potenziale zu erkennen und sinnstiftend zu nutzen, müsse ein Hauptaugenmerk zunächst auf Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Atlas liegen. Schließlich sei eine valide Datengrundlage das A und O eines solchen Informationsportals und entscheidend für den Erfolg des Atlas. Der Energie-Atlas Bayern docke an den Bayernatlas an und sei als ressourcenübergreifendes Instrument zu verstehen.

Mehr als 200 Themenseiten

Wie Schneider ausführte, sei der Atlas seit elf Jahren online und diene als Informationsportal und digitale Planungshilfe für Bürger, Kommunen, Unternehmen, aber auch Behörden, Planer und Verbände. Dank des Energie-Atlas ließen sich mehr als 200 Themenseiten mit Grundlageninformationen und Fachwissen zum Energiesparen, zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien finden.

Inhaltlich könnten Anwender unter anderem Antworten zu Fragen nach der Nutzung von Erdwärme auf dem eigenen Grundstück finden, aber auch, wo sich geeignete Standorte für Windkraftanlagen befinden. Gleiches gelte für die Frage nach den Potenzialen zur Nutzung von Photovoltaik oder der Wasserkraft. Umfassende digitale Werkzeuge erlaubten eine zielgenaue Recherche zu den einzelnen Themenfeldern – vom Standortcheck über 3D-Analysen bis zu Szenarien möglicher Energieeinsparungen. Die Zugriffsraten hätten sich in den vergangenen Monaten gerade vor dem Hintergrund knapper Energieressourcen und massiv steigender Energiekosten merklich erhöht, betonte Schneider.

Digitaler Energienutzungsplan

Daten, Karten und einen Überblick liefert auch der Landkreis Cham. Am Beispiel des digitalen Energienutzungsplans vermittelte Dr. Ulrich Huber, Landratsamt Cham, die dahinterliegende Planungsgrundlage zur kooperativen Energiewende für Kommunen.

Vor dem Hintergrund des Programms zur „Förderung von Energiekonzepten und kommunalen Energienutzungsplänen“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums setzte der Landkreis Cham bereits 2012/2013 auf einen Energienutzungsplan, „nur damals noch nicht digital“, wie Huber erläuterte. Die digitale Wende erfolgte auf Basis eines Kreistagsbeschlusses aus dem Jahr 2021, wobei der Schwerpunkt von Beginn an auf einem realistisch umsetzbaren Maßnahmenkatalog lag, inklusive konkreter Handlungsoptionen für die lokale Energiewende sowie deren technische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit. Bei dem zu 70 Prozent von Bayern Innovativ geförderten Projekt habe das Hauptziel in einer „gebäudescharfen Erfassung der momentanen Energiebedarfs- und Energieversorgungssituation im Landkreis“ gelegen, so Huber. Hinzu kam eine darauf basierende Berechnung der Potenziale zur Energieeinsparung und zum Ausbau erneuerbarer Energien.

Mittels einer interkommunalen Energiewende-WebApp könnten Anwender laut Huber unter anderem PV-Potenziale von Freiflächen über GIS-Analysen durchführen oder Analysen möglicher Parkplatz-PV-Potenziale durchführen. Weitere Anwendungsmöglichkeiten der WebApp bestehen in der Ermittlung des Wärmebedarfs, der Wärmedichte und daraus abzuleitender Sanierungspotenziale. Weiterfüh-

rend sieht Huber vermehrte Potenziale in der durch die Künstliche Intelligenz (KI) gestützte Ermittlung von PV-Bestandsanlagen auf Basis von Deep Learning via ArcGIS Pro und Image Analyst. Doch gingen mit den neuen KI-Möglichkeiten auch höhere Anforderungen an die Rechenleistungen im Rechenzentrum des Landkreises einher. So könnte es auch heißen: Investieren, um die Trefferwahrscheinlichkeit zu erhöhen. Diese liegt nach Hubers Worten bei rund 90 Prozent.

Digitaler Zwilling

Wie Daten und Modelle ihre konkrete Anwendung im Austausch mit Bürgern finden können, zeigte Katja Drüssler vom Kompetenzzentrum Digitaler Zwilling München auf. Unter dem Titel: „Münchener Ansätze zur Öffentlichkeitsbeteiligung“ erklärte sie den Einsatz des Digitalen Zwillings, dem „digitalen Herzstück der Zukunftstadt München“. Damit könne den Herausforderungen der Smart City München mit innovativen Lösungen begegnet werden. Drüssler erachtet es als wichtig, dass mit Hilfe der Urban Data Platform eine zentrale Datendrehzscheibe des Digitalen Zwillings besteht, die Insellösungen überwindet und diese zu einem gemeinsamen Ökosystem vernetzt. Das Augenmerk sei auf eine stärkere Digitalisierung von Verwaltungsprozessen sowie die Visualisierung von angestrebten Veränderungen im Vorfeld zu legen. Damit könnten die Bürger besser in Entscheidungen eingebunden werden.

„Zentrale Zukunftsthemen wie der Klimaschutz, eine zukunftsorientierte Mobilität oder die integrierte Stadtentwicklung kann

die Stadtfamilie mit dem Digitalen Zwilling bestmöglich umsetzen“, machte Drüssler deutlich. Die Verantwortlichen setzten auf international standardisierte, herstellerunabhängige und offene Schnittstellen, wodurch die Vernetzung bestehender Systeme und Datenplattformen ermöglicht werde.

Münchner Anwendungsfälle

Am Ende benötigt das digitale Abbild der Stadt auch eine Umsetzung im realen München, um mit Hilfe von Analysen, Szenarien und Modellen zu Veränderungen zu gelangen. Aktuelle Anwendungsfälle finden sich unter anderem in den Bereichen des Klima- und Umweltschutzes, der Mobilität und der Bürgerbeteiligung. Exemplarisch hierfür nannte Drüssler das Projekt in Freiham, einem Neubaugebiet im Westen Münchens, und die Visualisierung von Bauabschnitten mittels Virtual-Reality (VR)-Brillen. Mit solchen Maßnahmen könnten die Bürger Planungsszenarien neu erleben. Als weiteres Planungsszenario mit VR erwähnte die Referentin den Lastenrad- oder Rollstuhl-Simulator im Mobilitätsumfeld. In Summe ermöglicht der Digitale Zwilling die Abbildung der Realität und von Analysen, macht Partizipationsprozesse einfacher sowie verständlicher und erlaubt der Stadt das aktive Steuern von Prozessen und Projekten.

Mit dem Thema: „basemap.de – Einsatz smarter Webkarten in Bund, Ländern & Kommunen“ befasste sich Dr. Markus Seifert vom Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in München. Hinter basemap.de steht eine Gruppe kartografischer Produkte, entwickelt

von Bund und Ländern. Unter der Regie der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) gehören hierzu unter anderem Raster- und Vektorkarten-Dienste.

Seifert hob die Vorteile der Lösungen hervor, die amtlich, flexibel und modern seien. Zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten eröffneten sich beispielsweise durch qualitätsgesicherte Geobasisdaten sowie eine hohe Qualität der Produkte unter Verwendung von Open-Source-Software samt vielfältiger Anwendungsmöglichkeiten der Karten – inklusive der Nutzung am Desktop oder mobil.

Smarte Webkarten

Laut Seifert sind mittlerweile 20 Millionen Gebäude in der monatlich aktualisierten Vektorkarte hinterlegt. Neben dem Ausdruck von Webkarten seien individuelle Styleanpassungen durch die Anwender sowie die Anreicherung der Basiskarte mit weiteren Informationen möglich. Als Anwendungsbeispiele nannte Seifert unter anderem die Darstellung von Hochspannungsleitungen in einer bestimmten Farbe, die Windraddichte in Deutschland oder thematische Karten mit 3D-Bäumen. Mit Hilfe der angebotenen Lösungen sei damit „eine schnelle, flexible und wirtschaftliche Erzeugung von bisherigen und neuen kartografischen Produkten der Vermessungsverwaltungen“ möglich, heißt es auf den „basemap.de-Internetseiten“. Auf diese Weise komme man der abzubildenden Realität ein ganzes Stück näher. Oder wie es Dieter Heß, Vorstandsmitglied des Runden Tisch GIS, formulierte: „Die Welt so abbilden, wie sie ist.“ DK

Zahlreiche Geodaten nun als Open Data verfügbar

Seit Jahresbeginn stellt die Bayerische Vermessungsverwaltung eine große Auswahl an Geobasisdaten kostenfrei für alle Interessierten online zur Verfügung. Laut Finanz- und Heimatminister Albert Fürecker „besitzen diese Daten höchste Qualität und Aktualität und werden täglich in vielen Bereichen von Bürgerinnen und Bürgern, der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft genutzt“.

Im Zuge der Umsetzung des Datennutzungsgesetzes können die Nutzer umfangreiche Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung unter <https://geodaten.bayern.de/opegeodata/> herunterladen. Neben topographischen Fachdaten, wie dem Digitalen Landschaftsmodell (ATKIS® Basis-DLM), dem Digitalen Geländemodell, den 3D-Gebäudemodellen (LoD2) oder topographischen Karten, stehen auch diverse Freizeitthemen, wie etwa Ausflugsziele oder Rad- und Wanderwege, zur Verfügung. Die freigegebenen Daten können unter Standard-Lizenzbedingungen („Creative Commons“, konkret CC-BY 4.0 bzw. CC-BY ND 4.0) für private und kommerzielle Zwecke genutzt werden. Im Laufe dieses Jahres wird der Umfang der kostenfreien Angebote schrittweise ausgebaut. Ziel ist es, die Daten bis Ende 2023 vollständig digital über Downloadfunktionen, Geodatendienste und Programmierschnittstellen zur Verfügung zu stellen. DK

DB broadband vermietet Glasfaserkabel an Leonet

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen Leonet hat über die DB broadband Kapazitäten im Glasfasernetz der Deutschen Bahn angemietet. Konkret handelt es sich um zwei insgesamt rund 40 Kilometer lange Strecken im Osten Bayerns. Sie führen vom Ort Niderlindhardt nach Atting und von Rannersdorf bis nach Katzbach.

Rannersdorf ist ein Ortsteil der Stadt Waldmünchen in der Oberpfalz. Leonet wird die Stadt an der tschechischen Grenze eigenwirtschaftlich mit Glasfaser versorgen. Über 1.500 Haushalte könnten profitieren. In der Gemeinde Atting im Landkreis Straubing-Bogen verantwortet die Leonet einen geförderten Glasfaserausbau für 700 Haushalte und über 60 Gewerbetreibende.

Die Anbindungen erfolgen auf Grundlage eines bereits geschlossenen Rahmenvertrags zwischen Leonet und der DB broadband. An der Realisierung beteiligt war die DB Kommunikationstechnik. Weitere gemeinsame Projekte befinden sich bereits in der Umsetzung. Die Zusammenarbeit mit der DB broadband soll kontinuierlich ausgeweitet werden.

Mit der Anbindung an das Glasfasernetz der DB baut Leonet seine eigene Infrastruktur in Bayern weiter aus. Das mittelständische Unternehmen aus Deggendorf expandiert stetig und baut die hochmoderne

Glasfaserinfrastruktur bis ins Gebäude in immer mehr Regionen Bayerns aus. Über 80.000 Haushalte haben Zugang zu den glasfaserbasierten Diensten von Leonet.

Dr. Christian Humpert, Vorsitzender der Geschäftsführung der DB broadband: „Dieses Projekt zeigt, wie wichtig es ist, den Glasfaserausbau gemeinsam anzugehen. Gerade im suburbanen Raum bietet sich die Nutzung der DB-Infrastruktur für den Glasfaserausbau an. Die entstehenden Synergien helfen allen. Vor allem profitieren die Bewohner des ländlichen Raums.“

Jochen Mogalle, CEO der Leonet: „Die Kooperation mit DB broadband trägt dazu bei, dass unsere Glasfaser-Ausbauregionen in Bayern stetig mehr werden. Wir verfolgen einen expansiven Wachstumskurs, bei dem wir auf Investition und Partnerschaften setzen. Nur zusammen können wir die Herkulesaufgabe Glasfaserversorgung bis in jeden Winkel Bayerns hinein zügig meistern.“ □



Seit 25 Jahren von Riem in die Welt

Wo einmal Flugzeuge empor stiegen, finden heute zukunftsweisende und einzigartige Veranstaltungen statt. Zum 25. Jubiläum der Messe München am Standort Riem sagen wir danke: An alle Partner, Mitarbeiter, Nachbarn und Besucher, die mit uns den Fortschritt leben.



Energiewende im Fokus:

„Bayern wird zum modernen Digitalstaat“

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach hat zum Jahresauftakt 2023 ihre Pläne vorgestellt, Bayern zum modernen Digitalstaat auszubauen. Im Fokus dabei: technologische Lösungen für die Energie- und zum Nutzen von Wirtschaft und Kommunen im Freistaat.

Gerlach erklärt: „Wir machen Bayern durch den Ausbau unserer digitalen Heimat zum modernen Digitalstaat. Entscheidend ist, dass innovative Technologien vom Staat so selbstverständlich genutzt werden, wie das in der Privatwirtschaft schon üblich ist – vom Cloud Computing bis zum Einsatz Künstlicher Intelligenz.“

Smart Cities

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten zählt dabei die Weiterentwicklung der Kommunen zu Smart Cities. Zentrales Werkzeug dafür wird die Einführung sogenannter „Digitaler Zwillinge“ sein. Solche virtuellen Modelle etwa einer Gemeinde oder einer Stadt erlauben die Simulation verschiedenster Vorgänge, wie z.B. dem Straßenverkehr, und bieten so Entscheidungshilfe für Kommunen zur Verbesserung der Abläufe, wie z.B. der Steigerung der Energieeffizienz in den Städten. Aktuell wer-

den im Projekt „TwinBy – Digitale Zwillinge für Bayern“ bis zu 20 Vorhaben bayerischer Kommunen gesucht, mit denen solche digitalen Zwillinge entwickelt werden. Das Digitalministerium investiert hier rund 1 Million Euro in Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die teilnehmenden Kommunen und bietet zusätzlich eine Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Klimaneutrale Rechenzentren

Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise treibt die Ministerin auch den Aufbau klimaneutraler Rechenzentren voran. Derzeit entwickelt das Digitalministerium gemeinsam mit der Universität Passau im Rahmen eines Modellprojekts das „Bavarian Green Data Center“. Hier wird ein Modell gebaut, das verschiedene Technologien zusammenführt: von Photovoltaik über energieeffiziente Server-Kühlung, einer Optimierung

der Serverauslastung mithilfe von künstlicher Intelligenz bis hin zur Nutzung der Abwärme der Server zum Beispiel für den Anbau von Gemüse. Das Projekt soll dann als Vorbild für andere Rechenzentren dienen.

Lokale Modellprojekte

Mit mehreren lokalen Modellprojekten unterstützt das Digitalministerium zudem Nachhaltigkeit vor Ort. Die im Rahmen des Wettbewerbs „Kommunal? Digital!“ ermittelten Projekte werden im Jahr 2023 weiter Schritt für Schritt umgesetzt. So entwickelt die Stadt Bamberg aktuell ein Modell, bei dem Drohnen den städtischen Baumbestand im Blick behalten. Nach Stürmen oder in Hitzeperioden geben die Sensoren wertvolle Hinweise, um weitere Schäden zu vermeiden. Im Markt Luthewaldenau entsteht der Bauhof 2.0. Künftig können damit teure Spezialmaschinen, die manchmal nur an wenigen Tagen im Jahr genutzt werden, digital koordiniert an andere Gemeinden ausgeliehen und so optimal genutzt werden.

Die Ministerin betont, das Bayerische Digitalministerium habe sich seit seiner Gründung vor vier Jahren zum Treiber der Digitalisierung in Bayern entwickelt und bereits vieles erreicht: „Wir treiben den Ausbau des schnellen Internets mit dem neuen ‚Pakt Digitale Infrastruktur‘ voran. Wir haben bereits jetzt rund 98 Prozent der zu digitalisierenden Serviceangebote des Freistaats abgeschlossen. Und wir kümmern uns darum, dass die Menschen beim digitalen Wandel auch mitgenommen werden, etwa durch Projekte für Ehrenamtliche und Vereine. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt der Digitalisierung.“

Digitales Amt

Die Modernisierung der Verwaltung in der Fläche wird dabei weiter vorangetrieben. Rund 200 Kommunen haben hier schon die Auszeichnung „Digitales Amt“ erhalten. Bis zum Herbst sollen alle bayerischen Kommunen eine relevante Anzahl digitaler Services für ihre Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen anbieten, so dass die Digitalisierung spürbar in die Fläche kommt. Unterstützt werden sie künftig mit einem vom Ministerium bereitgestellten Bündel von über 200 digitalen Serviceleistungen („BayernPackages“). Diese Leistungen müssen die Kommunen nur noch bei sich einbinden. Sie sind für die Gemeinden, Städte und Landkreise weitgehend kostenlos und betreffen alle Lebensbereiche – von der Geburts- über die Ehe- bis zur Sterbeurkunde. □

Netzausbau mit Nachdruck forcieren

Gigabit-Symposium von ANGA, Bitkom, BUGLAS, eco und VATM zog Zwischenbilanz zur TKG-Novelle und Gigabitstrategie

Beim 5. Gigabit-Symposium der deutschen Telekommunikations- und IT-Verbände ANGA, Bitkom, BUGLAS, eco und VATM in Berlin haben diese eine Verbesserung der Rahmenbedingungen beim Glasfaser- und 5G-Ausbau gefordert. Einigkeit bestand darin, dass in der Praxis noch viel geschehen müsse und es keinesfalls zu weiteren Belastungen kommen dürfe. Rund 150 Teilnehmer waren live beim Austausch zwischen Politik und Wirtschaft zum Netzausbau dabei.

Nach Angaben von ANGA-Präsident Thomas Braun „hat unsere Branche private Investitionsmittel für den weiteren Glasfaserausbau in Höhe von 50 Milliarden Euro in den nächsten Jahren angekündigt. Damit die Netzbetreiber dieses Potenzial zügig und effizient ausschöpfen können, benötigen sie vor allem investitionsfreundlichere Rahmenbedingungen.“ Die Politik könne hier durch weitere Vereinfachungen und die Digitalisierung von Antrags- und Genehmigungsverfahren maßgeblich unterstützen. Zudem müssten endlich moderne Verlegemethoden angewandt werden, die bereits im europäischen Ausland Standard sind. „Das neue TKG stellt dafür aus rechtlicher Sicht die Weichen, leider hapert es an der Umsetzung auf kommunaler Ebene. Hier müssen jetzt der Bund und die Länder den Ankündigungen Taten folgen lassen“, forderte Braun.

Gegen Überförderung

Für VATM-Präsident David Zimmer ist es für einen erfolgreichen Glasfaserausbau sehr wichtig, dass die ab 2023 in Kraft tretende Förderung den schnellen eigenwirtschaftlichen Ausbau nicht durch unnötig ausgelöste Förderverfahren behindert. „Von dem privatwirtschaftlichen Kapital steht das allermeiste für den ländlichen Raum zur Verfügung. Das dürfen wir nicht durch eine Überförderung gefährden“, warnte Zimmer. Aus seiner Sicht geht das neue Förderkonzept in die richtige Richtung. Eine stringente Priorisierung von Fördergebieten sei entscheidend, damit zuerst die Kommunen von

staatlicher Unterstützung profitieren, die besonders schlecht mit Internet versorgt sind und über kein Potenzial für einen eigenwirtschaftlichen Ausbau verfügen. Jedoch scheinen die Länder eine solche Priorisierung nach wie vor abzulehnen und die vom Bundesdigitalministerium in Auftrag gegebene Potenzialanalyse kritisch zu sehen. Diese müsse aber unbedingt die Grundlage für Markterkundungsverfahren sein, auf der neue Förderanträge basieren.

Für Bürokratieabbau

Bitkom-Präsident Achim Berg richtete einen Appell für Bürokratieabbau auch für den Mobilfunk an die Politik: „Für den weiteren Mobilfunk-Ausbau haben die Netzbetreiber inzwischen eine sehr gute Basis geschaffen: LTE ist heute bereits für 99,8 Prozent der Haushalte und 96,2 Prozent der Fläche verfügbar, 5G bereits für 89,4 Prozent der Haushalte und 60,3 Prozent der Fläche. Aber an mehr als 1.000 Standorten kommen die Mobilfunkunternehmen mit ihren Ausbauplanen für Mobilfunkanlagen derzeit nicht voran. Viele Verfahren ziehen sich über mehr als zwei Jahre. Die Gründe liegen in der schwierigen Suche nach Standorten, langwierigen Genehmigungsverfahren und zu oft fehlender Akzeptanz vor Ort.“

Bund, Länder und Kommunen müssten hier endlich an einem Strang ziehen, machte Berg deutlich: „Wir müssen die Genehmigungsverfahren digitalisieren und beschleunigen und die Ausbau-Hürden schnell beseitigen. Deutschlands ambitionierte Ziele brauchen nun ei-

ne ebenso ambitionierte Umsetzung, und das auf allen Ebenen.“

Zielkonflikt

Wichtig für einen erfolgreichen Ausbau der digitalen Infrastrukturen ist auch, dass es nicht immer weiter zu neuen Belastungen für die Unternehmen kommt. „Als kritische Infrastrukturen halten TK-Netze die Versorgung in Krisen, Katastrophen und Energiemangelagen aufrecht. TK-Netze müssen darum sicher, resilient und widerstandsfähig sein“, unterstrich Klaus Landefeld, eco-Vorstand für Infrastruktur und Netze. Jedoch schießen seiner Meinung nach die europäischer und nationaler Ebene in der Politik diskutierten hohen regulatorischen Sicherheitsauflagen über das Ziel hinaus: „Überbordende gesetzliche Vorgaben und Sicherheitsanforderungen an TK-Unternehmen und Infrastrukturanbieter drohen, der nächste Hemmschuh eines zügigen Gigabitausbau zu werden. Hier sehe ich einen aufkommenden Zielkonflikt.“

Lotsen in stürmischer See

Auf die Bedeutung der Gigabit-Netze wies schließlich auch BUGLAS-Präsident Theo Weirich hin: „Hochleistungsfähige Kommunikationsnetze sind wie die Lotsenschiffe in stürmischer See: Sie helfen den Supertankern und Containerschiffen dabei, einen machbaren Kurs zu finden und die aktuelle Krisensituation zu meistern. Wenn es noch eines Anstoßes bedürft hätte, den Ausbau von Glasfasernetzen möglichst flächendeckend und die Digitalisierung weiter voranzutreiben, dann sind es die vergangenen beiden Jahre mit Pandemie, Naturkatastrophen und konfliktbedingten Knappheiten.“ Die Zeichen stünden auf Wandel, so Weirich. „Bei der Bewältigung kann und muss unsere Branche einen zentralen Beitrag leisten.“ DK

Eintragung von Übermittlungssperren

Einwohner- und Wahlamt der Stadt Bayreuth weist auf die Möglichkeit hin, der Übermittlung von Daten durch die Meldebehörde zu widersprechen

Wer nicht möchte, dass seine persönlichen Daten bei einzelnen regelmäßig oder auf Anfrage vorgenommenen Datenübermittlungen der Meldebehörde weitergegeben werden, kann hiergegen Widerspruch erheben und eine sogenannte Übermittlungssperre eintragen lassen. Hierauf weist das Einwohner- und Wahlamt der Stadt Bayreuth hin.

Bundeswehr/Personalmanagement: So ist unter anderem ein Widerspruch gegen die Übermittlung von Daten an das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr möglich. Die von der Meldebehörde übermittelten Daten dienen hierbei dem Versand von Informationsmaterial an deutsche Staatsangehörige, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Religionsgemeinschaften: Widerspruch eingelegt werden kann auch gegen die Übermittlung von Daten an eine öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft. Dies verhindert aber nicht die Übermittlung von Daten zur Steuererhebung.

Parteien/Wählergruppen: Eine Übermittlungssperre ist auch mit Blick auf Parteien und Wählergruppen im Zusammenhang mit Wahlen möglich. Sie

bezieht sich auf Auskünfte zum Lebensalter, zum Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschrift. Diese Daten dürfen, falls einer Übermittlung nicht widersprochen wurde, nur in den sechs einer Wahl vorausgehenden Monaten übermittelt werden. Ein Widerspruch gilt solange, bis er durch eine gegenteilige Erklärung widerrufen wird.

Alters-/Ehejubiläen: Ein Widerspruch gibt es zudem für die Übermittlung von Daten an Mandatsträger, Presse und Rundfunk aus Anlass von Alters- oder Ehejubiläen. Der Widerspruch eines Ehegatten gilt dann auch für den anderen Ehegatten.

Adressbuchverlage: Schließlich können Bürgerinnen und Bürger einer Übermittlung von Daten an Adressbuchverlage widersprechen. Die über-

mittelten Daten dürfen nur für die Herausgabe von Adressbüchern verwendet werden. Auch hier ist die Eintragung einer Übermittlungssperre möglich. Der Widerspruch des Ehegatten wirkt auch für den anderen Ehegatten.

Übermittlungssperre auch online möglich

Übermittlungssperren können schriftlich oder mündlich unter Vorlage eines Ausweisdokuments beim Einwohner- und Wahlamt der Stadt Bayreuth vorgenommen werden.

Eine Übermittlungssperre kann auch direkt online unter https://www.buerger-serviceportal.de/bayern/bayreuth/bsp_ewo_uebermittlungssperren eingetragen werden.

Der Widerspruch gegen eine Datenübermittlung ist an keine Voraussetzungen gebunden und braucht auch nicht begründet zu werden. Die Einrichtung von Übermittlungssperren sowie deren Aufhebung ist kostenfrei. □

Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen ist jetzt „Digitales Amt“

Das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen darf sich seit Kurzem „Digitales Amt“ nennen. Das Siegel des bayerischen Digitalministeriums erhalten Ämter, die mehr als 50 Online-Verfahren im BayernPortal, dem zentralen Portal des Freistaates, verlinkt haben. Das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen bietet derzeit 81 Online-Verfahren an und weitet dieses Angebot sukzessive aus.

Über 600 Leistungen

„Die Online-Verfahren sind vielfach sehr komplex und bedürfen verschiedenster Schnittstellen“, weist Josef Niedermaier auf die große Aufgabe hin, die das Landratsamt hier stemmt. „Umso mehr bin ich froh, dass wir nun diesen Schritt geschafft haben, die Arbeit ist damit aber längst nicht getan“, so der Amtschef. Aktuell werden in allen Fachämtern und -Bereichen über 600 Leistungen angeboten. Die derzeit umfangreichste Anwendung ist der Digitale Bauantrag. Gerade dort zeigt sich, dass die Umstellung auf die Online-Verfahren nicht nur technische Arbeiten, sondern auch Änderungen in Prozessen erfordert.

Um die Online-Verfahren sicher und schriftformersetzend, also ohne nachträgliche Unterschrift, nutzen zu können, benötigen die Bürgerinnen und Bürger in vielen Verfahren die sogenannte Bayern-ID. Sie garantiert die sichere Datenübermittlung und Kommunikation mit den Behörden. Wer auf diese Weise einmal seine persönlichen Daten hinterlegt hat, muss diese nicht jedes Mal erneut angeben.

Weitere Informationen zur BayernID sowie die Beantragung selbst sind unter <https://bayernid.freistaat.bayern.de/bayern/freistaat> abrufbar. □

M-net

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de

Stadt Würzburg:

Die Staatsanwaltschaft in der Schule

TikTok-Trends wie das Ansägen von Schulstühlen mit den Gummibändern von OP-Masken, Sachbeschädigung, Mobbing, Nutzung von Medien, die erst für Ältere zulässig sind, aber auch strafrechtlich relevante Tatbestände wie Cyber-Grooming, Kinderpornografie, Volksverhetzung oder Rassismus: Zu alledem haben Kinder und Jugendliche heute Kontakt. Häufig können sie nur schwer abschätzen, wann sie Opfer oder Täter einer Straftat sind und kennen die Konsequenzen nicht.

„Cyber-Grooming, also die sexuell motivierte Kontaktaufnahme zu Minderjährigen über das Internet, die Verbreitung von Kinderpornografie und rassistische Diskriminierungen sind die Straftatbestände, die bei Jugendlichen ab 14 Jahren weit verbreitet sind. Dies beobachten wir mit Sorge“, erklärt Leitender Oberstaatsanwalt Frank Gosselke im Gespräch mit der dritten Bürgermeisterin Judith Jörg. Jörg, die das Schulreferat leitet, weiß von Sachbeschädigungen an so gut wie allen Schulen Würzburgs zu berichten, leider auch von Brandstiftung.

Kooperation

Um Schülerinnen und Schüler für strafbares Verhalten zu sensibilisieren, das sie entweder selbst ausüben oder zu dessen Opfer sie werden können, starten der Fachbereich Schule und die Staatsanwaltschaft Würzburg eine Kooperation. Die Staatsanwaltschaft Würzburg wird junge Staatsanwälte in die Würzburger Schulen schicken, um Jugendliche ab der

8./9. Klasse, also ab dem Eintritt der Strafmündigkeit mit dem 14. Geburtstag, aufzusuchen und über strafbares Verhalten aufzuklären. „Wir wissen, was auf dem Pausenhof passiert“, verdeutlicht Staatsanwalt Michael Hannig, „wir wissen, welche Bilder über Whats App von Schülerinnen und Schülern verbreitet werden, wir kennen genug Beispiele von Volksverhetzung aus unserer Praxis und können in den Schulen von solchen Fällen berichten und darauf aufmerksam machen, dass beispielsweise bei Volksverhetzung die Wohnung der Eltern durchsucht werden muss und die Eltern vom Jugendamt vorgehalten werden.“

Netzwerke nutzen

Der Fachbereich Schule wird seine Netzwerke wie Schulleiterbesprechungen, Kontakte zu Ministerialbeauftragten für die Gymnasien und Realschulen in Unterfranken und zum Staatlichen Schulamt nutzen, um auf die Wichtigkeit dieses Angebots auf-

merksam zu machen. „Die Erfahrung zeigt, dass Schülerinnen und Schüler nachhaltig beeindruckt sind, wenn aus der Praxis berichtet wird. Die Themen werden an Bedeutung gewinnen, wenn sie von ‚echten‘ Staatsanwälten präsentiert werden“, schätzt Daniela Schuster, die Fachbereichsleiterin Schule. Die dritte Bürgermeisterin und Leiterin des Schul-, Bildungs- und Sportreferats ist ebenfalls von der Wichtigkeit des Angebots überzeugt: „Mir ist bewusst, dass Lehrerinnen und Lehrer zahlreiche außerschulische Angebote erhalten und eine Auswahl nicht immer leicht ist“, so Judith Jörg.

Wechsel an der Spitze von LDBV und LSI

Gleich zwei Behörden, die wichtige Pfeiler in der Digitalisierung des Freistaats sind, haben jeweils eine neue Führungsspitze erhalten. Seit 1. Januar 2023 ist Daniel Kleffel neuer Präsident des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, und Bernd Geisler übernahm die Leitung des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik.

Als Präsident des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung trat Kleffel, der seit Gründung 2017 das LSI geleitet hat, die Nachfolge von Präsident Wolfgang Bauer an, der als Abteilungsleiter der Abteilung VII „Digitalisierung, Breitband und Vermessung“ an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wechselte. Geisler übernahm nach seiner langjährigen Tätigkeit als Referatsleiter des Referats 75 „Digitale Erschließung Bayerns – Breitbandausbau“ im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat die Position des Leiters des LSI.

Ausbau des schnellen Internets

Das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) mit Sitz in München ist zentraler Ansprechpartner für den gesamten Bereich der amtlichen Vermessung in Bayern. Außenstellen des Landesamtes befinden sich in Nürnberg, Schwabach, Neustadt a.d. Aisch, Hof, Marktredwitz, Windischeschenbach, Waldsassen, Amberg, Regensburg, Straubing, Landshut, Freyung und Augsburg.

Das LDBV erfasst die Geobasisdaten und stellt sie in Karten dar. Zudem gehören in dessen Zuständigkeitsbereich der Breitbandausbau in Bayern sowie das Angebot leistungsfähiger und zukunftsorientierter E-Government-Anwendungen und zentraler Infrastrukturen für den Betrieb von IT-Systemen für die Verwaltung und die Gerichte in Bayern. Die Mittelbehörde des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat ist zugleich Aufsichtsbehörde über 51 Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung mit ihren rund 2.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Ämter sind in Bayern für die Grundstücks- und Gebäudevermessung sowie den Ausbau des schnellen Internets zuständig.

IT-Sicherheitsbehörde

Um ein hohes Sicherheitsniveau in Bayern sicherzustellen, wurde 2017 das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) gegründet. Bayern ist Vorreiter und erstes Bundesland mit einer eigenständigen IT-Sicherheitsbehörde. Derzeit arbeiten rund 120 Sicherheitsexperten im LSI. Es schützt Bayerns staatliche IT-Systeme sowie das Bayerische Behördenetz und den Bayernserver. Damit wird IT-Sicher-

„Das Angebot der Staatsanwaltschaft Würzburg sehe ich als kluge und moderne Ergänzung auch zu den vielen Jugendschutzangeboten des Fachbereichs Jugend und Familie des Sozialreferats. Besonders interessant sind die Informationen für die weiterführenden Schulen wie auch für die beruflichen Schulen.“

Schülerinnen und Schüler, die über diesen Weg vielleicht Interesse an einem Beruf in der Justiz finden, kann die „Staatsanwaltschaft in der Schule“ auch helfen. „Es gibt in der bayerischen Justiz unzählige Berufsfelder für jeden Schulabschluss, wie den Justizvollzugsbeamten, den Justizfachwirt, den Rechtspfleger mit dualem Studium und vieles mehr. Interessierte können sogar direkt bei Gericht oder der Staatsanwaltschaft ein Praktikum machen“, weist Frank Gosselke hin. □

Kommunaler Gebärdensprach-Avatar

Landkreis München beteiligt sich an Entwicklung eines Angebots für gehörlose Menschen

Der Landkreis München beteiligt sich gemeinsam mit vielen weiteren Kommunen an der Entwicklung der ersten Lösung für eine barrierefreie Ausgestaltung von Internetseiten sowie Online-Services für gehörlose Bürgerinnen und Bürger. Mit Hilfe eines „Gebärdensprach-Avatars“ sollen künftig Texte von Internetseiten automatisch in die Deutsche Gebärdensprache (DGS) übersetzt werden.

Laut Deutschem Gehörlosen-Bund (DGB) e.V. sind 70 Prozent der gehörlosen Menschen in Deutschland auf Gebärdensprach-Dolmetschende angewiesen. Was viele nicht wissen: Die deutsche Textsprache ist wie eine Fremdsprache für die Mehrheit der Gehörlosen, da das Erlernen über das Gehör läuft. Ohne eine entsprechende Übersetzung der schriftlichen Texte in Gebärdensprache sind gehörlose Menschen ausgeschlossen.

Mithilfe eines Gebärdensprach-Avatars sollen künftig erstmalig Serviceangebote der Kommunen automatisiert übersetzt werden. Die Kölner Charamel GmbH hat hierzu das Beteiligungsprojekt „Kommunaler Gebärdensprach-Avatar“ (KGA) gestartet. Es setzt auf Forschungsergebnisse aus dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekt AVASAG (Avatar-basierter Sprachassistent zur automatisierten Gebärdenspracheübersetzung) auf. Das Projekt durchläuft unterschiedliche Phasen – von der Bündelung der kommunalen Services über die Erarbeitung einer zentralisierten Übersetzungsmöglichkeit. Das Ergebnis soll ein Baukasten sein, mit dem jede einzelne Kommune Inhalte ihrer digitalen Plattform in-

dividuell für Gehörlose übersetzbar machen kann. Mehr als 40 Kommunen in Deutschland beteiligen sich an dem Projekt.

Das Landratsamt München setzt sich bereits seit geraumer Zeit im hohen Maße dafür ein, die digitale Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten. Dennoch gibt es für gehörlose Menschen, insbesondere in der digitalen Welt, nach wie vor viele Hürden. Durch die Beteiligung des Landratsamts an diesem Projekt sollen zukünftig noch vorhandene Informations- und Kommunikationsbarrieren auf der eigenen Internetseite abgebaut werden.

„Ungehinderter Zugang zu Informationen ist ein Menschenrecht. Ohne eine Übersetzung der schriftlichen Texte in Gebärdensprache sind gehörlose Menschen von der Information ausgeschlossen. Das wollen wir vermeiden und allen Bürgerinnen und Bürgern eine umfassendere digitale Teilhabe ermöglichen. Ich freue mich daher sehr, dass wir uns an der Entwicklung dieser innovativen Technik beteiligen und somit hoffentlich schon bald unser digitales Angebot auf der Landkreis-Homepage für gehörlose Menschen erweitern können“, betont Landrat Christoph Göbel. □

Leonet feiert Eröffnung des neuen Unternehmenssitzes in Deggendorf

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen Leonet hat seinen neuen Unternehmenssitz im Deggendorfer Karl-Turm offiziell eingeweiht. Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, lobte den Einsatz des Unternehmens für die digitale Entwicklung der ländlichen Regionen Bayerns.

Im digitalen Zeitalter ist ein schneller und stabiler Internetanschluss von zentraler Bedeutung für Haushalte und Gewerbe. Eine zukunftsgerechte Internetverbindung leisten gigabitfähige Glasfasernetze, die im Großflächenland Bayern jedoch vor allem in den Metropolregionen vorhanden sind. Während in urbanen Zentren wie München zwei von drei Haushalten bereits über Glasfaser im Internet surfen, warten in den ländlichen Teilen des Freistaats noch mehr als drei von vier Haushalten auf einen leistungsfähigen Glasfaseranschluss.

Teil der Erfolgsgeschichte

Die bayerische Landesregierung hat sich mit dem Pakt Digitale Infrastruktur im vergangenen Herbst ambitionierte Ziele für die digitale Transformation gesetzt. Daran müsse man sich messen lassen, sagte Bauminister Christian Bernreiter bei der Veranstaltung in Deggendorf: „Unser Ziel ist es, bis 2025 weitere drei Millionen Haushalte an das Glasfaser-Netz anzuschließen. Als Freistaat wollen wir dafür die Genehmigungsverfahren beschleunigen. Besonderer Dank gilt dabei aber auch den Telekommunikationsunternehmen, denn deren eigenwirtschaftlicher Glasfaserausbau trägt maßgeblich dazu bei, dass ganz Bayern mit schnellem Internet versorgt wird. Leonet als führendes bayerisches Glasfaserunternehmen spielt dabei eine zentrale Rolle und ist Teil dieser bayerischen Erfolgsgeschichte.“

Um insbesondere die weniger stark bevölkerten Regionen in Bayern an das Glasfasernetz anzuschließen, betonte Jochen Mogalle, Vorstandsvorsitzender

von Leonet: „Als Unternehmen aus Bayern für Bayern arbeiten wir daran, den ländlichen Raum digital zukunftsfähig zu machen. Wir haben dafür in den vergangenen Jahren bereits über 100 Millionen Euro in die Hand genommen. Diesen Ausbaupfad werden wir künftig nochmal deutlich forcieren und allein in diesem Jahr eine mittlere fünfstellige Zahl an Haushalten mit zukunftssicheren Glasfaseranschlüssen ausstatten. Über die nächsten Jahre hinweg planen wir die Expansion stetig fortzusetzen und in Summe über 1 Milliarde Euro investieren.“

Unternehmenssitz bleibt in Ostbayern

Im Zuge der laufenden Expansion bezieht Leonet seinen neuen Unternehmenssitz in Deggendorf und bleibt damit der ostbayerischen Heimat treu. Günther Pammer, Zweiter Vorsitzender der Stadt Deggendorf, sagte: „Als Internetanbieter und Hersteller der dafür erforderlichen Infrastruktur in unserer Region leistet Leonet einen bedeutenden Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung.“ Er wünschte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Leonet in den Räumlichkeiten des Deggendorfer Karl-Turms eine schnelle Eingewöhnung im neuen Arbeitsumfeld.

Seit über 13 Jahren ist das Telekommunikationsunternehmen auf dem bayerischen Breitbandmarkt aktiv – seit Sommer 2021 unter dem Namen Leonet. Aus einem inhabergeführten Pionierbetrieb hat sich ein mittelständisches und finanzkräftiges Unternehmen mit rund 150 Mitarbeitern entwickelt. □

LEONET.DE



GLASFASERAUSBAU
UNTER PARTNERN

Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur mit offenem Zugang ist für Kommunen in ländlich geprägten Regionen **die Lösung**, um zukunftsfest gegenüber den Ballungsräumen attraktiv zu bleiben.

GIGABITFÄHIGES INTERNET
FÜR IHRE VERWALTUNG.
FÜR IHRE BÜRGER*INNEN.
FÜR IHRE UNTERNEHMEN.

Das Team der **LEONET** Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.

Adrian Richter
Leiter Kommunalbetreuung
Tel.: +49 (0)151 18815692
E-Mail: adrian.richter@leonet.de





V.l. Andreas Schnelle, Komunalberater Glasfaser Telekom, Karin Bergdolt, 1. Bürgermeisterin Mönchsdeggingen, Timo Böllmann, 1. Bürgermeister Möttingen, und Markus Sand, Komunalberater Glasfaser Telekom.
Bild: Hans Bergdolt

Glasfaserausbau im Landkreis Donau-Ries:

1.000 Glasfaser-Anschlüsse

In Möttingen und Mönchsdeggingen wird ausgebaut

Die Telekom wird eigenwirtschaftlich im Ortskern von Möttingen ein Glasfasernetz für 600 Haushalte und für 400 Haushalte im Ortskern von Mönchsdeggingen ausbauen. Bis 2027 soll das Netz fertig werden. In beiden Ortschaften gemeinsam werden dabei mehr als 21 Kilometer Glasfaserkabel bis ins Haus verlegt und insgesamt 20 neue Netzverteiler aufgestellt. Mit beiden Gemeinden unterzeichnete die Telekom eine gemeinsame Erklärung.

Der Glasfaserhausanschluss ist für Eigentümer und Eigentümerinnen kostenfrei. Das neue Netz ermöglicht Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (Gbit/s). Es ist so leistungsstark, dass Arbeiten und Lernen zuhause, Video-Konferenzen, Surfen und Streamen gleichzeitig möglich sind.

So wichtig wie Strom Wasser oder Gas

Möttingens Erster Bürgermeister Timo Böllmann zeigt sich erfreut über die Investition der Telekom und hebt die Bedeutung von schnellen und stabilen Internetverbindungen hervor: „Glasfaser ist die Technologie, die die zu-

künftig benötigten Datenmengen transportieren kann. Ein Glasfaseranschluss in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus ist genauso wichtig wie ein Anschluss an Strom, Wasser oder Gas.“

Karin Bergdolt, Erste Bürgermeisterin von Mönchsdeggingen, ergänzt ihren Kollegen: „Glasfaser ist die Technologie der Zukunft, die es ermöglicht bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere für den ländlichen Raum zu schaffen. Die Straßen der Zukunft sind für Stadt und Land gleich digital und es wird keine Rolle mehr spielen, von wo aus das „World Wide Web“ angesteuert wird und wie groß die benötigten Datenmengen sind.“ □

Glasfasernetz steht:

Sonthofen spielt in der Gigabit Liga

Maximales Tempo: ab sofort 1 Gbit/s

Rund 8.420 Haushalte können Glasfaseranschlüsse nutzen

Der Glasfaserausbau für rund 8.420 Haushalte in Sonthofen ist abgeschlossen. Der Ausbau für rund 70 Haushalte im Stadtteil Imberg erfolgt in diesem Jahr. Die ersten Kundinnen und Kunden surfen bereits mit 1 Gigabit pro Sekunde (Gbit/s). Der Glasfaseranschluss bietet alle Möglichkeiten für digitale Anwendungen wie Homeoffice, Homeschooling, Smart Home, Streaming, Gaming oder auch Telemedizin.

„Glasfaser ist die Technologie der Zukunft bis weit in den Gigabit-Bereich hinein. Durch das gemeinsame Projekt mit der Telekom hatten wir in Sonthofen die Möglichkeit, jedes Haus im Ausbaubereich ohne Kostenbeteiligung des Eigentümers oder der

Stadt anzuschließen. Hohe Bandbreiten sind sowohl für die Bürger und Bürgerinnen als auch unsere Unternehmen ein klarer Standortvorteil“, sagt der Erste Bürgermeister der Stadt Sonthofen, Christian Wilhelm, bei der Inbetriebnahme des Netzes. □

Löschung oder Archivierung?

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns veröffentlichen gemeinsames Arbeitspapier

Jeder Verwaltungsvorgang bei einer bayerischen öffentlichen Stelle ist irgendwann abgeschlossen. Dann ist über die Archivierung – meist in einem staatlichen oder kommunalen Archiv – zu entscheiden. Für die Archivierung sind auch datenschutzrechtliche Bestimmungen von Bedeutung. So kann Personen, die mit ihren Daten in dem Verwaltungsvorgang aufscheinen, ein Recht auf Löschung, mithin auf „Vergessenwerden“ zustehen. Mitunter greift ein solches Recht sogar schon, wenn der Vorgang noch gar nicht zu archivieren ist. Sind personenbezogene Daten im Spiel, ist also eine Abstimmung zwischen Archiv- und Datenschutzrecht erforderlich.

Den damit zusammenhängenden Fragen widmet sich ein Arbeitspapier, das der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz als Datenschutz-Aufsichtsbehörde für den bayerischen öffentlichen Sektor und die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als zentrale staatliche Fachbehörde für alle Fragen des Archivwesens gemeinsam erarbeitet haben.

Das Papier erläutert das Verhältnis zwischen datenschutzrechtlicher Löschungs- und archivrechtlicher Anbieterspflicht. Es charakterisiert die Archivierung als Löschungsurrogat und geht – unter Berücksichtigung der je eigenen Perspektive von Datenschutz- und Archivrecht – auf die Frage der Aufbewahrungsdauer ein.

Darüber hinaus kommt mit der vorzeitigen Löschung personenbezogener Daten im Einzelfall ein besonderes Problem des Verhältnisses von Datenschutz- und Archivrecht zur Sprache. Schließlich werden die datenschutzrechtlichen Informationspflichten bei der Archivierung von Unterlagen erläutert. Die Herausforderungen einer sich digitalisierenden Verwaltung sind dabei durchgehend berücksichtigt.

Landesbeauftragter Prof. Dr. Thomas Petri und Generaldirektor Dr. Bernhard Grau: „Wir freuen uns, den bayerischen öffentlichen Stellen ein gemeinsames Arbeitspapier vorstellen zu können, das aus der Beratungspraxis unserer beiden Behörden erwachsen ist. Zugleich hoffen wir, dass die darin entwickelten Überlegungen im Verwaltungsalltag der bayerischen öffentlichen Stellen wie auch der staatlichen und kommunalen Archive umsetzbare Lösungen anleiten und in Zweifelsfragen die nötigen Hilfestellungen geben können.“

Das neue Arbeitspapier ist unter folgenden Links kostenfrei abrufbar: <https://www.datenschutz-bayern.de/datenschutz-reform2018> und <https://www.gda.bayern.de/fachinformationen/behoerdenberatung>. □



V.l.: Johannes Stadler (Telekom Teamleiter Übertragungswege), Florian Goldhofer (Telekom Marketing), Christian Wilhelm (Erster Bürgermeister von Sonthofen), Holger Betz (Telekom Technik), Daniel Frank (Telekom Regio Manager) und Matthias Lindenbacher (Telekom Teamleiter Montage).
Bild: Deutsche Telekom



V.l.: Kurt Krömer (Erster Bürgermeister Stadt Stein) und Thomas Vollrath (Telekom-Technik) nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung.
Bild: Stadt Stein

Glasfaser für Stein

GlasfaserPlus wird 2023/2024 in Stein Glasfaseranschlüsse bis ins Haus bauen. Die Stadt Stein und GlasfaserPlus haben dazu eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

Die Digitalisierung nimmt immer weiter zu. Dazu ist aber ein gigabitfähiges Glasfasernetz erforderlich. In den vergangenen Wochen wurde den Mitgliedern des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses von Stein der Ausbau eines Glasfasernetzes für Stein nun vorgestellt. Nach eingehender Beratung ist der Vorschlag des Unternehmens „Glasfaser-Plus“, einem Tochterunternehmen der Telekom, angenommen worden. So können in den nächsten beiden Jahren viele Kilometer Glasfaserkabel verlegt und entsprechende Verteilerkästen aufgestellt werden.

Zuverlässiges Internet

Offiziell gemacht wurde dies nun im Rathaus der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung in der Zusammenarbeit des eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau der Stadt Stein und der Glasfaser Plus GmbH durch Thomas Vollrath von der Deutschen Telekom und Ersten Bürgermeister Kurt Krömer: „Glasfaser ist die Technologie, die die Digitalisierung für alle zugänglich macht. Ein Glasfaseranschluss in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus wird schon bald so wichtig sein, wie der Zugang zu Strom, Wasser und Gas. Ich freue mich sehr, dass wir jetzt mit der gemeinsamen Erklärung den Start des Glasfaser-Ausbau ermöglichen haben und so unseren Bürgerinnen und Bürgern in naher Zukunft schnelles, zuverlässiges Internet bieten können“, so das Stadtoberhaupt.

Um künftig die Vorteile des Glasfaseranschlusses nutzen zu können, ist nicht viel notwendig: „Die GlasfaserPlus knüpft nicht an das Erreichen von Vermarktungsquoten. Deshalb müssen

alle Interessierten selbst aktiv werden und ihren Glasfaseranschluss buchen. Dies ist beispielsweise direkt online bei der Telekom, im T-Shop oder dem Fachhandel möglich“, erklärt Thomas Vollrath von Telekom Technik. Angeschlossen an das Glasfasernetz werden Stein, Deutenbach, Oberweihersbuch und Unterweihersbuch. In Zahlen sind dies 3850 Adressen und 1870 Haushalte.

Der Nutzen eines Glasfaseranschlusses

Die GlasfaserPlus stellt ihr Netz allen Telekommunikationsanbietern zur Verfügung. Bürger und Bürgerinnen haben damit die freie Wahl, bei welchem Unternehmen sie Internet, Telefon oder Fernsehen buchen möchten. Ein weiterer Vorteil liegt in der Geschwindigkeit. Ein Glasfaseranschluss überträgt stabil und zuverlässig Daten in Gigabitgeschwindigkeit. Das neue Netz erlaubt eine Downloadgeschwindigkeit von 1 Gbit/s. Damit können alle bekannten Anwendungen problemlos genutzt werden. In Zukunft werden sogar noch höhere Geschwindigkeiten möglich sein. Denn die Bandbreite auf einem Glasfaserkabel ist nahezu unbegrenzt. In einem Bild gesprochen: Das Glasfaserkabel ist eine 10-spurige Autobahn, von dieser aktuell zwei Spuren genutzt werden.

Informationen

Nähere Informationen zum Glasfaserausbau in Stein werden rechtzeitig durch Veröffentlichungen bekanntgegeben. Interessenten können sich bei der Telekom unter www.telekom.de/highspeed-interesse vormerken lassen. □

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN LIVE

- SPORT
- KULTUR
- POLITIK
- WETTER
- LOKALE NACHRICHTEN
- GESELLSCHAFT
- WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

Sicher leben im digitalen Zeitalter

Wie Kommunen und Unternehmen den Schattenseiten der Digitalisierung begegnen können

Cyberangriffe sind eine der größten Bedrohungen unserer Zeit für Kommunen und Unternehmen. Unbegründet ist diese Einschätzung nicht, wie auch ein Blick in die Statistik zeigt. Denn allein 2021 sind der deutschen Wirtschaft Schäden in Höhe von 203 Milliarden Euro durch Cyberangriffe entstanden. Dabei sind bis zu 98 Prozent zu einfache Passwörter, nicht gemachte Updates und Emails die Einfallstore. Doch nicht nur Unternehmen sehen sich mit den Schattenseiten der Digitalisierung konfrontiert. Auch Kommunen werden vermehrt zum Ziel von Cyberangriffen. Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) veranstaltete kürzlich mit Experten und Vertretern von Kommunen und Unternehmen eine Cyber-Security-Tagung im Information Security Hub am Münchner Flughafen mit interessanten Ergebnissen.

Überregionale Aufmerksamkeit erfuhr 2016 erstmals der Fall der unterfränkischen Stadt Detelbach, die 490 Euro Lösegeld zahlte, um wieder Zugriff auf ihre Daten zu erlangen. In den letzten Jahren sind in diesem Deliktbereich steigende Fallzahlen zu beobachten. Erst im vergangenen Juli musste der Landkreis

Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt nach einem Cyberangriff den Katastrophenfall ausrufen. Dr. Hans Michael Strepp, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Digitales, fordert in seiner Keynote eine Art Kodex, ähnlich dem Lieferkettengesetz, damit in Fällen von Ransomware geloten muss, dass nicht gezahlt wird.

[vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.:](#)

Kritik an „Whistleblower-Richtlinie“

Das Hinweisgeberschutzgesetz, basierend auf der „Whistleblower-Richtlinie“ der EU, soll im Februar, den Bundesrat passieren. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. fordert Anpassungen im Gesetz. Sie kritisiert vor allem, dass die Bundesregierung dabei abermals über die Vorgaben der EU hinausgeht. Das Gesetz regelt den Schutz von Personen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit Informationen über Verstöße erlangt haben.

vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt: „Das Gesetz schafft ein Wahlrecht, nach dem der Hinweisgeber entscheidet, ob er einen verdächtigen Sachverhalt zuerst intern an eine betriebliche Stelle meldet oder sich sofort an die Be-

[Unterstützung für digitale Einsteiger:](#)

Digitalministerium startet Initiative in Rathäusern

Interessierte Kommunen können sich bewerben

Das Bayerische Staatsministerium für Digitales will möglichst alle Menschen an den Chancen der Digitalisierung teilhaben lassen. Jetzt startet das Ministerium eine Initiative, die Unterstützung für digitale Einsteiger bietet. Dazu richtet das Ministerium in 30 Städten und Gemeinden Beratungstheken ein. Dort erhalten Bürgerinnen und Bürger Hilfe bei Alltagsfragen zu den Themen Internet und Smartphone. Interessierte Kommunen können sich bis zum 15. März 2023 für die Initiative „zusammen digital“ bewerben.

Das Digitalministerium will die digitalen Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger Bayerns steigern. Der Informationsbedarf ist riesig: Beispielsweise sind laut einer repräsentativen Erhebung nur 13 Prozent der über 65-Jährigen in der Lage, einfach Behördengänge online zu erledigen.

Im Rahmen des Projekts „zusammen digital“ erhalten Bürgerinnen und Bürger mit keinen oder geringen Digitalkenntnissen vor Ort Hilfe bei Fragen zum Umgang mit Computer, Tablet, Smartphone und Internet. Dabei soll beispielweise erklärt werden,

wie Online-Angebote von Banken oder dem öffentlichen Nahverkehr genutzt werden können.

Interessierte können sich persönlich oder per Telefon an örtliche Experten wenden, die an den Beratungstheken für Auskünfte und Unterstützung zur Verfügung stehen. Die Experten werden von medienpädagogischen Fachkräften des „JFF – Instituts für Medienpädagogik“ trainiert. Teilnehmende Kommunen erhalten zudem eine finanzielle Förderung in Höhe von jeweils 6.000 Euro für ein Jahr. Informationen: <https://www.zusammen-digital.de/>

Sonst wird es Nachahmer geben.

Datenklau bedeutet Vertrauensverlust

Es sind vor allem kleine Kommunen und Unternehmen, für die Cyberangriffe besonders verheerende, ja in manchen Fällen sogar existenzbedrohende Auswirkungen, haben. „Wir können im Bereich der Cybersecurity gar nicht genug tun“ bekräftigt daher HSS-Vorsitzender Markus Ferber, MdEP. Denn neben den wirtschaftlichen Folgen sehen sich betroffene Betriebe und Gemeinden auch mit einem Vertrauensverlust der Menschen konfrontiert, wenn sensible Daten in kriminelle Hände gerieten.

Vor diesem Hintergrund kommt der Sensibilisierung und

hörden wendet. Leider sieht das Gesetz keine gesetzlichen Anreize für eine vorrangige interne Meldung vor. Vielmehr werden die Arbeitgeber verpflichtet, ihrerseits Anreize für Beschäftigte zu schaffen, zuerst die internen Meldeverfahren zu nutzen. Damit wird die Zuständigkeit, sinnvolle Verfahren zu etablieren, auf die Unternehmen abgewälzt und der bürokratische Aufwand für sie entsprechend vergrößert. Dieses Vorgehen schafft auch keine Rechtssicherheit.“ Außerdem kritisiert die vbw die Pflicht zur Bearbeitung anonymen Meldungen. „Diese können den Betriebsfrieden erheblich gefährden“, so Brossardt.

Standortgefährdend

Insgesamt bemängelt die vbw, dass mit dem Gesetz erneut belastende Regelungen auf die Unternehmen zukommen. Brossardt: „Dies steht im diametralen Widerspruch zur Ankündigung der Bundesregierung, ein Belastungsmoratorium für Unternehmen zu erlassen. Weitere bürokratische Pflichten für Arbeitgeber sind – gerade in der derzeitigen angespannten Lage – kontraproduktiv und gefährden den Standort. Beim Hinweisgeberschutzgesetz wäre ‚weniger‘ ‚mehr‘ gewesen. Die generelle Ausweitung des Anwendungsbereichs auf eine Vielzahl arbeitsrechtlicher Vorschriften ist unnötig, denn bereits heute existieren im deutschen Arbeitsrecht umfassende Regelungen zum Umgang mit Hinweisgebern.“



V.l.: Robert Couronné (Zentrum Digitalisierung Bayern), Konrad Teichert (HSS), Prof. Dr. Felix Freiling (FAU Erlangen-Nürnberg), Daniel Kleffel (Präsident Bay. Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung), Elisabeth Greiner (Bay. Landesamt für Verfassungsschutz), Marc Lindike (Information Security Assurance, Flughafen München), Dr. Sarah Schmid-Nürnberg (HSS, VA-Leitung), Stefan Löwl (Landrat Dachau), Dr. Matthias Kampmann (IT-Sicherheitscluster), Georg Große Verspohl (Bayerischer Gemeindegtag), Margarethe Stadlbauer (HSS).

Bild: CH

Prävention eine wichtige Rolle zu. „Kleinheit ist kein Schutz an sich – jede Kommune kann zum Opfer von Cyberangriffen werden“, betont Daniel Kleffel, Präsident des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. Er rät darüber hinaus allen betroffenen Gemeinden sich im Krisenfall sofort Hilfe beim Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu suchen. Je schneller die Kommune reagiere, desto leichter falle eine Schadensminimierung. Seit 2015 hat der bayerische Gesetzgeber darüber hinaus jede Gemeinde verpflichtet, ein Informationssicherheitskonzept zu entwickeln. „Drei von vier Kommunen im Freistaat haben weniger als 5.000 Einwohner. In den dortigen Rathäusern fehlt oftmals das Personal, um diese Herausforderung ganz alleine stemmen zu können“, erläutert Georg Große Verspohl, Direktor im Bayerischen Gemeindegtag, und rät in diesem Fall, die Zusammenarbeit mit dem Landkreis oder in kommunalen Allianzen zu intensivieren. Ein gutes Beispiel liefere der Landkreis Traunstein. Hier wird die Informationssicherheit auf Landkreisebene organisiert.

„Das die Kommunikation im Krisenfall funktioniert, ist essentiell“, bekräftigt auch Marc Lindike, der Leiter für Information Security Assurance am Flughafen München und warnt in diesem Zusammenhang davor, zu sehr auf cloud-basierte Lösungen zu setzen. „Fragen Sie sich, welche Komponenten wie lange bei Stromausfall funktionieren. Halten Sie einen Notfallordner mit den wichtigsten Dokumenten bereit.“

Vorbereitung auf den Krisenfall

Doch auf kommunaler Ebene werden nicht nur Verwaltungen zum Opfer von Cyberattacken. Vermehrt zeigen sich auch die Betreiber kritischer Infrastruktur, die sich im Freistaat zu 80 Prozent in den Händen von Kommunen und privaten Betreibern befindet, besorgt. So betont Dachaus Landrat Stefan Löwl, dass „Strom die Lebensader unserer Gesellschaft“ sei und zeigt auf, wie sich der Landkreis Dachau auf den Krisenfall vorbereitet. Wichtig sei insbesondere,

die Kommunikation zwischen den relevanten Stellen aufrechtzuerhalten und besonders vulnerable Gruppen – wie etwa Menschen, die im Krankenhaus oder im eigenen Heim auf lebenserhaltende Mittel angewiesen sind – zu schützen. Dazu muss der Landkreis aber wissen, wo diese Menschen sich befinden und wie viele es sind. Denn auch Notrufknöpfe, mit denen ältere Menschen Hilfe holen könnten, funktionieren nicht ohne Strom, wie auch der digitale Behördenfunk. Hier ist nach 71+x Stunden Schluss. Löwl rät, die alten analogen Funkgeräte nicht auszumustern und Kontakt mit der Amateurfunkerszene vor Ort aufzubauen: „Grundsätzlich muss jedem bewusst sein, dass der normale Bürger sich selber helfen muss, die Behörden werden keine Zeit haben.“

„Neben Kommunen sehen sich Unternehmen ebenfalls von Angriffen aus dem Netz betroffen. „Auch Kleinbetriebe können von Wirtschaftsspionage betroffen sein“, erläutert Elisabeth Greiner vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz und appelliert an die Unternehmen, ihre essentiellen Daten gezielt zu schützen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für potenzielle Einfallstore zu sensibilisieren. „Durch eine gute Umsetzung des Datenschutzes schützt ein Unternehmen auch sich selbst vor einer möglichen unbefugten Ver-

beitung durch Dritte“ ergänzt der Vizepräsident des Bayerischen Landesamts für Datenschutzaufsicht Andreas Sachs und verweist auf das Angebot seiner Behörde, Homepages auf ihre Sicherheit hin zu überprüfen.

Freistaat bei Cybersicherheit gut aufgestellt

Trotz dieser Herausforderungen sieht Prof. Dr. Felix Freiling die Forschungslandschaft im Freistaat gut aufgestellt, wenn es um die Cybersicherheit geht. „Wichtig ist es jetzt vor allem, wichtiges Knowhow in die Fläche zu tragen und Kommunen und KMUs zu ermutigen, sich um Fördermittel zu bewerben“, so der Inhaber des Lehrstuhls für IT-Sicherheitsinfrastrukturen an der FAU Erlangen-Nürnberg. Dr. Matthias Kampmann, der den Bereich Forschung & Entwicklung des IT-Sicherheitsclusters in Regensburg leitet, wünscht sich eine stärkere Sensibilisierung in Bereich der Cybersicherheit. „Laut einer aktuellen Studie würden nur 45 Prozent der Befragten ihren Vorgesetzten über einen Verdachtsfall sofort informieren“, zeigt er sich besorgt.

Den Bogen in die Europapolitik spannt der Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Digitales, Dr. Hans Michael Strepp. „Aus meiner Sicht sind Cybersecurity und digitale Souveränität nicht voneinander zu trennen“, betont er und sieht hier gerade auf der europäischen Ebene politischen Nachholbedarf. Nicht nur bei der Hardware – insbesondere im Bereich der Chipfertigung –, sondern auch bei der Software müsse die EU verstärkt eigene Kapazitäten aufbauen, damit ihre Mitgliedstaaten global wettbewerbsfähig bleiben und Unternehmen sicher agieren können.

Digital in Echtzeit Abstimmen

IVS + voteRICH

**in Präsenz, virtuell oder hybrid:
Kein Problem mit IVS und voteRICH!**

Das Modul IVS (Interaktive Virtuelle Sitzung) mit der voteRICH Abstimmungs-App ist die ideale Ergänzung zu unserem webbasierten Gremieninformationssystem.

Ob in Präsenz oder über einen Online-Zugang stimmen Sie in Echtzeit über Beschlussfassungen oder Wahlvorschläge ab.

Ihre Stimme mit einem Fingertipp.

Mehr unter: www.sitzungsdienst.net/ivs



STERNBERG



Holetschek fordert bessere Nutzung von Gesundheitsdaten

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung aufgefordert, Gesundheitsdaten künftig für die Versorgung und Forschung besser nutzbar zu machen. Der Minister sagte in München: „Die Digitalisierung birgt enormes Potenzial – gerade, wenn es darum geht, in Zukunft eine hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen. Wir müssen Gesundheitsdaten umfassender verwenden können – für die Versorgung genauso wie für die Forschung. Wichtig ist: Wir dürfen den Datenschatz nicht gegen den Datenschutz ausspielen. Das neue Gesundheitsdatennutzungs-gesetz des Bundes muss beides zusammenbringen.“

Der Minister betonte: „Ich bin überzeugt: Datennutzung kann Leben retten. Die Sammlung gesundheitsrelevanter Daten und ihre Auswertung eröffnen ungeheure Chancen. Diese müssen wir nutzen. Nun gilt es, die nächsten logischen Schritte zu gehen; dazu gehört insbesondere auch der Systemwechsel bei der elektronischen Patientenakte vom Opt in zum Opt Out.“

Holetschek ergänzte: „Bayern macht seit Jahren Tempo beim Thema Digitalisierung und Datennutzung. Im Rahmen des Masterplans BAYERN DIGITAL fördern wir seit 2015 mit rund sechs Milliarden Euro Digitalisierungsvorhaben – auch in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Wir wollen in Bayern Vorreiter sein in der Vernetzung und Nutzung von Gesundheitsdaten.“

Wissenschaftsminister Markus Blume betonte: „Daten teilen, Menschen heilen: Datenschutz und eine schnelle, dezentrale Gesundheitsdateninfrastruktur sind kein Widerspruch. Unsere medizinischen Forschungsdaten sind ein Schatz, den wir schützen und gleichzeitig heben müssen. So ret-

ten wir Leben und sichern unser Standing als wissenschaftlicher Spitzenstandort. Dafür brauchen wir einen europäischen Rechtsrahmen und der Bund muss sich stärker engagieren. In Bayern ebnen wir den Weg und gehen bereits heute mit einem eigenen Digitalgesetz und der geplanten Gesundheitsdatencloud voran.“

Expertinnen und Experten haben in einem Symposium der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (BAW) und des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege konkrete Vorschläge an den Bundesgesetzgeber für die Gesundheitsdatennutzung erarbeitet. Alle Beteiligten waren sich einig, dass dabei der Mensch im Mittelpunkt stehen und bestmöglich von den Chancen der Digitalisierung profitieren soll.

Prof. Thomas Höllmann, derzeitiger Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, ergänzte: „Es freut mich sehr, dass das Gesundheitsministerium und die Akademie dieses Symposium gemeinsam organisiert haben. Die Akademie bündelt Expertise aus allen Diszipl-

nen, um Wissenschaft für die Gesellschaft nutzbar zu machen. Aus der interdisziplinären Zusammenarbeit entstand Anfang des Jahres das BAoW-Positionspapier zur Nutzung von Patientendaten und nun auch die Initiative zum Experten-austausch über ‚Daten teilen, Menschen heilen‘.“

Prof. Markus Schwaiger, Mitorganisator des Symposiums und designerter Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, erläuterte: „Medizinischer Fortschritt erfordert Innovationen, die auf der effektiven und zeitnahen wissenschaftlichen Auswertung individueller Patientendaten basieren. Die Pandemie hat uns diesen Zusammenhang wiederholt gezeigt. Wir streben daher ein dynamisch lernendes Gesundheitssystem an, das auf diesen digitalen Daten aufbaut und sich dadurch kontinuierlich verbessert.“

Ausgestaltung der ePA

Zahlreiche Vorschläge zur Fortentwicklung der Gesundheitsdatennutzung wurden erarbeitet. Zum einen stand die künftige Ausgestaltung der elektronischen Patientenakte (ePA) im Fokus:

- Die ePA muss vorrangig der bestmöglichen Versorgung der Patientinnen und Patienten dienen. Wir brauchen einen verpflichtenden strukturierten Minimaldatensatz, der stufenweise ausgebaut werden muss. Daten dürfen nicht automatisch innerhalb von starren Löschfris-

ten gelöscht werden. Perspektivisch muss die Sekundärnutzung der Daten im Rahmen des Europäischen Gesundheitsdatenraums (EHDS) verfolgt werden.

- Alle an der Behandlung beteiligten Leistungserbringer sollten auf die ePA-Daten der Patientinnen und Patienten zugreifen können. Die Patientinnen und Patienten können allerdings den Zugriff einzelner Leistungserbringer (-gruppen) ausschließen. Zugriffe müssen protokolliert werden; Missbrauch muss klar sanktioniert werden.
- In der ePA sollten gebündelt alle Versicherungsleistungen der Bürgerinnen und Bürger abgebildet sein, unabhängig vom Versicherungsstatus.
- Bei der Bereitstellung von ePA-Daten für Forschungszwecke muss eine Datenverbindung zu anderen Datenquellen (z. B. Registerdaten) ermöglicht werden.
- Neben der ePA-App sollte man sich auch über einen Browser in die Akte einwählen können.
- Rund um die ePA gibt es noch viele Fragen, daher sollte eine Nationale Digitale Gesundheitsagentur Bürgerinnen und Bürger, Leistungserbringer und Leistungsträger dazu intensiv informieren.

Gesundheitsdatennutzung

Zweiter großer Punkt des Symposiums war die Gesundheitsdatennutzung: Befürwortet wird die Einrichtung einer Datenzugangsstelle, die sich an den Vorgaben des EHDS orientiert. Die Datenspeicherung kann zentral oder auch dezentral erfolgen. Für die Verknüpfung von Daten wird ein Unique Identifier benötigt, der unabhängig von einem Kontakt mit dem medizinischen Versorgungswesen vergeben wird, z. B. die steuerliche Identifikationsnummer.

Für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn, der die Effektivität und Effizienz für die Gesundheit der Bevölkerung und Versorgung verbessert, sollte es einen niederschweligen, regionalen Zugang zu einer nationalen Gesundheitsdatenbank geben.

Befürwortet wird die Verankerung des Federführungsprinzips im Gesundheitsdatennutzungsgesetz. Hierunter verstehen wir die Festlegung einer federführenden Datenschutzbehörde bei länderübergreifenden Forschungsprojekten mittels Algorithmus zur Vermeidung von Interessenskonflikten. Die daneben zu beteiligenden Landesdatenschutzbehörden können mit kurzer Frist Stellung nehmen. Nach Fristablauf tritt eine Genehmigungsfiktion ein.

Empfohlen wird zudem die Regelung des sog. „broad consent“ im neuen Gesundheitsdatennutzungsgesetz. Dieser trägt dem Autonomiegedanken und der Datensouveränität Rechnung – so kann jeder altruistisch über die Nutzung seiner Daten durch Wissenschaft und kommerzielle Forschung entscheiden.

Das geplante Registerdatengesetz sollte verbindliche Vorgaben zur Qualität, Interoperabilität, Sicherheit, Zugänglichkeit sowie für den Prozess der Erhebung und Speicherung von Daten bestehender und künftiger Register beinhalten.

Digitale Lösungen müssen anwenderfreundlich, „kinderleicht“ sein und sowohl für Leistungserbringende als auch Patientinnen und Patienten einen Mehrwert schaffen.

Befürwortet wird die Einrichtung einer zentralen Informationsstelle für eine zielgruppenorientierte Information und Aufklärung aller Bevölkerungsgruppen zu Digitalisierung, Datennutzung sowie Datenschutz. Diese Aufgabe könnte von der neu zu schaffenden Digitalen Gesundheitsagentur übernommen werden. □



V.l.: Breitbandpatin Gerlinde Radspieler, Bürgermeister Matthias Kohl-mayer und Gerhard Krämmer (M-net). Bild: Landauer Zeitung Christoph Werner

Glasfaser bis in die Wohnung

M-net erschließt Landauer Randgebiete mit Glasfaser

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net erschließt die Landauer Ortsteile Fichtheim, Wolfsdorf, Brunnhof, Friedhof-Öd, Ketten, Mettenhausen, Möding und Rohrbach mit Glasfaserleitungen, die bis in die einzelnen Haushalte und Büroräume reichen. Einen entsprechenden Kooperationsvertrag haben die Gemeinde und M-net nun geschlossen. Damit profitieren bald 40 private Haushalte und zehn Gewerbebetriebe von Internet-, Telefon und HD-TV Anschlüssen mit Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Mbit/s).

Mit der Vertragsunterzeichnung ist die Grundlage für den weiteren FTTH-Glasfaserausbau in Landau geschaffen. Insgesamt 50 Gebäude in unterversorgten Randgebieten der niederbaye-rischen Stadt erhalten in Kürze einen zukunftssicheren Glasfaseranschluss. Dafür lässt M-net neue Glasfaserkabel über eine Tiefbaulänge von rund acht Kilometer verlegen.

Anschließend bietet M-net als regionaler Telekommunikationsanbieter leistungsstarke Internet-, Telefon- und HD-TV-Anschlüsse über das neue Netz an. Bei dem sogenannten FTTH-Ausbau (Fiber-to-the-Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig sogar noch höhere Geschwindigkeiten bereitgestellt werden.

Für die digitale Zukunft gewappnet

Die Bauarbeiten starten im ersten Quartal 2023 und sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Erste Haushalte können bereits im Sommer ans Netz gehen, sobald alle technischen Voraussetzungen erfüllt sind. In Kürze findet zudem ein Informationsabend für alle Bürgerinnen und Bürger im Ausbaugbiet statt, bei dem Details der geplanten Arbeiten und die buchbaren Produkte von M-net vorgestellt werden.

„Mit dem FTTH-Ausbau sind die Bürgerinnen und Bürger wie

auch die Unternehmen in den Landauer Randgebieten bestens für die digitale Zukunft gewappnet. Denn im Gegensatz zu allen kupferbasierten Anschluss-technologien meistert ein reiner Glasfaseranschluss auch langfristig die Anforderungen, die mit der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft auf uns alle zukommen“, erklärt M-net Regionalmanager Gerhard Krämmer.

Warum Glasfaser?

Rasante Up- und Downloads, Surfen ohne Wartezeiten beim Seitenaufruf oder unterbrechungsfreies Videostreaming sind nur einige der vielen Vorteile, die ein leistungsfähiger Internetaanschluss mit sich bringt. Glasfaseranschlüsse bieten hohe und stabile Bandbreiten und sind besonders für datenintensive Anwendungen geeignet. Dazu zählen auch Online-Gaming, das Speichern und Abrufen von Daten in einer Cloud oder die Nutzung des Anschlusses im Home-Office.

Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorzüge gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferkabelbasierte Anschlüsse. FTTH stößt beispielsweise bis zu 90 Prozent weniger CO₂ aus als der schnellste DSL-Anschluss. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

Bundesbürger wollen Alt-Führerscheine mehrheitlich online tauschen

Der Pflichtumtausch veralteter Führerscheine bis zum Jahr 2033 ist ein europäisches Vorhaben größerer Dimension und Tragweite: Allein in Deutschland stellt diese EU-Richtlinie nicht nur knapp 43 Millionen betroffene deutsche Bürgerinnen und Bürger, sondern auch mehr als 400 Führerscheinstellen vor organisatorische Herausforderungen. Die einfachste und bequemste Lösung für alle Beteiligten: Mit ein paar Klicks den Umtausch im Internet abwickeln.

Die AKDB hat nun in einer repräsentativen Online-Befragung des Meinungsforschungsinstituts Civey die Präferenzen umtauschpflichtiger Bürger hinsichtlich des Tauschprozesses abgefragt. Die wesentlichen Ergebnisse:

- Rund 51 Prozent aller Befragten bevorzugen beim Führerscheintausch eine Online-Abwicklung (36,9 Prozent eindeutig online, 13,7 Prozent eher online).
- Nur 28 Prozent geben an, ihren Führerschein eindeutig lieber vor Ort tauschen zu wollen.
- Erwartungsgemäß sinkt in den höheren Altersgruppen die Präferenz nach einem Online-Service (rund 60 Prozent in den beiden Altersgruppen 18-29 Jahre und 30-39). Auch in der Altersgruppe 50-64 Jahre liegt die Online-Präferenz mit 49 Prozent deutlich über der Vor-Ort-Präferenz (42 Prozent). Durchaus bemerkenswert: Immerhin 40 Prozent aller über 65-jährigen ziehen einen Online-Umtausch dem persönlichen Gang auf die Führerscheinstelle vor.
- Männer sind mit 54 Prozent einem Online-Dienst zugeneigter als Frauen (46 Prozent).
- Die Präferenzen fallen geografisch sehr unterschiedlich aus. So geben Befragte in den neuen Bundesländern mit 55 Prozent einem Online-Umtausch stärker den Vorzug, als in den alten Bundesländern (49 Prozent).
- Der ausgeprägteste Wunsch nach einem Online-Umtausch wurde in Berlin (59 Prozent), Hamburg (54,3 Prozent) und

Brandenburg (53,6 Prozent) geäußert, die geringste Online-Affinität haben die Umtauschpflichtigen in Niedersachsen (47,8 Prozent), Rheinland-Pfalz (46,6 Prozent) und dem Saarland (40,2 Prozent).

- Im bundesweiten Vergleich aller Landkreise und kreisfreien Städte sind die Umtauschpflichtigen aus Neumünster (84 Prozent), Bremerhaven (78,3 Prozent) und Pirmasens (78,1 Prozent) aber auch die Bewohner von Bamberg (76,6 Prozent), Hof (74,8 Prozent) und Dresden (74,7 Prozent) die größten Online-Dienst-Befürworter.
- In den bayerischen Regierungsbezirken spreizt sich die Quote der Online-Befürworter von 52,4 Prozent in Mittelfranken bis 44 Prozent in Niederbayern (die weiteren Werte: Schwaben 51,4 Prozent, Unterfranken 51,2 Prozent, Oberpfalz 50,6 Prozent, Oberbayern 49,5 Prozent, Oberfranken 49,4 Prozent).
- Bei der Online-Bearbeitung eines neuen Führerscheins ist der Hälfte der Befragten (49,2 Prozent) eine einfache Antragstellung am Wichtigsten, gefolgt von der Zusendung des neuen EU-Kartenführerscheins nach Fertigstellung (42,4 Prozent). Eine möglichst schnelle Bearbeitung wünscht sich ein Viertel aller Umfrageteilnehmer.

Bereits seit Ende 2022 hat die AKDB mit dem Online-Fachdienst „Führerscheintausch“ einen technologisch hochmodernen Online-Service im Portfolio, der den gesamten Umtauschprozess online abbildet. Er ist für Bürgerinnen und Bürger 24/7 vom PC, Tablet oder Smartphone leicht zu bedienen und greift nahtlos auf die Fachverfahren der AKDB-Gruppe zu. Das macht den gesamten Umtauschprozess komplett medienbruchfrei und entlastet Antragstellende, Sachbearbeitende sowie, dank wegfallender Wegstrecken, auch die Umwelt.

Online-Service in jede Website integrierbar und in Bayern gefördert

Die Online-Lösung ist in jede Fahrerlaubnisbehörden-Webseite einfach integrierbar. Der Dienst wird von Städten und Landkreisen bereits erfolgreich genutzt und steht interessierten Kommunen zur Verfügung. Er wird in Bayern vom dortigen Digitalministerium im Rahmen der BayernPackages mindestens bis Ende 2023 kostenfrei zur Verfügung gestellt.

„Wir sehen uns positiv bestätigt von den Umfrageergebnissen, die deutlich machen, dass sich die Mehrheit der Bürger moderne, einfach zu bedienende Online-Verwaltungs-dienste wünschen. Und das bis in die höheren Altersgruppen hinein“, so Gudrun Aschenbrenner, Mitglied des Vorstands bei der AKDB. „Das zeigt uns, dass Vor-Ort-Besuche nicht mehr im Vordergrund stehen und die Digitalisierung in den Verwaltungen schneller gehen kann – Bürgerinnen und Bürger fordern das. Seitens der Verwaltungen kann damit dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden, denn Mitarbeitende können dort eingesetzt werden, wo Beratungsbedarfe entstehen und Ermessen ausgeübt werden muss – und nicht mehr bei gebundenen Entscheidungen wie einem Führerscheintausch“, betonte Aschenbrenner. □

Vorfahrt für den Mobilfunkausbau in Bayern

Die flächendeckende Versorgung mit Mobilfunk ist essenziell für den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität und Sicherheit der Menschen in Bayern und daher ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Anliegen. Im „Pakt Digitale Infrastruktur“ haben der Freistaat, die Mobilfunkbetreiber und die kommunalen Spitzenverbände deshalb im vergangenen Jahr Maßnahmen zur Beschleunigung des Mobilfunkausbaus vereinbart.

Der Ministerrat hat die dazu notwendigen Änderungen in der Bayerischen Bauordnung gebilligt. Künftig entfällt im Außenbereich die Abstandsflächenpflicht für Mobilfunkmasten. Außerdem können die Masten im Außenbereich bis zu einer Höhe von 20 Metern (bisher 15 Meter) und im Innenbereich von 15 Metern (bisher 10 Meter) ohne Baugenehmigung errichtet werden. Ebenfalls verfahrens-

frei sollen darüber hinaus temporäre Masten ohne Höhenbegrenzung sein, wenn diese für maximal 24 Monate aufgestellt werden und zur Schließung einer bestehenden Versorgungslücke erforderlich sind.

Mit dieser Gesetzesänderung, die nun in die Verbandsanhörung gehen wird, stellt der Freistaat die Weichen für einen unbürokratischeren und schnelleren Ausbau des Mobilfunknetzes in Bayern. □

Nachhaltige öffentliche Beschaffung als Transformationshebel nutzen

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft legt Positionspapier vor

Mit einem Einkaufs- und Vergabevolumen von etwa 500 Mrd. Euro pro Jahr haben die Beschaffungsstellen von Bund, Ländern und Kommunen eine zentrale Marktmacht und einen erheblichen Einfluss auf die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft. Obwohl die Bundesregierung sich zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung bekannt hat, bleiben Behörden aller Verwaltungsebenen hinter den Erwartungen zurück. Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e. V. (BNW) zeigt in seinem heute veröffentlichten Positionspapier auf, mit welchen Maßnahmen die öffentliche Beschaffung nachhaltig werden kann.

„Die öffentliche Beschaffung muss als wirksamer Hebel im Kampf gegen die Klimakrise genutzt werden“, sagt BNW-Geschäftsführerin Dr. Katharina Reuter. „Gerade in den Bereichen Strom, Wärme, Transportfahrzeuge und Nahrungsmittel ist es dringend notwendig, dass dieser Geldfluss sofort in nachhaltige Produkte und Dienstleistungen umgelenkt wird. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung ein Sofortprogramm für die Dekarbonisierung der Be-

schaffung in diesen Bereichen.“

Fehlendes Bekenntnis

Aktuell läuft die öffentliche Beschaffung den Erwartungen hinterher. In vielen Behörden fehlt ein klares Bekenntnis der Leitungsebene zu nachhaltiger Beschaffung. Das Vergaberecht ist kompliziert und die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in der Praxis leider zweitrangig. In den meisten Fällen ist der Angebotspreis das

einzige Zuschlagskriterium. Anbieter von nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen werden durch die rein preisorientierte Vergabe benachteiligt.

Dr. Antje von Dewitz, BNW-Vorstand und Geschäftsführerin von VAUDE Sport GmbH & Co. KG: „Erst wenn positive und negative Umwelteffekte bei der Vergabe eingepreist werden, kann fairer Wettbewerb zwischen den bietenden Unternehmen stattfinden.“ Deshalb fordert der BNW die Spielräume im Vergaberecht dafür zu nutzen, soziale und ökologische Aspekte stärker zu berücksichtigen. Eine Erweiterung der Vergabekriterien kann den Kreis bietender Unternehmen und so das Angebot vergrößern, wovon wiederum die öffentliche Hand und die gesamten Märkte profitieren.

Der BNW fordert zudem eine klare und messbare Zielsetzung

Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen:

Kreislaufwirtschaft ist Teil der Lösung der Rohstoff- und Energiekrise

Aus Anlass des vbw-Kongresses „Rohstoffversorgung langfristig sichern“ hebt der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft hervor. Das Schließen von Kreisläufen sei kein „Luxus, den man sich eventuell sparen kann“, sondern Teil der Lösung in einer Situation mit sehr hohen Energie- und Rohstoffpreisen.

Auch wenn zuletzt der Rohstoffpreisindex der vbw leicht gesunken ist, so befinden sich die Preise für Rohstoffe und Energie immer noch in bisher ungekannter Höhe. Aus Sicht des VBS zeigt die aktuelle Lage auf der Welt unmissverständlich, wie wichtig ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren wertvollen Ressourcen ist. Ein effizienter Einsatz von Ressourcen schafft Unabhängigkeit, senkt Kosten und schont gleichzeitig Umwelt und Klima. Ziel muss daher die Schaffung einer effizienten Kreislaufwirtschaft der Zukunft sein.

VBS-Präsident Stefan Böhme: „Deutschland besitzt im Wesentlichen nur zwei Rohstoffe: Der eine steckt in den Köpfen der Menschen, also das Wissen und ihre Intelligenz. Der andere Rohstoff befindet sich in unseren Abfällen – bereit für eine zweite Verwendung. Dementsprechend muss die Politik beide einsetzen, um die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und so die Rohstoffversorgung der heimischen Industrie zu sichern.“

Pläne zügig umsetzen

Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) begrüßt das klare Be-

kenntnis der neuen Bundesregierung zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Pläne wie die Förderung von recyclingfreundlichem Verpackungsdesign als Grundvoraussetzung, um Kreisläufe zu schließen, Mindestquoten für den Rezyklateinsatz, ein Recycling-Label, die Entwicklung von Qualitätsstandards für Rezyklate und der geplante digitale Produktpass sollten möglichst zügig umgesetzt werden. Dabei ist bis auf wenige Ausnahmen ein haushaltsnahes Holsystem für diese Rohstoffquellen stets die bessere Wahl im Vergleich zu ineffektiven und teureren Bringsystemen wie Wertstoffhof oder Depotcontainer.

„Wichtig ist uns dabei, dass wir uns nicht mit dem Verzicht auf Kunststoffstrohhalm und Wattestäbchen zufriedengeben, sondern den Fokus auf weit aus größere Hebel richten“, so Stefan Böhme, „Ein wesentlicher Aspekt ist zum Beispiel die richtige Ausgestaltung von Sammelsystemen, die geeignet sind, dem Bürger effektive und gleichzeitig einfache Mülltrennung zu ermöglichen.“

Der VBS kritisiert zum Beispiel seit Jahren die mangelhafte Umsetzung bei der Getrenntsammlung von Bioabfällen, bei der auch heute noch manche Kom-

munen verlangen, dass die Bürger ihren Bioabfall zu zentralen Sammelpunkten bringen – aus Sicht des VBS ist das nichts anderes als der Versuch, die geltende Gesetzeslage zu umgehen. Die seit Januar 2015 bestehende Verpflichtung, Bioabfälle getrennt zu erfassen, wird andernorts mit großem Erfolg mittels Biotonne bei jedem einzelnen Haushalt umgesetzt.

Uneffektives Bringsystem

„Dass wir es uns in manchen Landkreisen Bayerns heute noch leisten, durch ein uneffektives und unkomfortables Bringsystem jährlich Millionen Kubikmeter an Biogas und fast ebenso viele Tonnen an nährstoffhaltigem Kompost in der Müllverbrennung zu verlieren, ist kaum zu rechtfertigen.“ Die Staatsregierung sollte einen einheitlichen Vollzug sicherstellen und Schlupflöcher verhindern, mit denen Kommunen geltendes Bundesrecht umgehen können, denn: „Eine gut gefüllte Biotonne liefert ca. 36 Kilowattstunden Energie und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz. Zu Biogas und Kompostdünger wird Bioabfall aber nur, wenn er nicht länger in der Restmülltonne und damit in Müllverbrennung landet“, so Präsident Böhme.

Bemerkenswert sei, dass in Schleswig-Holstein und Hessen jeweils über 90 kg je Einwohner und Jahr über die Biotonne erfasst werden, während dieser Wert in Bayern bei nur 60,0 kg liegt. Grund für diesen schlechten Mittelwert Bayerns seien Landkreise, die sich einer Biotonne bisher verweigern und die dadurch eher im Bereich von lediglich 10 kg je Einwohner im Jahr liegen.

Einen wesentlichen Hebel für mehr Biogas und damit mehr Unabhängigkeit von Gas-Importen, für mehr Kompost und weniger Kunstdünger stelle die flächendeckende Einführung der Biotonne für alle Haushalte in Bayern dar. Meist ähnlich ineffektiv seien Bringsysteme wie Wertstoffhof und Depotcontainer im Übrigen auch bei der Sammlung von Verkaufsverpackungen. Große ökologische Effekte sind laut VBS stets nur mit entsprechend großen Sammel- und in den richtigen Recyclinganlagen zu erwarten. □

UBA-Ressourcenbericht 2022

Bundesweit ist der Ressourcenkonsum leicht gesunken, bleibt aber insgesamt auf einem hohen Niveau von 1,3 Milliarden Tonnen Rohstoffe jährlich und somit rund 30 Prozent über dem globalen Durchschnitt. Darauf weist das Umweltbundesamt in seinem Ressourcenbericht 2022 für Deutschland hin.

Die inländische Entnahme von Rohstoffen ist laut UBA seit 1994 insgesamt rückläufig. Es zeigen sich zwei gegensätzliche Trends: ein langfristiger Rückgang um 35 Prozent bei nicht-nachwachsenden Rohstoffen und eine Zunahme um 15 Prozent bei nachwachsenden Rohstoffen.

Rohstoffe für den Konsum

Deutschlands Rohstoffkonsum betrug im Jahr 2019 1.328 Mio. Tonnen oder 16,0 Tonnen pro Kopf. Die privaten Haushalte kon-

sumierten Rohstoffe vor allem in den Bereichen Ernährung, Wohnen und Mobilität.

Aus Sicht des Umweltbundesamts kann die Rohstoffnutzung der Zukunft mit einer ambitionierten Rohstoffpolitik wesentlich nachhaltiger gestaltet werden. Bis zum Jahr 2030 sei hierzulande ein Rückgang des Rohstoffkonsums um mehr als ein Drittel gegenüber 2019 möglich. Bis 2050 könnte dieser durch einen Mix aus Technologiewandel und Lebensstiländerungen auf 5,7 Tonnen pro Kopf reduziert werden. □

für die nachhaltige öffentliche Beschaffung und eine bundesweite Kontrolle zur Einhaltung dieser Ziele. Dafür ist eine transparente Datenerfassung und -pflege notwendig. Um die zahlreichen kleinen Vergabestellen auf kommunaler Ebene zu entlasten, muss die Vergabekompetenz zentralisiert werden. Der BNW schlägt deshalb Kompetenzcluster auf der mittleren Verwaltungsebene der Länder vor, die für die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen von Ländern, Landkreisen und Kommunen zuständig sind.

„Durch die Nachfragebündelung haben diese Kompetenzcluster eine starke rechtssichere Verhandlungsposition und können von Einkaufsvorteilen profitieren. Die Verankerung auf mittlerer Verwaltungsebene fördert zudem die Akzeptanz auf Anbieterseite. Die Regionalität der Beschaffung auch von kleinen und mittelständischen Lieferant:innen bleibt dadurch bestehen.“, macht BNW-Vorstand und Unternehmensberater Jan-Karsten Meier deutlich.

Der BNW setzt sich schon seit Langem für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung ein. So war Geschäftsführerin Dr. Katharina Reuter gemeinsam mit 60 weiteren Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Erstunterzeichnerin des Aufrufs „Aktiv für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung“ und BNW-Vorstandsmitglieder waren als Experten zu Bundestagsanhörungen eingeladen. Mit dem veröffentlichten Positionspapier unterstreicht der BNW erneut den dringenden Reformbedarf der öffentlichen Beschaffung und fordert eine stärkere sozial-ökologische Ausrichtung. □

Empfehlungen für die Praxis:

Wie Städte gesünder werden können

Im Auftrag des Umweltbundesamtes erarbeiteten das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und weitere Partner die Publikation „Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt“. Sie gibt Empfehlungen, wie Gesundheitsaspekte künftig adäquater in der Planung Berücksichtigung finden.

In wichtigen Planungsprozessen der Kommunen, wie der Grün- und Freiraumplanung, der Lärmaktionsplanung und der Stadt(entwicklungs)planung werden die gesundheitlichen Belange der Bevölkerung bisher nicht ausreichend berücksichtigt. Dies liegt unter anderem an der mangelnden Kooperation Planender mit Akteuren des Gesundheitssektors. Im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erarbeitete das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit LK Argus und der Hochschule für Gesundheit Bochum eine Veröffentlichung für die kommunale Praxis.

Die Publikation „Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt“ gibt praxisorientiert Empfehlungen, wie Gesundheitsschutz und -förderung für die Stadtbevölkerung künftig adäquater berücksichtigt werden können. Auch die Frage nach den jeweils passenden Kooperationsformen der verschiedenen Akteure wird aufgegriffen. Zudem wird in der Publikation besonders auf die Situation mehrfach belasteter Gebiete und die Bedürfnisse vulnerabler Bevölkerungsgruppen eingegangen. Neben guten Beispielen aus der kommunalen Praxis gibt die Publikation Tipps zu weiteren Fachveröffentlichungen, in denen u.a.

Planungsinstrumente ausführlich beschrieben sind. Benannt werden außerdem notwendige Veränderungen der Rahmenbedingungen, damit gesundheitliche Belange in den Kommunen stärker als bisher zum Tragen kommen können.

Die Anregungen und Tipps sind für Mitarbeitende vieler Bereiche für die praktische Arbeit hilfreich: Gesundheitsbehörden, Gesundheitsämter und kommunale Ämter, die für die Themen Lärm, Grün sowie Stadtentwicklung bzw. Stadtplanung zuständig sind. Ebenso richtet sich die kostenfrei zum Download zur Verfügung stehende Veröffentlichung an gesundheitsrelevante Akteure in Zivilgesellschaft, Gesundheitskonferenzen, Verbänden, Krankenkassen sowie in der Kommunalpolitik.

Die Broschüre „Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis“ wurde im Projekt „Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange – modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung“ (FKZ 3719 15 2010) erarbeitet.

Die Broschüre und die virtuelle Pressemappe stehen kostenfrei online zur Verfügung: www.difu.de/17522 □



EINFACH BESSER - FÜR IHR BUDGET UND DIE UMWELT

Als Unternehmen haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, für Straßen- und Wegebau sowie sonstige zementgebundene Bauweisen ein Additiv zu entwickeln, welches ökonomisch und ökologisch neue Maßstäbe setzt – unser NT BASE.

NT BASE verbessert nachweislich die Eigenschaften von Zement. Und das in jeder Schicht. Sparen Sie sich den Ausbau, den Transport, die Lagerung und die Deponierung von Baustoffen, welche Sie bereits teuer bezahlt und verbaut haben. Verfestigen Sie den Oberbau unmittelbar vor Ort und reduzieren Sie Instandhaltungskosten und Bauzeiten.

Es ist so einfach und effizient wie es sich anhört!

Sie haben Fragen an uns? Wir helfen Ihnen gerne!

089 - 215 45 40 30 | www.corent-ag.de

Erhebliche Turbulenzen

bvse-Fachverbände Papierrecycling, Schrott, E-Schrott, Kfz-Recycling, und Altholz legten Jahresbilanzen vor

Mit erheblichen Turbulenzen kämpften im vergangenen Jahr die bvse-Fachverbände Papierrecycling, Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling, sowie Altholz. In seiner Jahresbilanz zeigte sich zumindest Werner Steingäß, Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Papierrecycling und Vizepräsident des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung, „insgesamt zufrieden“.

Nach Steingäß' Worten bleibt Altpapier weltweit die wichtigste und vor allem auch eine nachhaltige Quelle für die Papierindustrie. Mehr als 250 Millionen Tonnen Altpapier werden für die Papier- und Pappe-Produktion rund um den Globus eingesetzt. Mit geschätzt einer Milliarde Tonnen CO₂-Einsparpotenzial spielt das Altpapierrecycling auch eine erhebliche Rolle bei den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Klimakrise und dem politischen Willen nach grünen Lösungen. „Als Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft werden wir mit unseren Partnern in der Wertschöpfungskette noch enger im Dialog bleiben. Die globale Erfolgsstory Altpapier basiert in Deutschland darauf, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Wenn wir zusammen Synergieeffekte und gleichgerichtete Interessen herausfiltern und daraus Strategien und Handlungsweisen ableiten, die gemeinsame Vorteile und Lösungsansätze mit sich bringen, dann blicke ich für unseren Rohstoff Altpapier langfristig optimistisch in die Zukunft“, erklärte der Vorsitzende.

Verheerende Frachtsituation durch Ukrainekrieg

Bis zum Februar 2022 hielt die Covid-19-Pandemie die Altpapierbranche mit ihren Auswirkungen schwer in Atem. Rückblickend betrachtet hatten die Entsorgungs- und Recyclingunternehmen das schwierige Corona-Jahr 2021 jedoch gut bewältigt. Diese Entwicklung setzte sich in der ersten Jahreshälfte 2022 zunächst fort. Die Nachfrage der inländischen Papierproduzenten war insgesamt gut bis sehr gut und die Altpapierlager der Recyclingwirtschaft entsprechend leer. Der Altpapierimport nach Deutschland bewegte sich in der ersten Jahreshälfte auf einem relativ hohen Level. Auch im Exportbereich bestand eine gute Nachfrage, vor allem im braunen Sortenbereich. Nach und nach erreichten die politischen Turbulenzen dann auch den Altpapiermarkt. Im Lauf des 2. Quartals 2022 schlug sich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine mehr und mehr auch auf die Papierbranche nieder. Die Altpapieraufbereiter mussten mit einer verheerenden Frachtsituation zurechtkommen. Geschätzt 100.000 Fahrer aus der Ukraine und ihre Lkw fehlten innerhalb kürzester Zeit durch die Folgen der Kriegshandlungen. Ein Umstand, der sich unter anderem in einer drastischen Verknappung von Ladekapazitäten und in sich vervielfachenden Frachtkosten niederschlug. Etwa 10 Prozent der lieferbaren Altpapiermenge konnte beispielsweise im Juni rein aus logistischen Gründen nicht zu den Papierfabriken transportiert werden. Die Konsequenzen dieser Krise betreffen Steingäß zufolge nicht nur einzel-

ne Altpapier einsetzende Fabriken, sondern die gesamte Papierindustrie.

Massive Absatzprobleme

Erstmals seit vielen Jahren zeichnete die Verpackungsindustrie massive Absatzprobleme für ihre Neuware. Im Resultat kam es im Verlauf des 4. Quartals 2022 im Inland bereits zu teils erheblichen Kürzungen der Altpapier-Ordermengen. Die Vergütung für verschiedene Altpapiersorten wurde in einem nie gekannten Maß von Monat zu Monat um einen höheren zweistelligen Eurobetrag gesenkt. Der Altpapier-Export erwies sich in dieser Lage als unverzichtbares Ventil und konnte dank des Know-how der Altpapierrecyclingwirtschaft das Gesamtbild ein Stück weit verbessern. Ungeachtet dessen ging die inländische Abnahme von Altpapier um den Jahreswechsel konjunkturbedingt weiter zurück. Im Ergebnis ließ sich ein massiver Aufbau der Lagerbestände bei den Altpapierrecyclern feststellen. Laut Steingäß ist die Altpapierrecyclingwirtschaft darin geübt, auch in schwierigen Phasen Lösungen zu finden. Zweifellos ziehe der Jahresanfang noch die schwierigen Auswirkungen aus dem Vorjahr mit sich. „Grundsätzlich aber sieht die Altpapierrecyclingwirtschaft positiv auf dieses neue Jahr 2023.“

Rückläufige Sammlungen von Elektro-Altgeräten

„Im Jahr 2022 hat es ein deutlich geringeres Aufkommen von Elektro-Altgeräten im Vergleich zum Vorjahr gegeben“, lautete das Fazit von Bernhard Jehle, Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling. Wie bvse-Mitgliedsunternehmen berichteten, gingen die Mengen zur Behandlung insbesondere in der Sammelgruppe 5 (Kleingeräte) um ca. 30 Prozent zurück. Auch die Sammelgruppe 2 (Bildschirme) verlief leicht rückläufig. Ist es im Corona-Jahr 2021 beim großen „Aufräumen“ in den Haushalten noch zur Abgabe zwischen gelagerter Altgeräte gekommen, blieb dieser Effekt vergangenes Jahr aus. „Zusätzliche Sammlungsmengen aus dem Einzelhandel konnten auch noch nicht registriert werden, obwohl der Handel seit dem 1.1.2022 zur Rücknahme ausgedienter Elektrogeräte verpflichtet ist. Insgesamt kritisiert die Branche, dass der Einzelhandel zu wenig auf die Rücknahmepflichten in seinen Märkten aufmerksam macht und somit die Verbraucher nicht zur Abgabe eingeladen werden“, betonte Bernhard Jehle, Vizepräsident des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung. Wie in allen abfallwirtschaftlichen Bereichen, zeichneten auch die Altgeräte-Erstbehandlungsanlagen im

vergangenen Jahr stark gestiegene Kosten für Logistik und Energie. „Aufgrund des hohen Wettbewerbsdrucks bei sinkenden Altgerätemengen konnten diese allerdings noch nicht weitergegeben werden. Hinzu kamen

BDE-Kreislaufwirtschaftsstrategie:

Chance für Wirtschaftsstandort Deutschland

Die Absicht der Bundesregierung, eine Kreislaufwirtschaftsstrategie zu erarbeiten, bietet nach Auffassung des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft (BDE) die Chance für eine neue Dynamik in der Transformation der Wirtschaft. Mit seinem nun vorgelegten Forderungspapier will sich der Verband aktiv am Diskussionsprozess zur Strategieentwicklung beteiligen, die die Ampel-Koalition bereits im Koalitionsvertrag angekündigt hat.

Die Kreislaufwirtschaftsstrategie des BDE umfasst insgesamt sieben Kapitel, die sich u.a. mit den Rahmenbedingungen, der Rohstoffpolitik und der Digitalisierung im Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft befassen. Ein weiteres Kapitel stellt die Kreislaufwirtschaftsstrategie Deutschlands in den europäischen Kontext. Insgesamt werden 35 Forderungen aufgestellt, deren Umsetzung aus Sicht der Mitgliedsunternehmen helfen können, die Effekte einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft vollends zu entfalten.

Verbundmaterialien nicht geeignet

Laut BDE muss es das Ziel sein, das Abfallaufkommen stärker als bisher vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln und so gute und so viele Rohstoffe wie möglich aus Abfallströmen zu gewinnen. Dazu sei es entscheidend, rohstoffeffizienter zu wirtschaften, Nutzungsphasen von Waren zu verlängern und die Anstrengungen für eine ambitioniertere und bessere Getrenntsammlung deutlich zu steigern. Für alle Stoffströme gelte: „Verbundmaterialien sind für die Kreislaufführung nicht geeignet, gute Getrenntfassung und -sammlung sind notwendige Voraussetzung für das Schließen von Stoffstromkreisläufen.“

Maßnahmen

Im Einzelnen werden unter anderem folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Bringsysteme (Wertstoffhöfe) nur noch für hierfür geeignete Abfälle, z.B. für gefährliche Abfälle, und lediglich ergänzend zum Holsystem für Massenströme wie Papier und Bio. Diese müssen grundsätzlich haushaltnah erfasst werden.
- Der niedrige Anschlussgrad von 50 Prozent der Haushalte in Deutschland bei der Sammlung organischer Abfälle trotz zehnjährigem Bestehen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes muss Anlass für eine Vollzugsoffensive in allen Kreisen und Städten für eine flächendeckende Organiksammlung sein.
- Bei Sanierungs- und Abbrucharbeiten in Gebäuden ist die Bauherrenverantwortung für ein Rückbaukonzept und darauf aufbauend die getrennte Erfassung der anfallenden Materialströme

sinkende Sekundärrohstofflöse zu Mitte des Jahres, die sich dann aber gegen Ende 2022 wieder erholten“, berichtete Jehle. Mit Sorge betrachten die Erstbehandlungsanlagen die Entwicklungen in den energieintensiven Abnehmerindustrien. Drosseln diese aufgrund der Energiekrise ihre Produktionen, sinkt zwangsläufig auch die Nachfrage nach Sekundärrohstoffen. Wie und

wann sich die staatlichen Beihilfen auswirken, um den Industriestandort Deutschland zu erhalten, werde sich noch zeigen.

Energiepreise Schlüssel für Kreislaufwirtschaft

Wettbewerbsfähige Energiepreise seien jedoch ein Schlüssel für mehr Kreislaufwirtschaft, ist der bvse-Fachverbandsvorsitzen-

der überzeugt. Unsicher blicken die Anlagenbetreiber in das Jahr 2023. Infolge der Inflation wird allgemein von einer Konsumzurückhaltung und damit nicht von einem Anstieg der Sammlungsmengen für Altgeräte ausgegangen. In der Branche wird außerdem kritisiert, dass nach wie vor kein aktiver Vollzug des ElektroG zu erkennen ist, so dass weiterhin zahlreiche Altgeräte an den offiziellen Behandlungsanlagen vorbeilaufen werden. Probleme bereitet den bvse-Mitgliedsunternehmen zunehmend auch der Arbeitskräftemangel. Zusätzlich verteuern weitere Anforderungen an die Behandlung die Prozesse, und die Gefahr von Bränden durch Lithium-Akkus wirken mittlerweile existenzgefährdend. „Die Schließung einzelner Standorte und damit eine fortschreitende Konsolidierung des Marktes wird wahrscheinlicher denn je“, befürchtet Jehle.

Digitale Nachweis- und Kontrollverfahren

„Die zirkuläre Wirtschaft von morgen wird digital sein. Nur bestmögliche Transparenz hinsichtlich Materialzusammensetzung und Produktbeschaffenheit sichern die Akzeptanz entlang der Wertschöpfungskette. Im Binnenmarkt brauchen wir diese Regeln zum Produktpass auf europäischer Ebene; Deutschland kann und sollte hier Vorreiter sein“, lautet eine weitere Kernbotschaft. Die Großbaustelle „Digitale Verwaltung“ müsse schneller angegangen und Nachweis- und Kontrollverfahren sowie die Zugänge für Unternehmen zur Verwaltung digitalisiert werden.

Sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie

„Kreislaufwirtschaft ist ein immer wichtigerer Teil des Industriestandortes Deutschland. Wenn dieser an Attraktivität verliert, hat das Auswirkungen auch auf unsere Branche. Eine sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie – auch mittel- und langfristig – ist für die Industrie existentiell. Wenn sie nicht gewährleistet ist und die produzierende Industrie ihre Nachfrage reduzieren muss, wird auch eine qualitativ aufwendige Sammlung und Aufbereitung ihre wirtschaftliche Basis verlieren“, unterstreicht der Verband. Die aktuellen Verwerfungen im Marktgeschehen erzwingen kurzfristige Ausweichstrategien, die allerdings den grundsätzlichen Kurs in Richtung Circularität nicht in Frage stellen dürfen. „Wer bessere Kreislaufwirtschaft in Deutschland will, muss den Industriestandort stabilisieren.“

Grundsätzlich anderer Ressourcenumschlag

Damit die Kreislaufwirtschaftsstrategie zu neuer Dynamik, sowie besserer Verzahnung und Kreislaufführung führen kann, sollte sie ambitionierte, praxistaugliche neue Ziele formulieren. Genauso wichtig sei eine Analyse und Auseinandersetzung mit den Schwächen des Kreislaufwirtschaftsstandortes Deutschland. „Nur mit einem grundsätzlich anderen Ressourcenumschlag, d.h. mehr und besserer Kreislaufwirtschaft, haben wir eine Chance, ambitionierte Klimaziele zu erreichen.“

Industriestandort stabilisieren

Angesichts der CO₂-Mindestquoten in der Produktion, im Gebäudebereich und in der Wasserwirtschaft ist eine ambitionierte Kreislaufwirtschaftsstrategie auch in Deutschland alternativlos. Wer bessere Kreislaufwirtschaft in Deutschland will, muss den Industriestandort stabilisieren“, heißt es abschließend. **DK**

de überzeugt. Unsicher blicken die Anlagenbetreiber in das Jahr 2023. Infolge der Inflation wird allgemein von einer Konsumzurückhaltung und damit nicht von einem Anstieg der Sammlungsmengen für Altgeräte ausgegangen. In der Branche wird außerdem kritisiert, dass nach wie vor kein aktiver Vollzug des ElektroG zu erkennen ist, so dass weiterhin zahlreiche Altgeräte an den offiziellen Behandlungsanlagen vorbeilaufen werden. Probleme bereitet den bvse-Mitgliedsunternehmen zunehmend auch der Arbeitskräftemangel. Zusätzlich verteuern weitere Anforderungen an die Behandlung die Prozesse, und die Gefahr von Bränden durch Lithium-Akkus wirken mittlerweile existenzgefährdend. „Die Schließung einzelner Standorte und damit eine fortschreitende Konsolidierung des Marktes wird wahrscheinlicher denn je“, befürchtet Jehle.

Rückgängiges Altholzaufkommen

Hinter den Erwartungen zurück blieb auch das Altholzaufkommen. „Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres fehlte es an ausreichend verfügbaren Mengen zur Aufbereitung“, informierte bvse-Alt Holz-Experte Andreas Habel. Für den Mengeneinbruch nannte Habel verschiedene Gründe. So verlief die Baukonjunktur insgesamt rückläufig, so dass die Mengen aus diesem Bereich um 20 bis 40 Prozent gesunken sind.

Altholz wegen Energiekrise vermehrt Brennstoff

Darüber hinaus bewegten sich nach dem letzten Corona-Lockdown die kommunalen Sperrmüllmengen und die Mengen aus dem Gewerbe insgesamt auf schwachem Niveau. Auch die zunehmenden Probleme in den Lieferketten führten zu weniger Warenumschlag und damit zu weniger Palettenholz. Insgesamt führte die Energiekrise dazu, dass wieder mehr Altholz als Brennstoff genutzt wurde. Der Verteilungskampf zwischen stofflich oder energetisch nutzbaren Sortimenten erfolgte über den Preis. Hohe Stromerlöse ermöglichten es Kraftwerken, auch hohe Preise für Altholz zu zahlen. Habel: „Um an Brennmaterial zu kommen, wurden hohe Störstoffanteile bis zur Schmerzgrenze akzeptiert.“ Unter den vorherrschenden Bedingungen hatte es die stoffliche Verwertung schwer, konkurrenzfähig gegenüber der energetischen Verwertung zu sein. Zumal die hohen Energiepreise, insbesondere der Anstieg beim Strompreis, die Produktionskosten für qualitätsgesicherte Hackschnitzel in die Höhe trieb. Von Unsicherheiten geprägt sind die Aussichten für das Jahr 2023. Vieles hängt Habel zufolge von der Entwicklung des Strompreises ab. Bei sinkenden Erlösen in der Energiebereitstellung und gleichzeitig sinkenden Kosten in der Aufbereitung wird auch der Preis für Holz zurückgehen müssen. Die Mengenentwicklung abzuschätzen ist indes noch schwieriger. In Folge der Inflation ist eher nicht mit steigenden Sperrmüllmengen zu rechnen und auch steigende Bauzinsen lassen nicht erwarten, dass es zu einer Zunahme der Bautätigkeit kommt. „Im Kampf um die Inputmengen ist es für Aufbereitungsunternehmen umso wichtiger, dass gesetzliche Vorgaben, wie das Vorbehandlungsgebot der Gewerbeabfallverordnung, durch die Länder auch tatsächlich durchgesetzt werden. Wenn sich nicht auf die gesetzlichen Vorgaben verlassen werden kann, fehlt die Planungssicherheit, die letztlich zu Anlagenstillständen führen wird“, warnte der bvse-Altholz-Experte. **DK**



Werden Sie Flussbefreier:in!

Wollen Sie eine unnütze Barriere entfernen, damit Ihr Bach oder Fluss wieder frei fließen kann?

Dann bewerben Sie sich bis 31. Mai, um bis zu 30.000 Euro zu erhalten!

www.de/werden-sie-flussbefreier

Bayerische Immissionsschutztag in Augsburg:

Klimaschutz und Versorgungssicherheit

Zum 13. Mal in Folge veranstaltete das Kumas Umwelt Netzwerk die Bayerischen Immissionsschutztag in Augsburg. Dabei standen aktuelle Entwicklungen im Immissionsschutz, Genehmigungsmanagement, Luftreinhaltung sowie Anforderungen an Klimaschutzprojekte auf der Agenda.

Mit der Novelle des Bayerischen Klimaschutzgesetzes sollen die Grundlagen für ein klimaneutrales Bayern im Jahr 2040 gelegt werden. Der Klimaschutz mit seinem umfassenden und alternativlosen Ansatz, die Entkopplung von fossilen Energieträgern voranzutreiben, hat durch die Ereignisse in der Ukraine inzwischen höchste Industrie- und sicherheitspolitische Relevanz erlangt.

Die bayerische Staatsverwaltung will hierbei eine Vorbild- und Vorreiterrolle übernehmen und Treibhausgasemissionen, die nicht vermieden werden können, durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen frühzeitig kompensieren. Aber auch die kommunalen Träger sollen in gleicher Weise gefordert und gefördert werden, um diese Rolle ebenfalls ausfüllen zu können.

Auf Basis des Beitrags „Das Bayerische Klimaschutzgesetz – auf dem Weg zum klimaneutralen Bayern 2040“ von Robert Winkler, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, wurde darüber diskutiert, wie die ehrgeizigen Ziele

der Bayerischen Staatsregierung zu erreichen sind.

Moore: Erhalt und Wiedervernässung

Einigkeit bestand darin, dass dem Ausbau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, d.h. Windkraft und Photovoltaik, auch in Bayern in Zukunft eine wichtige Rolle zukommen wird. Ein Klimaschutzprogramm mit den fünf Aktionsfeldern „Erneuerbare Energien und Stromversorgung“, „CO₂-Speicherung“, „Klimabauen“ und „Klimaarchitektur“, „Nachhaltige Mobilität“, „CleanTech“, „Klimaforschung und Green IT“ soll hier flankierend wirken und einen Beitrag dazu leisten, die Ziele zu erreichen. Im Bereich der natürlichen CO₂-Speicherung will man vor allem auf den Erhalt und auf die Wiedervernässung von Mooren setzen. In weiteren Beiträgen ging es um die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren durch den Vorrang Erneuerbarer-Energien-Projekten auf Basis des „übertragenden öffentlichen Interesses“. Hier zeichnen

sich heute schon Konfliktpotenziale insbesondere bei Beachtung des Arten- und Naturschutzes ab. Die Lösung dieser Konflikte wird nur im Verständnis einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und unter Anwendung aller zur Verfügung stehender Beteiligungsinstrumente zu leisten sein, lautete der Tenor. Anlagenbetreiber und Planer sind gefordert, Anlieger solcher Anlagen frühzeitig einzubeziehen, um die Akzeptanz entscheidend zu fördern. Wenn es nicht gelingt, den Hochlauf von Wind- und Solaranlagen extrem zu beschleunigen, werden die Klimaziele nur schwer zu erreichen sein.

Die Umsetzung des europäischen Green Deals wird weitreichende Auswirkungen auf vielerlei Bereiche der Umweltgesetzgebung haben. Die Novelle der Industrieemissionsrichtlinie legt hierfür die Spur, um die ambitionierten Ziele der EU-Initiative zu erreichen. Betroffen sein werden vor allem das Ziel der Klimaneutralität 2045, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz (Zero Waste- und Zero Pollution Ambition) und vieles mehr. Hierzu soll die Industrieemissionsrichtlinie in einen zukunftsbezogenen Rechtsrahmen umgeformt werden, der geeignet ist, die große Transformation zu begleiten. Auch wenn die Industrieemissionsrichtlinie

noch nicht in ihrer endgültigen Fassung vorliegt, zeichnet sich schon heute ab, dass die Wirkung auf den Industrieanlagenbetrieb umfassend und fordernd sein wird. Mit der Umsetzung in nationales Recht ist allerdings nicht vor 2027 zu rechnen.

Neufassung TA Luft

Nach mehrjähriger Beratung trat am 1.12.2021 die Neufassung der TA Luft in Kraft. Als Verwaltungsvorschrift zum Bundesimmissionsschutzgesetz beschreibt sie den aktuell anzuwendenden Stand der Technik in der Luftreinhaltung. Wie Dr. Anita Wolf vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz berichtete, folge auf die lange Aktualisierungs- und Überarbeitungsphase der Norm nun ihre ebenso herausfordernde Umsetzung im Vollzug. Dabei sei eine Vielzahl von Sanierungsfristen mit diversen Übergangs- und Sonderregelungen zu beachten – in Teilen sei die TA Luft sogar rückwirkend anzuwenden. Für Bayern bedeute dies, dass in den kommenden Jahren die Bescheide für mehr als 10.000 genehmigungsbedürftige Anlagen zu überprüfen und erforderlichenfalls anzupassen sind.

Wolf zufolge zeigt sich fast ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten jedoch auch, dass die novellierte Fassung der TA Luft zahlreiche Anwendungsfragen aufwirft, die im Sinne eines bundeseinheitlichen Vollzugs vorzugsweise national abgestimmt zu beantworten sind. Um dem Anspruch weitestgehender Einheitlichkeit gerecht zu werden, erarbeite der Ausschuss für anlagenbezogenen Immissionsschutz und Störfallvorsorge (AISV) im Auftrag der Bund/Länder-Arbeits-

gemeinschaft Immissionsschutz (LAI) themenfeldbezogene Auslegungshinweise. Große Bedeutung komme dabei gerade auch den Tierhaltungsanlagen zu. Bayern bringe sich sektorübergreifend intensiv und konstruktiv in diese Beratungen ein und wirke in den genannten Gremien engagiert mit.

Siedlungsdruck

Der anhaltende Siedlungsdruck bringt weitere Anforderungen an den Ausgleich zwischen Wohn- und Industriegebieten. Auf der einen Seite besteht der Schutz für bestehende Anlagen, auf der anderen Seite ergeben sich neue Anforderungen an die räumlich heranrückenden Nutzungen. Der Schutz vor Lärmwirkungen oder auch vor luftgetragenen Immissionen muss dennoch gewährleistet werden und stellt sowohl planende Gemeinden, Gutachter und Betreiber vor neue Herausforderungen und Konflikte in der Beurteilung, wie Eduard Wensauer Müller, BBM Industry Solutions GmbH, Planneg, erläuterte.

Nahwärmeverorgung und Abwärmenutzung

Projekte zur Nahwärmeverorgung bzw. Abwärmenutzung im Quartier stellte schließlich Felix Schwahn, GP JOULE Think GmbH & Co. KG, Buttenwiesen, vor. Nach seinen Worten verbindet GP JOULE bei Nahwärmenetzen Wirtschaftlichkeit mit Nachhaltigkeit und begleitet Wärme-Vorhaben, abgestimmt auf die individuellen Bedürfnisse und Marktgegebenheiten vor Ort.

Das erste Nahwärmenetz, das GP JOULE auf den Weg brachte, befindet sich im heimischen But-

tenwiesen (Landkreis Dillingen). 2013 wurde zusammen mit der Gemeinde die Betreibergesellschaft Renegierwerke Buttenwiesen gegründet und das Versorgungsnetz anschließend in Betrieb genommen. Damit nimmt die Gemeinde die Wärmeversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger selbst in die Hand.

Darüber hinaus entwickelt GP JOULE derzeit in Zöschingen (Landkreis Dillingen) ein Nahwärmenetz, über das künftig alle Haushalte der 740-Einwohner-Gemeinde mit Wärme aus regenerativer Energie versorgt werden können. Die Energie für die Wärmeversorgung in Zöschingen wird fast vollständig von einer im Süden der Gemeinde geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage bereitgestellt, die rund 2.700 MWh Strom pro Jahr erzeugt. Eine große Wärmepumpe wandelt diesen Strom in Wärme um. Damit können 97 Prozent der benötigten Energie gewonnen werden.

Im Juli 2022 war Spatenstich für das Nahwärmenetz in Adelshausen (Landkreis Aichach-Friedberg). Nicht nur bei dem nun entstehenden Neubauegebiet macht die Gemeinde Nägele mit Köpfen. Gleich im ersten Bauabschnitt werden mehrere ihrer Gebäude angesprochen: die Kindertagesstätte „Haus der Kinder“, die Grundschule mit Turnhalle, das Rathaus, die Feuerwehr und der geplante Kindergarten. Das Wärmekonzept für Adelshausen basiert auf verschiedenen Einheiten: Die Hackschnitzelanlage bildet den Anfang. Später können mit steigender Anzahl an angeschlossenen Verbrauchern eine Luft-Wärme-Pumpe oder eine Power-to-Heat-Anlage mit Strom aus Photovoltaik hinzukommen, betonte Schwahn. **DK**

Flussbefreier gesucht

WWF unterstützt den Rückbau von drei nicht mehr genutzten Querbauwerken, z.B. Wehren, in deutschen Flüssen und Bächen mit jeweils bis zu 30.000 Euro

Ein Beitrag von Dr. Ruben van Treeck, WWF

Lange Zeit blockierte ein ungenutztes Wiesenwässerwehr den Weg der Fische an der Baunach bei Bamberg (vgl. GZ 23/2021). Durch die finanzielle Unterstützung des WWF Deutschland konnte es im Herbst 2021 von Mitarbeitern des Wasserwirtschaftsamt Kronach entfernt werden. Seither fließt die Baunach hier wieder frei, zur Freude auch von Tobias Roppelt, dem Bürgermeister der Stadt Baunach. Der Fluss sei wichtig für den Ort, so Roppelt, er sei sogar im Wappen der Stadt verewigt. Für viele Menschen und Kommunen sind Flüsse und Bäche ein prägender und identitätsstiftender Teil ihrer Umwelt. Sie zieren nicht nur Wappen, sondern sind oftmals auch Namensgeber der Orte, die sie durchfließen, dienen der Erholung der Bevölkerung und bieten vielfältige Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt.

Auch dieses Jahr unterstützt der WWF Deutschland den Rückbau von Barrieren im Fluss. Mit Mitteln der Deutschen Postcode Lotterie können im Rahmen des Projekts „Lebendige Flüsse“ drei nicht mehr benötigte Querbauwerke entfernt werden. Für jeden Rückbau stehen bis zu 30.000 Euro als Unterstützung zur Verfügung. Die Gelder werden im Rahmen eines Wettbewerbs vergeben. Die Einreichfrist ist der 31. Mai 2023. Die Bewerbungen werden von einer fünfköpfigen Jury nach objektiven Kriterien geprüft. Die drei Gewinner-Projekte werden ab Anfang August bekannt gegeben. Die Rückbauten sollten bis zum Ende des ersten Quartals 2024 abgeschlossen sein. Mitmachen können alle Kommunen, Gewässer-

verantwortliche oder Wehrbesitzer, die sich entschließen dem jeweiligen Bach oder Fluss wieder ein Stück Freiheit zurückzugeben und für den Rückbau der Barriere eine finanzielle Unterstützung wünschen.

Viele Blockaden inzwischen ungenutzt

Mitmachen lohnt sich, denn unseren Flüssen geht es nicht gut. Im Gegenteil. Sie sind krank. Sie sind eingedeicht, kanalisiert, aufgestaut und ausgeleitet – und können so ihre ökologischen Funktionen nicht mehr erfüllen. Das zeigt auch der letzte Bericht des Umweltbundesamtes zum Zustand der deutschen Gewässer. Nur 9 Prozent erreichen den von der EU in der Was-

serrahmenrichtlinie geforderten „guten Zustand“, bzw. das „gute ökologische Potenzial“. Gründe für die Verfehlung der Ziele gibt es viele. Ein besonders wichtiger ist jedoch die fehlende ökologische Durchgängigkeit. Unsere Flüsse und Bäche werden von hunderten Barrieren zerschnitten, die den Transport von Nährstoffen und von „Flussbaumaterial“ verhindern und lebenswichtige Wanderbewegungen vieler Organismen unterbrechen. Die Barrieren erfüllen und erfüllen vielfältige Aufgaben: Hochwasserschutz, Schiffbarmachung, Be- und Entwässerung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Stabilisierung der Gewässersohle, Wasserkraftnutzung usw. Doch mittlerweile sind viele dieser Blockaden Jahrzehnte alt und werden längst nicht mehr genutzt. Ihr negativer ökologischer Einfluss besteht jedoch weiterhin.

Langsam findet ein Umdenken statt. Immer mehr Gewässerverantwortliche möchten mehr Leben in „ihr“ Gewässer zurückbringen. Werden Wanderbarrieren entfernt, können Fische ihre Laichgründe wieder erreichen und ihre winzig kleinen Nachkommen in den Flachwasserzonen der strukturreichen Gewässer wachsen und gedeihen. Terrestrische und semi-terrestrische Säugetiere finden in intakten Flüssen genug Nahrung. Und die Menschen macht ein gesunder, frei-fließender Fluss glücklich, hält das Wasser in der Landschaft, kühlt im Sommer, schützt vor Hochwasser, reinigt sich sogar selbst und ist unverzichtbarer Teil einer lebensspendenden Umwelt. Der hohe ökologische, kulturelle, ästhetische und ökonomische Wert eines frei-fließenden Flusses ist ein wertvolles Gut, welches es zu schützen gilt. Und es ist ein Zustand, auf den hingearbeitet werden sollte.

Weitere Informationen

<https://www.wwf.de/wer-den-sie-flussbefreier>



Wehrrückbau am Leucherhofwehr im Jahr 2021.

Bild: Olaf Obsommer



**Kommunalforum
Alpenraum**

Die Gemeinden im Klimawandel.

15. März 2023, Lindner-Innovationszentrum Kundl

Anmeldung unter:
www.kommunalforum-alpenraum.eu



Klosterdorf Speinshart:

Wissenschaftsstandort im Blick

Eine Kommune im Stimmungshoch: Das Klosterdorf Speinshart verkörpert den Endausbau des Glasfasernetzes. Mit dem 4. Förderverfahren will die oberpfälzische Gemeinde im Landkreis Neustadt an der Waldnaab die technisch bestmöglichen Voraussetzungen zur Breitbandversorgung schaffen. Für Bürgermeister Albert Nickl ist dies ein weiterer Pluspunkt im Bemühen, ein Bayerisches Begegnungs- und Wissenschaftszentrum für Künstliche Intelligenz (KI) im und rund um das Kloster zu etablieren.

Im Rahmen der Bayerischen Gigabitrichtlinie erhält die Gemeinde für den Glasfaserausbau knapp 1,3 Millionen Euro bei einem Fördersatz von 90 Prozent. Bayernweit übernimmt Speinshart laut Erstem Bürgermeister Albert Nickl damit auf dem flachen Land eine Vorreiterrolle: „Wir sind eine der ersten Kommunen im Freistaat, die mit dem Förderinstrument eine hundertprozentige Glasfasererschließung für jeden Haushalt erreicht.“ Dies sei weder eine Pflichtaufgabe Bayerns noch der Gemeinde. Insgesamt wird Speinshart bei einem staatlichen Zuschuss von 2,6 Mio. Euro bis zum Abschluss der Arbeiten 3,4 Mio. Euro in das schnelle Internet investiert haben. Der gemeindliche Eigenanteil beträgt etwa 400.000 Euro. Die gleiche Summe übernimmt

die Deutsche Telekom als Vertragspartner.

Bandbreite so wichtig wie Gas, Wasser und Strom

Ab Mitte 2026 können rund 450 Haushalte Anschlüsse mit einem Tempo von bis zu 1 Gbit/s (Gigabit pro Sekunde) nutzen. Die Telekom wird rund 88 Kilometer Glasfaser verlegen und neun Verteiler aufstellen. Das neue Netz ist so leistungsstark, dass zu Hause Arbeiten und Lernen, Video-Konferenzen, Surfen und Streamen gleichzeitig möglich sind.

„Die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an ihren Internet-Anschluss steigen ständig. Bandbreite ist heute so wichtig wie Gas, Wasser und Strom“, unterstrich Nickl. „Wir haben mit der Telekom einen starken Part-

ner an unserer Seite. So sichert sich unsere Gemeinde einen digitalen Standortvorteil und wird als Wohn- und Arbeitsplatz noch attraktiver.“

Symbiose von Tradition und Fortschritt

Seinen Beitrag dazu wird auch das geplante Bayerische Wissenschaftszentrum für Künstliche Intelligenz leisten. Unter dem Motto „Heimat und Hightech verbinden“ sollen sich führende Wissenschaftler aus aller Welt künftig über wichtige Zukunftsfragen austauschen. 300.000 Euro stellt der Freistaat für das KI-Konzept zur Verfügung, insgesamt 3,5 Milliarden Euro gibt Bayern laut Wissenschaftsminister Markus Blume in seiner „Hightech-Agenda“ für die Forschung an Zukunftstechnologien aus.

Tradition und Fortschritt gingen hier eine fruchtbare Symbiose ein, betonte der Minister bei einem Ortstermin. Er lobte Bayreuths Uni-Präsident Stefan Leibler für dessen Idee einer „Hightech-Abtei“. Das Kloster lade zum Nachdenken und Vordenken ein und sei ein Ort mit spiritueller Kraft. Blume zeigte sich optimistisch, dass der Freistaat das Projekt kräftig unterstützen werde, forderte aber auch eine großzügige Beteiligung des Bundes.

„Das Zentrum soll Teil der neuen Geschichte von Speinshart werden“, erklärte Rathauschef Nickl. Das Kloster sei das Herz der Gemeinde. Zwar werde es bereits jetzt als Begegnungsstätte genutzt, doch soll es mit den neuen Plänen deutlich belebt werden. Wie der Vorsitzende des klösterlichen Fördervereins, MdL Tobias Reiß ausführte, seien hierfür bauliche Investitionen unabdingbar. Geplant sei, am Kloster

50 bis 100, statt bislang nur 25 Übernachtungsmöglichkeiten zu schaffen. Erforderlich seien auch größere Tagungsräume. Für zwölf Millionen Euro sollen zunächst ein Hörsaal und Übernachtungsräume entstehen.

Für die Kosten sollen die Ge-

meinde Speinshart, der Landkreis Neustadt/Waldnaab und der Förderverein des Klosters aufkommen. Von Staat und Bund erhofft man sich eine hälftige Beteiligung an den veranschlagten zwölf Millionen Euro. „Die Finanzierung steht, wenn der Bund sich betei-

ligt“, erläuterte Reiß. Geplant sei mit dem Bau des Wissenschaftszentrums Anfang 2024 zu beginnen, bereits im Frühsommer dieses Jahres soll das Wissenschaftskonzept fertiggestellt sein. Damit werde man in die Haushaltsverhandlungen gehen. **DK**

GZ

ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die große Kreisstadt Donauwörth (Landkreis Donau-Ries im Regierungsbezirk Schwaben) mit 20.000 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Amtsantritt war der 1.5.2020 und ich bin hauptamtlicher Oberbürgermeister.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. übten Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meiner Zeit als Oberbürgermeister war ich bei der Sparkasse Donauwörth stellvertretendes Vorstandsmitglied und als Bereichsleiter verantwortlich für das Firmenkundengeschäft.



© Gregor Wiebe

Jürgen Sorré

Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Donauwörth

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Donauwörth ist meine Heimatstadt, in der ich seit meiner Geburt lebe und die mir sehr am Herzen liegt. Die Zukunft der Stadt zu gestalten und die offenen Themen anzugehen übte einen enormen Reiz aus und tut es noch immer. Zudem kann man in der Kommunalpolitik am direktesten wirken und ist sehr nahe dran an den Menschen, für deren Stadt man die Entscheidungen trifft.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine tiefe Verwurzelung in meiner Heimatstadt und als interessierter Bürger war ich immer schon vertraut mit den Themen unserer Stadt, in die ich mich tief eingearbeitet habe. Aber auch das gute Netzwerk aus meiner früheren beruflichen Tätigkeit war eine wertvolle Starthilfe.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die größte Herausforderung war der Amtsantritt während des ersten Lockdowns und auch die anschließenden zwei Jahre mit mal mehr, mal weniger stark ausgeprägten coronabedingten Einschränkungen und Auflagen. Es war kaum möglich, mein Ziel, ein bürgernaher Oberbürgermeister zu sein, zu verfolgen, da es so gut wie keine Möglichkeiten für öffentliche Auftritte gab.

Aber auch die internen Abläufe waren durch die Kontaktbeschränkungen stark belastet, was für den Start ins Amt nicht optimal war. Dennoch galt es keine Zeit zu verlieren und trotz der mit der Pandemie verbundenen allgemeinen Unsicherheit an den zahlreichen Projekten zu arbeiten und diese auf den Weg zu bringen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Das Themenspektrum ist natürlich enorm. Bezüglich der Stadtentwicklung erarbeiten wir derzeit ein ISEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept), auf dessen Grundlage wir unseren Flächenutzungsplan neuaufstellen werden. Darüber hinaus entwickeln wir derzeit auf dem Areal einer ehemaligen Bundeswehrkaserne auf einer Fläche von 30 ha ein neues Baugebiet, eigentlich fast einen neuen Stadtteil, da dort später mal bis zu 2.000 Menschen ihre Heimat finden werden. Nach vielen Jahren des Rückbaus und langwierigen Bauleitplanungen konnten wir nun mit der Neu-Erschließung beginnen und haben die Grundstücksvergabe für die ersten Bauabschnitte gestartet. Daneben stecken wir mitten in den Planungen für den Bau eines neuen Kindergartens und eines Pflegeheims, um nur zwei Beispiele von großvolumigen Bauprojekten der kommenden Jahre zu nennen.

Als Stadt an den Flüssen spielt auch der Hochwasserschutz stets eine wichtige Rolle.

Die Liste ließe sich noch beliebig erweitern und reicht weit über die erste Amtszeit hinaus. 😊

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Natürlich nehmen die Megathemen der heutigen Zeit immer mehr Raum ein: Digitalisierung, Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende oder auch Belegung der Innenstadt. Hier müssen wir sehr stark konzeptionell arbeiten, um schnellstmöglich in konkrete Umsetzungsmaßnahmen zu kommen. Das Ringen um die besten Ideen bzw. die richtige Lösung nimmt viel Zeit in Anspruch, ist aber auch eine spannende Herausforderung,

um die zukünftige Entwicklung unserer Stadt zu gestalten.

Überschattet wird jedoch alles durch den Krieg in der Ukraine, dessen Auswirkungen wir bis in unsere Region spüren. Hier ist natürlich zuallererst das unendliche Leid zu nennen, das der Krieg mit sich bringt und das viele geflüchtete Schutzsuchende aus der Ukraine auch in unsere Stadt bringt. Es gilt, diese Menschen, genauso wie die Geflüchteten aus den weiteren Regionen auf der Welt, menschenswert unterzubringen und in unsere Gesellschaft zu integrieren. Das entwickelt sich zu einer immensen Herausforderung, wie auch die Bewältigung der weiteren Kriegsfolgen wie steigende Inflation oder explodierende Energiepreise.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Da ich mich ja selbst erst in meiner ersten Amtszeit befinde, würde ich mich selbst auch noch als „jungen Kollegen“ bezeichnen. Dennoch kann ich raten, dem eigenen Weg treu zu bleiben, auch wenn es mal Gegenwind geben sollte. Als Oberbürgermeister ist man auch gewählt, um Entscheidungen zu treffen. Dass man es dabei nie allen Recht machen kann, liegt in der Natur der Sache. Trotzdem sollte man versuchen im Vorfeld möglichst viele Meinungen einzuholen, um sich ein Bild machen und eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Neben den klassischen Bürgerbeteiligungsformaten (Workshops, Befragungen, Mitmachausstellungen etc.) wie wir sie beispielsweise beim ISEK oder auch bei der Kasernen-Konversion praktiziert haben, halte ich ganz viel von Kommunikation. Das Ohr nah am Bürger zu haben ist ganz wichtig, denn nur dann erfährt man, was die Menschen in der Stadt bewegt. Daher versuche ich beispielsweise bei möglichst vielen Vereinsversammlungen oder Bürgerfesten dabei zu sein, aber auch regelmäßige Bürgerversammlungen abzuhalten.

In der Verwaltung binde ich meine Führungskräfte über regelmäßige Besprechungen in die Entscheidungsprozesse mit ein, in dem wir über Lösungswege diskutieren. Die Erfahrung zeigt, durch das „darüber reden und diskutieren“ kommt man auf die besten Ideen.

Darüber hinaus halte ich mir einmal im Monat einen Nachmittag frei, an dem ich eine Mitarbeitersprechstunde abhalte. Hier haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter losgelöst vom Tagesgeschäft die Gelegenheit in vertraulicher Atmosphäre mit mir ihre Probleme oder aber auch Ideen zu besprechen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Meiner Meinung nach einen sehr großen. Zum einen dürften die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erwarten, dass eine moderne Stadtverwaltung über digitale Wege erreichbar ist und darüber möglichst viele Prozesse unabhängig von Öffnungszeiten und persönlicher Anwesenheit abgewickelt werden können. Zum anderen eröffnet die Digitalisierung von Verwaltungsinterne Abläufen bis hin zur digitalen Aktenführung meiner Meinung nach enorme Möglichkeiten für Effizienzgewinne, die wir in Zeiten mangelnder Personalverfügbarkeiten dringend brauchen. Stetig steigende Aufgaben können nicht nur durch immer weiter steigende Mitarbeiterzahlen kompensiert werden, sondern vor allem durch schlanke und gut strukturierte Prozesse. Hierfür liegt für mich ein Schlüssel zum Erfolg in der Digitalisierung. Zudem müssen wir Kommunen uns als moderne Arbeitgeber präsentieren, um am Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man etwas Schönes bauen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als bürgernaher Oberbürgermeister mit Managementqualitäten, unter dessen Amtszeit die Stadtverwaltung modernisiert und digitalisiert wurde und der die zahlreichen Großprojekte durch ein gutes Projektmanagement plangemäß abgewickelt hat, ohne dabei jemals die Menschlichkeit zu verlieren. **DK**



V.l.: Tobias Reiß, MdL, Provisor Pater Andreas Hamberger, Markus Blume, MdL, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Albert Nickl, Erster Bürgermeister Speinshart Bild: Büro Tobias Reiß, MdL

„Zurück zu finanzpolitischer Solidität“

Füracker bei Neujahrsempfang der Fürtherer CSU

„Wir leben nicht im Schlaraffenland“, aber im weltweiten Vergleich gebe es keine fünf Länder, „wo es dem Durchschnitt der Bevölkerung besser geht, als in Deutschland“, so Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat. Als Gastredner beim Neujahrsempfang der Fürtherer CSU forderte er die Bundesregierung dazu auf, zu einer ordentlichen Finanzpolitik zurückzukehren. Nach Hunderten Milliarden neuer Schulden, teilweise als „Sondervermögen“ deklariert, brauche es jetzt wieder mehr finanzpolitische Solidität.

„Auch das kommunalfreundliche Bayern“ habe zuletzt zehn Milliarden aufnehmen müssen, vier davon seien für die Kommunen bestimmt gewesen, „um sie durch die Krisen zu führen“. Für 2023 habe er aber einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen können, „wenn gleich 9,8 Milliarden Euro bayerische Steuergelder über den Länder-Finanzausgleich an andere Länder gehen“. Viel investiert werde in zusätzliche Lehrerstellen, in die berufliche Bildung („Master und Meister müssen gleich viel wert sein“) und allgemein in die Infrastruktur.

Bayern investiert ohne neue Schulden

„Auch wenn alle elektrisch fahren, wengleich die Abschaffung der Verbrennermotoren die Probleme nicht löst, brauchen wir

Straßen“, meinte der Bayerische Finanzminister. Investiert werde auch in die Polizei, damit Bayern wie schon seit vielen Jahren dank Innenminister Joachim Herrmann das sicherste Land bleibe.

CSU-Kreisvorsitzender Thomas Winning stimmte die Gäste auf die Herausforderungen des Neujahrsempfangs ein. Wichtiges Anliegen war das Thema „Mobilität: Ziel müsse sein, nicht die Aufteilung der Straßen zu propagieren, sondern Alternativen ohne ideologischen Zwang zu entwickeln.“

Zahlreiche Repräsentanten des Öffentlichen Lebens waren gekommen. Mit dabei unter anderem Bundestagsabgeordneter Tobias Winkler und kommunale „Spitzen“ wie der Fürtherer Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung und Landrat Matthias Dießl, Landkreis Fürth. **pmw**



V.l.: Staatsminister Albert Füracker, Petra Guttenberger, MdL, CSU-Kreisvorsitzender Thomas Winning, Bezirksrat Michael Maderer, Tobias Winkler, MdB, und Stadtratsfraktionsvorsitzenden Maximilian Ammon. Bild: Nadine Kämmerer

Bezirk Mittelfranken:

Bürgerfreundlicher Online-Service

Anträge des Sozialreferats digital stellen

Fortschrittlich und kundenorientiert ist der neue Online-Service des Bezirks Mittelfranken. Bürgerinnen und Bürger können Anträge des Sozialreferats jetzt ganz bequem per Smartphone, Tablet oder durch Maus-klick am Computer von zu Hause aus oder von unterwegs stellen.

Zu finden sind die Online-Anträge auf der Internetseite des Bezirks Mittelfranken unter www.bezirk-mittelfranken.de/antragscenter.

Erweiterungen geplant

Das digitale Angebot wird um weitere Anträge, beispielsweise Förderanträge aus dem Bereich Kultur, erweitert.

Für die Online-Anträge werden unterschiedliche Anmeldevarianten zur Verfügung gestellt: Durch Identifizierung über das Bayern-Portal, beispielsweise mit dem neuen Personalausweis, können die Anträge online ausgefüllt und abgesendet werden. Eine weitere Möglichkeit ist, die Formulare online auszufüllen, auszudrucken und unterschrieben per Post an die Bezirksverwaltung zu schicken. Dabei ist keine Identifizierung notwendig. Als dritte Variante steht auch weiterhin die klassische Druckversion zur Verfügung, den Antrag handschriftlich auszufüllen. **DK**

Abgeschaltete Kernkraftwerke:

Landkreise gründen Initiative zur Förderung des Konversionsprozesses

Dreizehn Landkreise in Deutschland, in denen sich bereits abgeschaltete oder noch laufende Kernkraftwerke befinden, darunter die bayerischen Kreise Schweinfurt, Landshut und Günzburg, haben sich zu einer gemeinsamen Initiative zusammengeschlossen. Sie wollen erreichen, dass der Konversionsprozess nach dem Atomausstieg nachhaltig gefördert wird.

Ziel ist, dass Bund und Länder den anstehenden Strukturwandel in den 13 Landkreisen analog zu den Kohlerevieren angemessen unterstützen. Schließlich hätten die Landkreise jahrzehntlang wesentlich zur Energieversorgung in Deutschland beigetragen, heißt es in einer Mitteilung.



Landrat Florian Töpfer.

Bild: Landratsamt Schweinfurt

Nach den Worten von Florian Töpfer, Landrat des Landkreises Schweinfurt, in dem das abgeschaltete Kernkraftwerk Grafen-

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNISCHE FRAGEN

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rölle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2023
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

rheinfeld liegt, „sind der Ausstieg aus der Kernenergie und der angestrebte Strukturwandel eine Mammutaufgabe, die mit enormen Anstrengungen und Schwierigkeiten verbunden ist. Die betroffenen Gemeinden und Landkreise werden sich dieser immensen Herausforderung über einen sehr langen Zeitraum stellen müssen.“ Um diesen jahrzehntelangen Kraftakt bewerkstelligen zu können, werde die Unterstützung von Bund und Land benötigt. Im Gegensatz zu den Summen, die für den Strukturwandel in den Kohlerevieren zur Verfügung stehen, gebe es für die Landkreise und Gemeinden mit abgeschalteten Kernkraftwerken bislang noch keine vergleichbare Unterstützung.

Nach den Vorstellungen der Initiative muss die Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien als Ersatz für die Kernenergie im Rahmen der Energietransformation sichergestellt werden. Hierzu sei eine Förderung zur Ansiedlung und für die Arbeit von Betrieben aus dem nachgelagerten Bereich der Energieerzeugung notwendig. Dazu zählten unter anderem die Herstellung, Speicherung und der Vertrieb von (grünem) Wasserstoff.

Ausgleichsfonds

Darüber hinaus sei für die Schaffung von Wertschöpfung und zum Erhalt qualifizierter Arbeitsplätze ein Ausgleichsfonds einzurichten. Die Landkreise und Gemeinden abgeschalteter Kern-

Landkreis Lichtenfels:

Kritik am Umgang mit bayerischen Landratsämtern

Landrat Christian Meißner fordert, den Datenschutz im Rahmen der Digitalisierung neu zu denken

Anlässlich der Arbeitssitzung der Arbeitsgemeinschaft für Organisations- und Personalfragen bei den oberfränkischen Landratsämtern betonte der Vorsitzende des Bezirksverbands Oberfranken im Bayerischen Landkreistag, der Lichtenfelser Landrat Christian Meißner, dass die bayerischen Landratsämter nach den Herausforderungen der vergangenen Jahre mit Corona, Ukraine Krise und Flüchtlingswelle vor weiteren großen Problemen stehen. Gerade die Umsetzung der Ausweitung der Wohngeldberechtigung zum 1. Januar 2023 und die anstehende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen gestalten sich angesichts des Fachkräftemangels im öffentlichen Verwaltungsbereich sehr schwierig.

Auch die kommunalen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind hiervon betroffen. Die Notwendigkeit von Leiharbeitskräften als temporärer Ersatz für erkrankte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Kostenexplosionen im Energiesektor führen hier zu enormen



Landrat Christian Meißner.

Bild: Heidi Bauer, Landratsamt Lichtenfels

men Kostenbelastungen, welche die Einrichtungen selbst an den Rand des finanziell Machbaren bringen und somit Hilfe durch die kommunalen Träger notwendig macht. Zukünftig können auch Schließungen ganzer Einrichtun-

gen aufgrund von Personalmangel nicht ausgeschlossen werden. Somit müssen nachhaltige und zukunftsfähige Personal Konzepte entwickelt werden.

Die aktuelle Situation im Bereich Bau und die hohe Inflation belasten zudem zunehmend die öffentlichen Haushalte. „Im Zusammenhang mit den neuen und erweiterten Aufgaben, welche den Landkreisen durch den Staat übertragen werden, muss sich dieser wieder einmal an die Konnexität nach der Bayerischen Verfassung, also an die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel, erinnern lassen“, so Landrat Christian Meißner. Die anfallenden Sachausgaben werden in vielen Fällen vom Staat übernommen, die in diesem Zusammenhang steigenden Personalkosten verbleiben jedoch bei den Landkreisen als Träger der Landratsämter und müssen aus pauschalen Finanzzuweisungen oder über die Kreisumlagen gedeckt werden. „Die bayerischen Landratsämter als unterste staatliche Verwaltungsbehörden sind in vielen Rechtsbereichen nur Ausführende, welche die „Weisungen“ von Bund und Land – die teilweise häufig erst sehr kurzfris-

Nachdem die heutige GZ an Weiberfastnacht, Weiberfasching, Weiberfasnet, Schmotziger Dunschtig, Wierverfastelovend, Fettdonnerstag, Schwerdonnerstag oder wie die Bezeichnungen für den Donnerstag vor Rosenmontag auch regional immer heißen mögen erscheint, ist das Thema der Kolumne klar: Es darf wieder gefeiert werden.

Im Großen wie im Kleinen – Fasching/ Fastnacht/ Fasenacht/ Fasnet ist wieder groß im Kommen. Die traditionellen Kleinstadtbälle sind bei uns wirklich gut gelaufen und waren prächtig besucht. Die Anmeldungen der verschiedenen Umzüge und öffentlichen Darbietungen der Prinzen Garde sind positiv beschieden und wir hoffen nur noch auf entsprechend gutes Wetter.

So vielfältig wie Bayern ist, so bunt und abwechslungsreich die Bräuche, die jetzt zwei Jahre auf Eis lagen und es bleibt zu hoffen, dass all-

Bayern feiert Fasching

die Gaudiwürmer, Kinderumzüge und unerklärlichen Traditionen (wie der Chinesenfasching in Dietfurt) wieder in alter Pracht die Lebensfreude zum Ausdruck bringen, die der Fasching als Wendepunkt vom Winter zum Frühjahr eigentlich feiern soll.

Staatstragender waren da schon die Events des öffentlich-rechtlichen Bayerischen Rundfunks, die mittlerweile so fest zum politischen Kalender gehören wie der 1. Mai, der politische Aschermittwoch oder der Tag der Deutschen Einheit. Zunächst Schwaben weiß-blau, dass sich immer stärker profilieren kann mit Politminimenz in steigerungsfähigen Kostümierungen. Dann aber der absolute Höhepunkt des Politfaschings: Veitshöchheim – Fastnacht in Franken.

Der Hingucker schlechthin war natürlich wieder einmal, nach einer überlangen Anzugphase aus der Abteilung Staatsmann, der endlich wieder verkleidete Markus Söder. Als Moses an der Spitze des ausgewählten Volkes ist er wohl schon im gelobten Land angekommen, weshalb er doch locker und entspannt dasitzen kann-

GZ PINOS WELT



te und sich ausruhen von den langen Jahren der Wanderung Richtung Macht. Nicht dabei hatte er die bayerischen Gesetzestafeln, aber da muss man denke ich Verständnis haben, denn was so Jahr für Jahr im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt oder im Bayerischen Ministerialblatt landet, hätte niemals auf zwei handlichen Graphitplatten Platz gefun-

den. Keiner und keine, die 2023 oder 2024 gewählt oder wiedergewählt werden wollen, hat zu diesem Anlass gefehlt. Das Kabinett vollzählig angetreten, die Opposition wie immer im Doppelpack getreu dem Motto: Wir müssen schon zu zweit sein, um es mit einem Söder aufzunehmen. Bundesprominenz konnte nicht begrüßt werden, wohl eine Spätfolge der Tatsache, dass der bayerische Moses das mit dem Teilen des roten Meers und dem Versenken der rot-grün/gelben Kavallerie nicht ganz so hingekriegt hat, wie das literarische Vorbild.

Noch eines zeichnet diese Faschingssaison aus: Niemand ruft zu Verzicht auf. Gründe gäbe es ja genug: Der furchtbare, blutige und so grausam geführte Angriff auf die Ukraine, das deaströse Erdbeben in der Türkei und Syrien mit einer unvorstellbaren Zahl an Toten, mit kaum beschreibbarer Not und Elend. Vor ein paar Jahren noch hätte dies unweigerlich zu Forderungen geführt, die eine Veranstaltung abzusagen, bei der anderen nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass man gefälligst ein höchst schlechtes Gewissen haben müsse, angesichts der Not in der Welt. Aber Corona hat uns wohl doch gelehrt, dass es nicht unmenschlich ist, mal sorglos Mensch sein zu wollen.

Das letzte Wort soll heute der große Philosoph und Dadaist Karl Valentin haben, der die Ambivalenz aller menschlicher Existenz, alles Strebens und allen Sehns auf einen Punkt gebracht hat: „Jedes Ding hat drei Seiten. Eine positive, eine negative und eine komische“.

Ganz zum Schluss aber noch die Auflösung des Rätsels der letzten Ausgabe: Den Text hat kein ChatBot, sondern ein lebendiges Wesen geschrieben. An die sprachliche Eleganz eines alten Katers kommt das Ding doch noch nicht ran!

Ihr Pino

Landkreis Passau:

Trauer um Rathauschefs Grünberger und Venus

Innerhalb eines Monats hat der Landkreis Passau zwei amtierende Bürgermeister nach schwerer Krankheit verloren: Am 8. Januar verstarb Hutthurms Rathauschef Christian Grünberger im Alter von 49 Jahren und am 4. Februar erlag das Wegscheider Gemeindeoberhaupt Lothar Venus mit 48 Jahren seinem Krebsleiden. Die Betroffenheit in den Marktgemeinden ist groß.

Erst im Mai 2020 hatte Christian Grünberger für die Freien Wähler das Bürgermeisteramt in der 6.000-Einwohner-Gemeinde Hutthurm übernommen. Seine Wahl glich einer Sensation. Mit denkbar knappem Vorsprung setzte er sich damals gegen seinen Gegenkandidaten, das seit 22 Jahren amtierende Gemeindeoberhaupt Hermann Baumann (CSU) durch. Bereits seit 2008 gehörte der Verstorbene dem Marktgemeinderat an, 2013 war er als Direktkandidat der FW bei den Landtagswahlen angetreten. Vor seiner Zeit als Rathauschef war Grünberger als Architekt am Passauer Landratsamt beschäftigt gewesen. Er hinterlässt seine Ehefrau sowie drei Kinder.

Ebenfalls im Jahr 2020 wurde Lothar Venus als gemeinsamer Kandidat von CSU, Bürgerunion und Junger Liste zum hauptamtlichen Ersten Bürgermeister der 5.000-Einwohner-Gemeinde Wegscheid nahe der österreichischen Grenze gewählt. Mit viel Elan und Einsatz war der Verstorbene als Gemeindeoberhaupt aktiv, zuvor schon als Stellvertreter des Bürgermeisters. Das gesellschaftliche Leben seines Heimatorts hat er in vielen Vereinen und Verbänden bereichert und mitgestaltet. Bemerkenswert und unvergessen bleibt auch Venus' Einsatz während der Flüchtlingskrise 2015 in seiner Funktion als Krisenmanager vor Ort im Auftrag des damaligen Landrats Franz Meyer.

Der von seinen Bürgermeisterkollegen als „Mister Überall“ bestaunte Rathauschef wirkte stets wie ein Kraftwerk mit unerschöpflicher Energie. Sein Amtsvorgänger Altbürgermeister Josef Lamperstorfer denkt dankbar zurück an die Zeit, als er selbst fast ein Jahr lang krankheitsbedingt nicht im Rathaus gewesen war. Lothar Venus hatte ihn als 2. Bürgermeister vertreten und die Geschäfte geführt. „Ich verliere einen Freund, der mich als Bürgermeister immer unterstützt hat und auf den ich mich in allen Situationen und Notlagen hundertprozentig verlassen konnte“, würdigte Lamperstorfer seinen Wunschfolger. Auch Altlandrat Meyer reagierte mit großer Bestürzung auf die Todesnachricht. „Lothars Tod ist ein so bitterer Verlust, mein ganzes Mitgefühl gilt seiner Familie.“

DK

LBE Bayern feiert Jubiläum:

20 Jahre Netzwerkarbeit für das Ehrenamt

Seit der Gründung 2003 hat sich viel getan – unter anderem ist die Engagementpolitik heute ein gängiger Begriff und steht auf der Agenda von Parteien und Landesregierung. Einer, der das vorangebracht hat, ist der bisherige Geschäftsführer des LBE, Dr. Thomas Röbbke. Nach 20 Jahren Lobbyarbeit für das Bürgerschaftliche Engagement feierte er nun seinen Abschied in den Ruhestand. Seine beiden Nachfolgerinnen machen gemeinsam mit dem Netzwerk weiter: Denn auch 2023 bleibt für das Engagement in Bayern noch viel zu tun.

2003 war noch nicht absehbar, dass das Landesnetzwerk heute mit seinen 11 Netzwerkpartnern über 700 Orte repräsentiert, an denen Engagement stattfindet: vom Mütter- und Familienzentrum und dem Seniorenbeirat über die Diabetiker-Selbsthilfegruppe und das bunte Kulturzentrum bis zur Naturschutzgruppe, dem Eine-Welt-Laden oder dem örtlichen Freiwilligenagentur. In den vergangenen Jahren habe sich gezeigt, wie wichtig

Strukturen für das Ehrenamt seien, sagte der ehemalige Sozialreferent der Stadt Nürnberg, Reiner Pröbke, beim Festakt: „Man braucht Hauptamtliche, um Engagement zu fördern.“ Zu Gast beim Festakt waren Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlichster Organisationen, mit denen das LBE zusammenarbeitet: Staatliche Stellen auf Landes- und Bundesebene, kommunale Einrichtungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft.

Übergeordnete Netzwerkstelle

Eine weitere Wegbegleiterin – und Wegbereiterin – des LBE Bayern war die langjährige Sozialministerin und CSU-Politikerin Christa Stewens, die Anfang der 2000er-Jahre mitten im Sparzwang um eine Finanzierung für das Landesnetzwerk kämpfte. Sie

war überzeugt, dass eine übergeordnete Netzwerkstelle als Unterstützung für die Engagement-Netzwerkstellen in Bayern der richtige Weg ist. Heute sagt sie: „Wir waren für ganz Deutschland Beispiel mit unserem Landesnetzwerk.“ Wolfgang Krell, langjähriger Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa) Bayern, einem der LBE-Netzwerkpartner, erinnerte an das von den Vereinten Nationen ausgerufenen „Internationale Jahr der Freiwilligen“ 2001: Das habe die Lobbyarbeit für das Ehrenamt vorangebracht. „Das Wort Engagementpolitik gab es damals noch nicht.“ Genau wie einen Großteil der Strukturen: Unter anderem sind in Bayern heute über 120 Freiwilligenagenturen dafür da, das Thema Bürgerschaftliches Engagement regional zu stärken.

Dennoch ist das Thema Engagement-Netzwerkarbeit in Bayern noch lange nicht ausgereizt, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Gesprächsrunden beim Festakt betonten. Die Ehrenamtsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Eva Gottstein, sagte,

man dürfe sich nicht auf den bisherigen Erfolgen ausruhen. „Das Ehrenamt ist der Politik wichtig – ich kann nur Danke sagen, dass Sie das mit aufgeputscht haben – und ich bitte Sie, rebellisch zu bleiben.“ Die Lobbyarbeit für das Ehrenamt müsse weitergeführt werden. Das bestätigte auch Susanne Veit, Geschäftsführerin des Landesverbands für Mütter- und Familienzentren in Bayern und Vorstandsmitglied des LBE: Ihr kleiner Verband habe die Lobbyarbeit allein nicht geschafft. „Mit dem LBE haben wir eine Stimme bekommen.“

In der Zukunft steht die Zivilgesellschaft einigen Herausforderungen gegenüber. Welche das sind, beschrieb Dr. Lilian Schwalb, Geschäftsführerin Netzwerk und Fachpolitik beim Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement in ihrem Fachvortrag: Die Zivilgesellschaft sei aktuell besonders gefragt und gefordert, zum Beispiel im Umgang mit Flucht und Integration wie aktuell in der Ukraine-Krise. Daneben müssten die Netzwerke für Bürgerschaftliches Engagement als Triebfeder der sozial-ökonomischen Transformation wirken

und die Themen Inklusion, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit voranbringen. Letztendlich gehe es darum, was Bürgerschaftliches Engagement für die demokratische Gesellschaft tun kann: „Es ist wichtig, dass wir in demokratischen Prozessen gemeinsam aushandeln, wie ein gutes Miteinander aussehen kann.“

Als „Wurzelwerk der Demokratie“ sieht auch der scheidende LBE-Geschäftsführer Dr. Thomas Röbbke das Engagement. „Wir haben jenseits der Institutionen immer menschlich zusammengearbeitet“, sagte der Soziologe, der neben seiner Tätigkeit beim Landesnetzwerk auch Vorsitzender des Sprecher*innenrates des Bundesnetzwerks für Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in Berlin war. In seiner Zeit vor dem Bestehen des LBE hatte er 1997 in Nürnberg das Zentrum Aktiver Bürger (ZAB) gegründet, das heute zu den größten Freiwilligenagenturen in Deutschland gehört. Seine Aufgaben übergibt Röbbke an zwei langjährige Kolleginnen in der Geschäftsstelle des Landesnetzwerks, Claudia Leitzmann und Danielle Rodarius. □

Vorschau auf GZ 5/2023

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 9. März 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung · Einsparung
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Kommunale Museen und Bibliotheken
- Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de



Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com



Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etschel.de

Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etschel.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung



Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de



Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 · www.fahrenn-koessinger.de

Fahren
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaserausbau

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.



www.telekom.de/glasfaser

UG Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

**VERNETZEN SIE
IHRE GEMEINDE MIT
DER ZUKUNFT.**

Jetzt UG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten
für 2023 sichern unter: **0800 410 1410 111**

powered by Allianz

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunale Fachmedien



Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de

schweitzer
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de

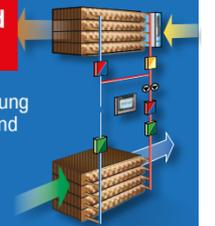


Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ihre eigene Gas- und Strompreisbremse

- ✓ Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- ✓ Maximale Hygiene - keim- und schadstoffübertragungsfrei
- ✓ Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- ✓ Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- ✓ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- ✓ Nachrüstung / Sanierung im Bestand



Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de



Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Softwarelösungen

M7I SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
m7i-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de